

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

28/2009 · 6. Juli 2009



Deutschland seit 1990

Everhard Holtmann

Signaturen des Übergangs

Regina Bittner

Kulturtechniken der Transformation

Anna Klein · Wilhelm Heitmeyer

Ost-westdeutsche Integrationsbilanz

Karl-Heinz Paqué

Transformationspolitik in Ostdeutschland: ein Teilerfolg

Uwe Jun

Wandel des Parteien- und Verbändesystems

Wolfgang Ismayr

Der Deutsche Bundestag seit 1990

Volker Kronenberg

„Verfassungspatriotismus“ im vereinten Deutschland

Editorial

Im welthistorischen Umbruch von 1989/91 war die unverhoffte Vereinigung von Bundesrepublik und DDR ein Glücksfall. Die anderen Staaten des zerfallenden Ostblocks hatten nicht die Möglichkeit, sich einem westlichen „Erfolgsmodell“ staatlich anzuschließen, und beschränkten eigene Transformationspfade.

Doch auch Deutschland tut sich seit 1990 mit den Wandlungsprozessen schwer. Bei oberflächlicher Betrachtung hat sich auf dem Weg in die „Berliner Republik“ im Westen Deutschlands wenig, im Osten fast alles verändert: das Wirtschafts- und Sozialsystem, die politische Ordnung, der Alltag. Der häufig anklagend verwendete Topos von der ausgebliebenen „Ankunft“ deutet an, welche Adaptationsleistungen den Ostdeutschen zugemutet wurden. Von gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West sind wir indes noch immer entfernt.

Doch wie viel „innere Einheit“ ist möglich, wie viel ist nötig? Gelebte Leben drohen entwertet, Mentalitäten nicht berücksichtigt zu werden, wenn nur auf Homogenisierung gezielt wird. Während die vier Jahrzehnte der Teilung in der jungen Generation eine weit geringere Rolle zu spielen scheinen, drücken erregte Debatten um den „Unrechtsstaat DDR“ aus, wie sehr Biographien in Ost und West immer wieder auf dem Prüfstand stehen. Es gilt die unter schwierigeren Bedingungen erbrachte Lebensleistung vieler Ostdeutscher ebenso ernst zu nehmen wie (nicht allein materielle) Verlustgefühle mancher Westdeutscher, die sich über Nacht aus einem komfortablen Winkel der Weltpolitik vertrieben sehen. Deutschland hat sich seit 1990 verändert. Im Verlauf der globalen Wirtschaftskrise steht nun das westliche „Erfolgsmodell“ auf dem Prüfstand.

Hans-Georg Golz

Everhard Holtmann

Signaturen des Übergangs

Systemwechsel stellen elementare Einschnitte dar, zumal dann, wenn sie in Politik und Wirtschaft zeitlich synchron erfolgen und von heftigen sozialen Verwerfungen begleitet werden.

Everhard Holtmann

Dr. phil., geb. 1946; Professor für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Sprecher des Sonderforschungsbereichs (SFB) 580 (Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch) der Universitäten Jena und Halle; Institut für Politikwissenschaft und Japanologie, Postfach, 06099 Halle (Saale) everhard.holtmann@politik.uni-halle.de

Vom Wandel erfasst werden dabei nicht nur staatliche Institutionen und parastaatliche Einrichtungen wie der Bereich sozialer Sicherung, sondern auch der gesamte ökonomische Sektor, ferner kulturelle Deutungsmuster und persönliche Überzeugungen. Ebenso greifen Systemwechsel der beschriebenen Größenordnung einschneidend in die Lebenslagen der Betroffenen ein. Aus deren Sicht werden vormals sicher geglaubte Entwürfe individueller Lebensplanung häufig entwertet; folglich müssen auch solche biographischen „Skripte“ im Alltag unter Bedingungen anhaltend hoher Unsicherheit überarbeitet werden.

Welche Richtung die Verdichtungen nehmen, die sich im Zuge des Systemwechsels herausbilden, und ob gemachte Reformschritte unumkehrbar sind, lässt sich nicht exakt vorhersagen. Die Ausgangssituation des Systemumbruchs ist mit Blick auf das „Danach“ eine *prinzipiell offene* Versuchsanordnung. Der anschließende Entwicklungspfad kann, wie ein vergleichender Blick auf die postsozialistischen Transformationsstaaten in Europa seit 1989 anschaulich zeigt, durchaus unterschiedlichen, ja gegenläufigen Wegmarken folgen. Aus demselben epochalen Systemwechsel heraus sind teilweise „defekte“ Demokratien (wie in Albanien) und teilweise auch zu Autokratien sich zurückentwickelnde Präsidialregime (wie in Weißrussland) entstanden.

Aus der deutschen Einigung indes ist, trotz des auch hier enorm schwierigen Strukturwandels und fortdauernden Anpassungsbedarfs, eine wirtschaftlich leistungsfähige und politisch stabile Demokratie hervorgegangen. Das nunmehr gesamtdeutsche Institutionengefüge erweist sich unter ökonomisch wie psychologisch problematisch bleibenden Umfeldbedingungen als hinreichend elastisch, um die Fliehkräfte sozialer Ungleichheit aufzufangen.

Doch bekanntlich ist die deutsche Einheit, über zwei Jahrzehnte betrachtet, sprunghaft, erratisch und auch widersprüchlich verlaufen. Es gab nicht den großen historischen Plan, der abzuarbeiten war. Gleichwohl hat der Systemwechsel eine zielgerichtete Entwicklung genommen, die heute das Stadium einer weitgehend konsolidierten Demokratie und Marktwirtschaft erreicht hat. Dies weist darauf hin, dass die Entwicklung eben nicht zufallsbedingt („kontingent“) verlaufen ist, sondern wesentlich als ein Ergebnis von bedachten Steuerungsleistungen handelnder Personen angesehen werden muss. Wenn solche strategischen Eingriffe für eine nachhaltige Umbildung und Neubildung der Institutionen sorgten, haben sie wiederholt den Übergang zu einer neuen Phase im Verlauf des Systemwechsels eingeleitet.

Wo aber können wir auf der Zeitachse der Einigung „Signaturen“ derartiger Übergänge auffinden? Unter Signaturen verstehen wir Zeichen, die Eigenheiten von Zeiten deutlich machen und sie von anderen unterscheiden. Solche Zeit-Zeichnungen bilden selten statische Punkte als vielmehr häufiger gleitende Prozessgrößen ab. Sie streuen territorial über die Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und sektoral über Politikfelder und einzelne Wirtschaftsbranchen. Demgemäß sind sie ungleichzeitig, gleichsam in verschobener historischer Anordnung entstanden.

Signaturen, die im Fortgang des Einigungsprozesses Übergänge markieren, entstehen aus anerkannten Regulativen sozialen Geschehens. Diese unterscheiden sich nach ihrer Zwecksetzung und Sinnggebung: Es gibt *strukturelle Leitentscheidungen*, die auf den Wandel formaler Institutionen (Verfassung, Recht, kollektive Organisationen) abheben. Eingebettet in diese verstetigen sich *informale Handlungsmuster*, die für steuernde Akteure

APuZ 28/2009 3

– etwa die neuen politischen Delegationsebenen in Ostdeutschland – ein ungeschriebenes, aber wichtiges Regiebuch liefern. Unterhalb der Ebene rational-strategischen Handelns existieren *generalisierte Verhaltensmuster*, welche in Krisenzeiten die Funktion von Seelenankern haben: Wer im Gefolge des Umbruchs „umlernen“ muss und sich dabei vormals unbekanntem Risiken des Arbeitsplatzverlusts und des sozialen Abstiegs gegenüber sieht, greift für die Deutung von Dissonanzen, die zwischen eigenen subjektiven Erwartungen und objektiv erfahrenen Enttäuschungen aufbrechen, bevorzugt auf elementare sozialmoralische Normen zurück, weil diese vermeintlich auf ewig gültig ansagen, „was recht ist“ und „was Not tut“.

Kulturelle Orientierungen, die unangreifbar scheinen wie letztere, bringen sich in Zeiten des Umbruchs mit der Kraft moralischer Ewigkeitsklauseln in Erinnerung. Das kann die Demokratiebildung fördern, aber auch erschweren. Ostdeutschland bestätigt dieses ambivalente Bild: Einerseits ist hier die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die meinen, es gehe in unserer Gesellschaft nicht „gerecht“ zu, seit langem besonders groß. Auf dem kargen Boden gefühlter Benachteiligung findet das Grundvertrauen in demokratische Institutionen ungünstige Wachstumschancen vor. Andererseits aber pflegen Ostdeutsche häufiger einen Wir-Sinn, ein Verständnis von Gemeinschaftsgeist, das stärker als in Westdeutschland in abstrakten Leitbildern des Sozialen gründet. Wohl lässt, wer sich auf „das allgemein Menschliche“ als Prinzip für sein soziales Verhalten zurückzieht, damit erkennen, dass er sich auf das neue Angebot an institutionalisierten sozialen Mitwirkungsmöglichkeiten (noch) nicht vorbehaltlos einlassen mag. Doch auch das „eher ideelle Bild vom Wir“, das dabei gepflegt wird, verringert keineswegs dramatisch die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement.¹

Pfadmodell und Verlaufslogik des Systemwandels

Die Metapher des Entwicklungspfades ist der Theorie des Historischen Institutionalismus

¹ Vgl. Michael Corsten/Michael Kauppert/Hartmut Rosa, Quellen bürgerschaftlichen Engagements, Wiesbaden 2008.

entlehnt.² Der ihr korrespondierende bildhafte Begriff „sprunghafter“ Entscheidungen verweist darauf, dass im Fortgang des Pfades wiederholt Verzweigungen (*critical junctures*) auftauchen, welche die Akteure in offene Entscheidungssituationen stellen und ihnen Weichenstellungen abverlangen. Die Entscheidung ist riskant, weil die Folgen ungewiss sind. Ein Entwicklungspfad festigt sich in dem Maße, wie die Richtungsentscheidungen institutionell verstetigt werden und wie sich weitere „unterwegs“ ausprobierte Muster zur Steuerung und Lösung komplexer Probleme aus Sicht der Beteiligten bzw. Betroffenen bewähren. Rational handelnde Akteure sehen sich in der Regel nicht veranlasst, von einem bewährten Entwicklungspfad abzuweichen. Das Handeln der Akteure bewegt sich hinfort in erprobten Wiederholungsschleifen, das heißt, es kommt zu den Effekten von *increasing returns*, die den Pfad stabilisieren.

Die im Pfadmodell skizzierte Verlaufslogik gibt den tatsächlichen Entwicklungsgang der deutschen Einigung recht gut wieder, auch deren mäandernde Windungen. Wo lassen sich Umschlagpunkte „signieren“, an denen kritische Entscheidungen zu fällen waren und die, verglichen mit der Zeit davor, eine neue Pfadqualität markieren? Solche Signaturen haben sich mehr oder weniger markant eingepreßt. Während sich in der Regel genau bestimmen lässt, wann Reformen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung formell umgesetzt worden sind, vollzieht sich Wandel beim Erzeugen und Überdenken, beim Lernen und Verstetigen von Handlungsmustern und Selbstdeutungen als fließender Prozess. Folglich sind phasenbildende Prägungen, die von informalen Verständigungen und kulturellen Orientierungen ausgehen, weicher gezeichnet. Sie treten erst dann deutlicher zutage, wenn ihre Effekte über längere Zeitabschnitte vergleichend betrachtet werden.

Der Neubau von Institutionen und das Neujustieren von Handlungsmustern stehen für unterschiedliche und auch unterschiedlich sichtbare Bewältigungsvarianten des Systemwandels. Ob sie modellhaft werden und sich bewähren, erweist sich erst in der Längs-

² Vgl. Paul Pierson, Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: *American Political Science Review*, 95 (2000), S. 251–267.

schnittbetrachtung. Wie die im Verlauf der deutschen Einigung auftretenden Herausforderungen (*challenges*) von den Akteuren im Einzelfall angenommen und in Gestalt von *responses* beantwortet worden sind, kann hier nicht ausführlich dargelegt werden.¹³ Sowohl institutionelle Verfestigungen, die aus der Bearbeitung einigungsbedingter Probleme entstanden, als auch darauf gerichtete Orientierungen werden in das nachstehend vorgestellte Drei-Stufen-Modell des Einigungspfades einbezogen. Mit diesem Phasenschema werden die in der Systemwechselforschung geläufigen Kategorien der „Transition“ und der „Transformation“ um den Phasenbegriff der „Posttransformation“ ergänzt.¹⁴ Auch für die posttransformationische Entwicklungsstufe werden Strukturmerkmale und Kulturmuster benannt, die diesen dritten Übergang vornehmlich aus der Sicht der ostdeutschen Umbruchlandschaft „signieren“.

Schöpferische Demontage – die Phase der Transition

Der Begriff *Transition* bezeichnet in der Literatur den unmittelbaren, abrupten Übergang vom alten zum neuen System. Gewendet gegen herrschende autokratische Zustände, wird die Demokratie ein gewolltes Programm.¹⁵ Auf der Ebene der handelnden Akteure kommt es zu einer Abfolge „zerstörerische(r) Eingriffe“ in hergebrachte Strukturen.¹⁶ Während die Fassaden der alten Macht bröckeln, nutzen beherzte oppositionelle Akteure die sich öffnenden Gelegenheitsfenster für subversive Aktionen und rücken in die

¹³ Vgl. Heinrich Best, Der Challenge-Response-Ansatz als forschungsleitende Perspektive für die Transformationsforschung, in: Dorothee de Nève/Marion Reiser/Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.), Herausforderung-Akteur-Reaktion. Diskontinuierlicher sozialer Wandel aus theoretischer und empirischer Perspektive, Baden-Baden 2007, S. 11–23.

¹⁴ Die Phasenfolge gründet in Überlegungen im SFB 580 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der an den Universitäten Jena und Halle seit 2001 gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch untersucht. Vgl. Everhard Holtmann/Helmut Wiesen-thal, Transition-Transformation-Posttransformation (SFB 580 Mitteilungen 31), Jena-Halle 2009.

¹⁵ Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation, Opladen 1999, S. 15.

¹⁶ So im Vorwort bei Roland Czada/Gerhard Lehmbuch (Hrsg.), Transformationspfade in Ostdeutschland, Frankfurt/M. 1998.

Rolle systemüberwindender Entscheider. Gehandelt wird spontan und improvisiert, anfangs auch unkoordiniert. Sich überstürzende Ereignisse erfordern kurzfristige Reaktionen. Den Widerstand der alten Gewalten kann niemand sicher einschätzen.

Dieses Szenario der Transition ist kennzeichnend für die Entwicklung in Ostdeutschland. Folgende Signaturen des Übergangs werden schon 1989/90 deutlich: 1. die nachhaltige politisch-moralische Delegitimierung der alten staatlichen Macht; 2. das Aufbrechen des ideologischen Deutungsmonopols des realsozialistischen Regimes auf der Ebene der Systemziele; 3. Handlungsstarre und Tendenzen opportunistischer Anpassung im Apparat des staatlichen Gewaltmonopols; 4. die schrittweise Ersetzung des hegemonialen Parteiensystems und der zentralistischen Diktatur durch ein institutionelles Interim; 5. eine in der Bevölkerung verbreitete virtuelle „Quasi-Identifikation“ mit dem westdeutschen Parteiensystem,¹⁷ die sich dank Westfernsehen und Besucher-verkehr bereits zu DDR-Zeiten aufgebaut hatte und die schnelle Angleichung west- und ostdeutscher Parteipräferenzen erleichterte.

An den institutionellen Zwischenlösungen und Mischformen in Politik und Verwaltung lässt sich beispielhaft zeigen, wie die Ablösung alter Systemstrukturen und ihre Ersetzung durch neue Hand in Hand gingen. Während noch am Zentralen Runden Tisch und seinen regionalen und lokalen Ablegern der SED die Macht „Stück für Stück abgerungen“ wurde,¹⁸ setzte von Westdeutschland aus jener Transfer von Institutionen, Normen, Praktiken, Personen und Finanzmitteln ein, der die Neuordnung der staatlichen Gewalten unter den Vorzeichen von Demokratie und Rechtsstaat maßgeblich von der kommunalen Ebene her voranbrachte. Die Maßnahmen zur Demokratisierung der Institutionen und zur Professionalisierung des Personals begannen gleichzeitig bzw. sind einander dicht gefolgt. Die Wahlen zur Volkskammer (März

¹⁷ So Carsten Bluck/Henry Kreikenbom, Die Wähler in der DDR: Nur issue-orientiert oder auch parteigebunden?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22 (1991), S. 395–402.

¹⁸ So der Bürgerrechtler Tom Sello in der Süddeutschen Zeitung vom 8. 5. 2009.

Institutionenbildung und begrenzt kontrollierbare Ungewissheit – die Phase der Transformation

1990) und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften (Mai 1990) fanden bereits auf der Grundlage demokratischer Wahlgesetze statt. Während die Runden Tische eher die für die Initiierung von Systemwechseln typische, dramatisierende Aktion verkörperten,⁹ ging es in den laufenden Geschäften der Kreis- und Gemeindeverwaltungen vorrangig darum, ein administratives Umdenken anzustoßen, das dem Legalitätsprinzip verpflichtet ist.

Diese Zeitspanne der Vor- und Frühgeschichte der deutschen Einheit hat für den Entwicklungspfad entscheidende Weichen gestellt. Doch ebenso brachte sie Illusionen, enttäuschte Hoffnungen und Irritationen, selbst versteckte Reformblockaden hervor. Der von der frei gewählten Volkskammer erarbeitete Verfassungsentwurf blieb ohne konstitutionelle Folgen. In Westdeutschland entstandene Gesetze und Verordnungen erwiesen sich wiederholt als nur bedingt brauchbar. Infolge eines nur partiellen Eliten-austauschs in der öffentlichen Verwaltung wurden der alte und der neue Amtsgedanke vielerorts zu einem disharmonischen Gespann zusammengewürfelt.¹⁰

Die Signaturen der Transition machen den Charakter dieser Phase als Übergang zwischen den Systemen anschaulich. Kontinuitätslinien wurden nicht vollends gekappt. Umgekehrt blieb noch ungewiss, welche Er rungenschaften der Friedlichen Revolution sich als langlebig erweisen würden. Weder sind die Nachwirkungen der Vermächtnisse (*legacies*) der realsozialistischen Ära an den Grenzstellen zur neuen Zeit vollkommen versiegt, noch gewannen die Gegenentwürfe der Erneuerung schlagartig eine nachhaltige Stabilität. Genuine Schöpfungen der Umbruchstage wie die Runden Tische, welche historische Bedeutung erlangten, besaßen von Anfang an nur eine zwischenzeitliche Funktion. Diese war erfüllt, als gewaltenteilige Organe etabliert waren.

⁹ Vgl. W. Merkel (Anm. 5), S. 75. Ferner Uwe Thaysen (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR*. 5 Bde., Wiesbaden 2000.

¹⁰ Vgl. Everhard Holtmann, *Aspekte und Probleme des west-ostdeutschen Verwaltungstransfers*, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze*, Hannover 1993, S. 110–120.

Der Transition schließt sich die *Transformation* an. Obschon die Phasen des Systemwechsels gleitende Übergänge abbilden, bedeutete der 3. Oktober 1990 eine Zäsur. Mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zum Bundesgebiet gemäß Artikel 23 GG wurde der faktisch bereits erfolgte Transfer von Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung, von rechtsstaatlich gebundener Staatstätigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit verfassungsrechtlich auf Dauer gestellt. Auch das extrakonstitutionelle Ordnungsmodell des rheinischen Kapitalismus stellt einen integralen Teil dieser nach Ostdeutschland verlängerten Institutionenbildung dar.

Hinfort biegt Gesamtdeutschland auf einen Entwicklungspfad ein, der die viel beschriebenen Pfadabhängigkeiten hervorbringt: Erprobtes bewährt sich, und Bewährtes wird zur Gewohnheit. Zwar handelten Akteure während der Transformationsphase weiterhin unter Bedingungen von Unsicherheit, und die Treffsicherheit von Entscheidungen war nach wie vor begrenzt. Weil aber die latenten sozialen und ökonomischen Risiken insgesamt vertrauter wurden und weil daher in wachsendem Maße auf „musterhafte“ Lösungen zurückgegriffen werden konnte, bevorzugten die Akteure pfadkonforme Entscheidungen.

Es ist ein weiteres Kennzeichen der Transformation in Ostdeutschland, dass Verfahren und Praktiken, die bei der Bearbeitung von unmittelbar aufbrechenden krisenhaften Folgen des Umbruchs nicht selten freihändig angewandt worden waren, nun verrechtlicht wurden. Transformation bringt auch nachholende Regelungsdichte: Es kommt zur „Kodifizierung neuer Faktizitäten“.¹¹ Das neu gesetzte Recht hat nicht ausnahmslos auf Anhieb überzeugt. Ein Beispiel für eher misslungenes Gesetzesrecht des Bundes sind die Regelungen zur Rückübertragung enteigneter Immobilien an Alteigentümer.

¹¹ Roland Czada, *Schleichweg in die „Dritte Republik“*. Politik der Vereinigung und politischer Wandel in Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 35 (1994), S. 252.

Ein anderes Merkmal der Transformationsphase lässt sich in die Formel der verloren gehenden und wiedergewonnenen Klarheit öffentlicher Verantwortlichkeit kleiden: Alte Systemkomplexe in Schlüsselsektoren von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft erteilte alsbald ihre Auflösung bzw. „Abwicklung“. Die Folgen waren einschneidend und teilweise chaotisch. Als die Industriekombinate zerfielen, brachen auch betrieblich unterhaltene, breit gefächerte Dienste sozialer und kultureller Betreuung weg. Auf anderen, politischen Baustellen des Systemwandels wurden Zuständigkeiten, die gemäß den normativen Leitbildern der neuen Ordnung hätten aufgeteilt sein sollen, vorübergehend in einer Hand zusammengefasst. Nach den Runden Tischen nahmen es auch neu gewählte Kommunalvertretungen mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung anfangs nicht ganz so genau, etwa indem sie die gleichzeitige Wahrnehmung von Amt und Wahlmandat zuließen.

Eine andere Variante von „verschobener Verantwortlichkeit“ bei der Organisation der Bereitstellung von Gemeingütern wird auf dem Arbeitsmarkt erkennbar: Die Tendenz der Betriebe zur „Externalisierung“, d. h. Personen durch Frühverrentung und Entlassungen auszusteuern sowie auf eine externe Anwerbung von Arbeitskräften zu setzen, wobei die eigene betriebliche Ausbildungsleistung trotz eines absehbaren künftigen Fachkräftemangels zurückgefahren wird,¹² läuft de facto auf die Auslagerung von interner Verantwortlichkeit hinaus. Solche Formen von Entdifferenzierung, also der Verringerung, der Vermengung oder des Abstoßens gesellschaftlich aufgeteilter Funktionen, sind wie ihre anschließende Korrektur mutmaßlich generell eine typische Begleiterscheinung von Systemwechseln.

Ebenfalls in der Phase der Transformation werden verloren gegangene Differenzen teilweise wieder wettgemacht. Auch hierfür zwei ostdeutsche Beispiele: Mittels finanzieller Sonderzuweisungen, durch kommunale Kraftanstrengungen und den Aufbau des

¹² Vgl. SFB 580, Fortsetzungsantrag auf Finanzierung für die Jahre 2008–2012, Jena-Halle 2007, S. 28 ff.; vgl. ausführlich Christoph Köhler/Olaf Struck/Michael Grotheer/Alexandra Krause/Ina Krause/Tim Schröder, *Offene und geschlossene Beschäftigungssysteme*, Wiesbaden 2008.

Dritten Sektors öffentlicher Wohlfahrt konnten Versorgungslücken, die durch den Wegfall betrieblicher Angebote klafften, in staatlicher, kommunaler oder privater Regie allmählich geschlossen werden. Dazu trug die „Reparaturgesetzgebung“, die der Verankerung der demokratischen Basisinstitutionen im erweiterten Geltungsbereich des Grundgesetzes nachfolgte, insofern bei, als sie den sozialstaatlichen Verfassungsauftrag präziserte. Und anders als im Beschäftigungssektor, auf dem die Entwicklung zur Externalisierung des Arbeitsmarktes anhält, kommt es mit der nachjustierten kommunalen Gewaltenteilung und der öffentlich/privat neu organisierten Arbeitsteilung im Bereich sozialer Dienste zu angemessenen Formen von gegliederter Verantwortlichkeit und damit zu neuerlicher Differenzierung.

Geminderte Handlungsrisiken – die Phase der Posttransformation

Im Laufe der *Posttransformation* verdichten sich die Anzeichen dafür, dass allmählich eine „neue Normallage“¹³ eingekehrt ist. Zwar bleibt das *management of uncertainty*,¹⁴ das Bemühen, durch unsichere Gewässer zu steuern, eine Daueraufgabe. Akteure sehen sich nach wie vor zu „riskanten“ Wahlhandlungen genötigt. Doch rücken jetzt einerseits stärker globale – und weniger einigungsbedingte – Anforderungen der Risikokontrolle, wie jüngst die Folgenabschätzung der weltweiten Finanzmarktkrise, in den Vordergrund. Zum anderen gehen den Akteuren zwar nicht die Probleme aus, aber diese werden handhabbarer: Nunmehr bestimmen „immer weniger die Altlasten aus der Zeit vor der Systemtransition oder die Probleme des Übergangs selbst, sondern überwiegend die ungeplanten und vielfach unerwünschten Folgewirkungen eines in weiten Teilen durchaus geglückten Transformationsprozesses den Problemhaushalt (. . .)“.¹⁵

Ausgedrückt wird damit die Annahme, dass *Pfadabweichungen* oder gar eine *Pfadumkehr* zunehmend weniger wahrscheinlich werden. Weil sich in der Posttransformation

¹³ Vgl. R. Czada (Anm. 11), S. 259.

¹⁴ Peter A. Hall/Rosemary C.R. Taylor, *Political Science and the Three New Institutionalisms*, in: *Political Studies*, 44 (1996), S. 951.

¹⁵ SFB 580 (Anm. 12), S. 17.

die Vorwarnzeiten,¹⁶ innerhalb derer sich Risiken aufbauen, verlängern und weil zudem mit Risikolagen insofern entspannter umgegangen werden kann, als – anders als früher – genauer abschätzbar ist, *wer* von bestimmten Lösungsvorschlägen betroffen ist, wird die Bearbeitung der Probleme leichter. Gewöhnungseffekte ließen sich auf der Ebene der individuellen Bewältigung einigungsbedingter Herausforderungen schon in der Zeitspanne der Transformation nachweisen. Das trifft auch für Regionen zu, in denen die Beschäftigungschancen und stützende soziale Infrastrukturen schwach ausgebildet sind. „Wenn (...) viele andere Bewohner der Region von ähnlichen Problemen betroffen sind, so sind die eigenen Probleme nicht mehr so stark für das psychische Befinden relevant.“¹⁷ Zu erwarten ist aber, dass sich die Persönlichkeitsmerkmale, die einen selbstsicheren Umgang mit Anforderungen des Wandels begünstigen, im Fortgang der Posttransformationsphase in der Rangfolge verschieben. Kam es zunächst auf die individuelle Ausstattung mit psychosozialen Ressourcen wie Selbstvertrauen und soziale Unterstützung an, so dürfte der Faktor Bildung als Chance zur Entwicklung persönlicher „Selbstwirksamkeit“ bedeutsamer werden.¹⁸

Als Signaturen der Posttransformation lassen sich folgende Vorgänge bzw. Sachverhalte in thesenhafter Form benennen:

1. eine hinreichend hohe Leistungsfähigkeit und eine gefestigte kulturelle Verankerung der staatlich-politischen Einrichtungen: Wie neueste repräsentative Erhebungen bestätigen,¹⁹ werden die Strukturentscheidungen des Grundgesetzes sowie die Leitziele einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft von der breiten Mehrheit bejaht;

2. relativ stabile Handlungsmuster der Akteure: Eingebettet in die neue Ordnung öffentlicher Institutionen, die inzwischen weit hin selbstverständlich in Besitz genommen

¹⁶ Vgl. Hartmut Rosa/Steffen Schmidt, *Which Challenge, Whose Response?*, in: D. de Nève u. a. (Anm. 3), S. 53–72.

¹⁷ Rainer K. Silbereisen/Martin Pinquart (Hrsg.), *Individuum und sozialer Wandel*, Weinheim–München 2008, S. 29.

¹⁸ SFB 580 (Anm. 12), S. 30.

¹⁹ Siehe zuletzt Konrad Adenauer Stiftung, *Demokratieverständnis in Deutschland*, St. Augustin 2009.

wird, haben sich auf der Ebene der Akteure vertraute und durch Erfahrung gehärtete Muster des Agierens und Reagierens ausgeformt;

3. ein Übergang zu „normaler“ Ungleichheit: Mit dem Abklingen der Anpassungskrise, die dem wirtschaftlichen Strukturwandel folgte, setzen sich Mechanismen vertikaler sozialer Mobilität stärker durch. Die persönlichen Chancen und Risiken werden weniger durch die zufallsbedingte Zugehörigkeit zum Schicksalskollektiv von Einigungsverlierern bestimmt, sondern mehr an den individuellen Nachweis formaler Qualifikation und effektiver Leistung gebunden. Solche „normalisierte“ Ungleichheit, die aus der Dynamik moderner Leistungsgesellschaften resultiert, überlagert jedoch allenfalls jenes ältere soziale Gefälle zwischen Gewinnern und Verlierern der Einigung, das noch länger sichtbar bleiben wird;

4. ein steigender Handlungsdruck infolge sich belastend auswirkender Umfeldbedingungen: Während sich der Risikograd von Problemlagen abmindert, wachsen die Herausforderungen durch kontextuelle Faktoren, die nicht oder nur mittelbar einigungsbedingt sind. Hierzu gehören die weltweite Vernetzung der Volkswirtschaften und Märkte, die Alterung der Gesellschaft, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, die Abwanderung gut ausgebildeter jüngerer Menschen nach Westdeutschland, die niedrige Wahlbeteiligung sowie eine verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Solche Belastungen können auch Anreize freisetzen, um kreative Lösungen zu ersinnen;

5. ein demokratieverträgliches Austragen von Interessenkonflikten: Gesellschaftliche Verteilungskämpfe und selbst Kontroversen um Wertentscheidungen setzen keine soziale Dynamik frei, die über den Rahmen der Verfassungsordnung hinausweist. So sind etwa die zu neuen „Montagsdemonstrationen“ ausgerufenen Proteste gegen die Hartz-IV-Gesetze im Sommer 2004 niemals nur in die Nähe einer kritischen Größenordnung sozialer Unruhen gekommen. Auch unter den Vorzeichen der aktuellen Krise des Finanzkapitalismus wird in Ostdeutschland die Systemfrage weder seitens der Eliten noch in der Mehrheit der Bevölkerung ernsthaft gestellt;

6. eine Angleichung und Spreizung im Beschäftigungsmodell: „Unsere vergleichenden Analysen für Ost- und Westdeutschland zeigen, dass offene betriebliche Beschäftigungssysteme und externe Teilarbeitsmärkte nach Abschluss des ersten Transformationssturms Anfang der 90er Jahre in beiden Landesteilen weiter an Gewicht gewonnen haben.“ Gleichzeitig sind jedoch mit der in Ostdeutschland stärker ausgeprägten, kastenähnlichen Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften sowie einer rascher fortschreitenden Umstellung der Grundsätze innerbetrieblicher Personalpolitik von Betriebstreue auf Leistung und Ertragskraft auf dem Arbeitsmarkt „sprungweise neue Muster entstanden“.¹²⁰

7. eine wachsende Konvergenz der Eliten und eine sich verbreiternde Kluft zwischen Eliten und Bevölkerung auf der Einstellungsebene: Die Einstellungen und professionellen Orientierungen ost- und westdeutscher Positionseliten haben sich einander angenähert. Wer in Ostdeutschland in Ämter und Mandate eingerückt ist, verhält sich weitestgehend loyal zu den Normen und Spielregeln des Parteienstaates und der repräsentativen Demokratie. Andererseits vergrößert sich die vertikale Distanz zwischen Eliten und Nichteliten in beiden Landesteilen. Speziell Politiker stehen häufig unter dem Generalverdacht des Eigennutzes.¹²¹

Nicht zuletzt diese „innere Distanznahme“, so lautet eine unserer zentralen Annahmen, wird den Entwicklungspfad der Einigung auf unabsehbare Zeit begleiten. Das politische System sowie die Wirtschafts- und Sozialordnung des posttransformatorischen Deutschland erscheinen insgesamt konsolidiert. Zum Gesamtbild gehören indes auch konsolidierte Problem- und Konfliktlagen. Die psychologischen Hypothesen des Umbruchs sind noch nicht gelöscht. Zudem bauen sich in Gestalt von Migration, demographischem Wandel und wirtschaftlicher Rezession Herausforderungen auf, die das unfertige Werk der Einheit zurückwerfen können. Eine *Pfadumkehr* erscheint dennoch ausgeschlossen.

¹²⁰ Chr. Köhler u. a. (Anm. 12), S. 17 f., S. 19.

¹²¹ Vgl. Ossip Fünberg/Everhard Holtmann/Tobias Jaack, Sachsen-Anhalt-Monitor 2007, Halle 2007.

Regina Bittner

Kulturtechniken der Transformation

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer wird bilanziert, was aus dem neuen Deutschland geworden ist und welche Gesellschaft sich zwei Jahrzehnte nach dem Freudentaumel am Brandenburger Tor formiert hat. Unter der Überschrift „Noch nicht angekommen“ berichtete die „Berliner Zeitung“ schon im Januar des Jubiläumsjahres, dass „im 20. Jahr nach dem Mauerfall (...) Deutschland von einer inneren Einheit noch meilenweit entfernt“ sei: „Nur 22 Prozent der Ostdeutschen sehen sich einer repräsentativen Umfrage zufolge als ‚richtige Bundesbürger‘. 62 Prozent hingegen empfinden sich in einer Art Schwebezustand – der DDR nicht mehr verbunden, aber der Bundesrepublik auch nicht richtig zugehörig. Eine stärkere Identifikation mit der Bundesrepublik gibt es nur bei den unter 25-Jährigen (40 %), mit jedem weiteren Lebensjahr nimmt sie ab. Aber nur elf Prozent, etwa jeder neunte, will die DDR zurück.“¹

Regina Bittner

Geb. 1962; Kulturwissenschaftlerin, Leiterin des Internationalen Bauhaus Kollegs an der Stiftung Bauhaus Dessau und deren stellvertretende Direktorin, Gropiusallee 38, 06846 Dessau. bittner@bauhaus-dessau.de

Immer wieder geht es, wenn der Zustand der wiedervereinten Nation im öffentlichen Diskurs bewertet wird, um „Ankunft“. Tatsächlich waren die Bewohnerinnen und Bewohner der neuen Bundesländer im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Transformation nach 1990 gezwungen, sich zu bewegen; in ihren Wertvorstellungen und Deutungsmustern, in ihren Jobs, Gewohnheiten und Weltansichten, in ihren Berufen und Wohnorten. Für die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger hat sich quasi über Nacht die komplette Lebenswelt verändert: Institutionen, Regeln, Konventionen, Verhaltensmuster, Konsumgüter, Lebensstile. Toralf

¹ Berliner Zeitung vom 21. 1. 2009, in: www.berliner-online.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/20 (3. 5. 2009).

Staud behauptet, dass den Ostdeutschen 1990 das widerfuhr, was in der Migrationsliteratur als Kulturschock bezeichnet wird. Dass sie ihr Land dabei nicht verlassen haben, macht die Umstellung wahrscheinlich nicht einfacher. Die Ostdeutschen sind vergleichbar den Migranten tatsächlich in einer „fertigen“ Gesellschaft mit etablierten Strukturen und Institutionen gelandet, die wenig Interesse an den Ressourcen der Hinzugekommenen hatte. Begriffe wie Ankunft und Integration, die regelmäßig in der öffentlichen Debatte aufgegriffen werden, deuten darauf hin, dass sich die Effekte der Wiedervereinigung vielleicht besser verstehen lassen, wenn man sie als Migrationsprozesse zu beschreiben versucht.

Der Prozess der „Akkulturation“ verläuft dabei in verschiedenen Phasen: Selbstethnisierung ist ein wesentliches Moment der Verarbeitung des Kulturschocks. Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen des Gastlandes, das Gefühl fremdbestimmt zu sein und als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden, auch das verbindet die weit verbreitete Erfahrung Ostdeutscher in den 1990er Jahren mit dem Schicksal von Migranten. Vor diesem Hintergrund findet der Rückbezug auf die vertraute Kultur und die Identifizierung mit einer Gruppe statt. Erst nach der „Ankunft“ im neuen Land, so stellen Migrationsforscher fest, beginnen Einwanderer ihre Ethnizität zu beschreiben.¹²

Im Folgenden wird es darum gehen, die Neuerfindung Ostdeutschlands nach 1990 auf nationaler und lokaler Ebene zu diskutieren und zu fragen, wie diese Erfahrungen und Ressourcen in den gesamtdeutschen Kontext hineinwirken können.

Ankunft wo?

Mit dem Ende der DDR waren ihre Bewohner aufgefordert, sich in ihrem Verhältnis zu Gesamtdeutschland, zu ihrer Stadt oder zu ihrer Region neu zu definieren. Zu erwarten war, dass traditionelle Vorstellungen von Nation, die vom SED-Staat verweigert worden waren, aktualisiert werden. Solche Erwartungen fanden ihre Begründung unter anderem

¹² Vgl. Toralf Staud, Die ostdeutschen Immigranten, in: Tanja Busse/Tobias Dürr (Hrsg.), Das Neue Deutschland. Zukunft als Chance, Berlin 2003, S. 269 ff.

im schnellen Wechsel, mit der im Herbst 1989 die Wende von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“ vollzogen wurde.

Im Alltag verankerte Identifikationen mit der Nation schienen bereits zu existieren. Auch regionale Identifikationen hätten eine Chance gehabt: So tauchte bereits bei den Demonstrationen im Herbst 1989 in Dresden die sächsische Fahne auf. Generell lässt sich behaupten, dass die Wiedervereinigung ein von nationalen Ansprüchen getragenes Projekt gewesen ist. Einige Sozialwissenschaftler gehen inzwischen davon aus, Ostdeutschland sei einer der Fälle, die „am offenkundigsten illustrieren, wie stark und extrem kostspielig sich nationalisierende Mechanismen auf den Transformationsverlauf auswirken können – von der Hast, mit der die Vereinigung betrieben wurde, bis zu dem Ziel der vollen Angleichung zwischen Ost und West“.¹³ Umso mehr musste die seit Mitte der 1990er Jahre sichtbare und langfristig wirkende Differenz zwischen Ost und West als Versagen des Nationalstaates wahrgenommen werden. Wenn aber das an die nationalstaatliche Einheit gekoppelte Versprechen auf gleiche Lebensbedingungen nicht eingelöst werden konnte – welche Identifikationen sind es dann, die den Bewohnern zwischen dem Fichtelberg und Kap Arkona Orientierung und Halt in den unsicheren Zeiten des Umbruchs bieten konnten?

Viele Studien zu Ostdeutschland haben herausgearbeitet, dass die Neuverortung der Ostdeutschen nach 1990 gerade deshalb einen konfliktreichen Prozess darstellt, weil es sich um einen doppelten Strukturbruch handelte. Der gesellschaftliche Systembruch fand vor dem Hintergrund eines weltweiten Strukturwandels statt. Der Sprung von einer eher geschlossenen Gesellschaft in den globalen Raum hatte unmittelbare Effekte: der *brain drain* junger, gut ausgebildeter Menschen, die Ansiedlung von Unternehmen mit globaler Arbeitsteilung, neue Mobilitätsoptionen und -zwänge. Neben in globale Wirtschaftskreisläufe integrierte Inseln von Hightech-Unternehmen existieren Räume, die nahezu ohne wirtschaftliche, kulturelle und soziale Dynamik in einer „bleiernen Zeit“ verharren.

¹³ Andreas Pickel, Die Entdeckung der Kultur und die Zukunft der Transformationsforschung, in: Berliner Debatte Initial, 15 (2004) 5/6, S. 69.

Ist das der Nährboden, aus dem „Ostdeutschland“ als Transformationsfigur entstand? Offensichtlich zwingt die Perspektive längerfristiger und sich wahrscheinlich noch verschärfender Ungleichheit zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu einer anderen Selbsteinordnung der ostdeutschen Gesellschaft. Es sind Enttäuschungen angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten, Gefühle der Fremdbestimmtheit sowie der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten, die in der Kritik an dem eingeschlagenen Transformationspfad artikuliert werden. Ist das neue „Wir-Gefühl“ der Ostdeutschen, das seit Mitte der 1990er Jahre in Sozialwissenschaften, Medien und Politik reflektiert wird, lediglich Ausdruck dieser kollektiven Enttäuschungserfahrung? Aus welchem Stoff ist „Ostdeutschland“ als kollektives Identitätskonstrukt gemacht?

Aus der Akzeptanz schlechterer Lebensbedingungen resultiert auch die Behauptung einer Eigenständigkeit. Bücher wie Wolfgang Englers „Die Ostdeutschen als Avantgarde“ sind Versuche, Widerständigkeit, Eigensinn und Innovation dort zu identifizieren, wo andere „Duldungsstarre“ attestieren (Alexander Thumfart). Ostdeutschland als kulturelles Konstrukt ist Ausdruck dieser Differenz, der erlebten Ungleichheit und der behaupteten Eigenständigkeit. Insofern artikulieren sich in der Rede über Ostdeutschland Erfahrungen des Umgangs mit den Krisen, Verwerfungen und Enttäuschungen, welche die Jahre der Transformation mit sich gebracht haben. Diesem symbolischen Bezugssystem, so Ina Dietzsch, liege aber nicht so sehr eine stereotype Unterscheidung zwischen Ost und West zu Grunde: Ostdeutschland „hat sich zum einen als flexibel genug erwiesen, um die Teilhabe an der gesamtdeutschen Nation (und ihrem Wohlstand) einzufordern. Zum anderen ist es inhaltlich vielseitig genug geworden, um den transitorischen Lebenssituationen im gesellschaftlichen Wandel gerecht zu werden.“ Immer neue Deutungen wurden in diesen „Erfindungsdiskurs“ eingebracht und haben zu einer Pluralisierung beigetragen.¹⁴ Insofern erfasst das kulturelle Konstrukt „Ostdeutschland“ ganz unterschiedliche Er-

¹⁴ Vgl. Ina Dietzsch, Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Eva Schäfer et al. (Hrsg.), Irritation Ostdeutschland, Münster 2005, S. 95.

fahrungen mit der Integration in die neue Gesellschaft.

Ina Dietzsch betont, dass es der „89er Generation“ gerade nicht um die Konstruktion einer historischen Kontinuität gehe. Vielmehr sei „ostdeutsch“ der Name für Erfahrungen in einem Zwischenraum, der sich aus dem Verschwinden der DDR und dem Nicht-Ankommen im vereinten Deutschland ergibt“. Der Begriff der „Zone“ bei Jana Hensel hat ähnliche Konnotationen.¹⁵ Ist ostdeutsch also eher Ausdruck einer hybriden Konstellation? Mit der Erweiterung der Bundesrepublik auf das ehemalige Territorium der DDR haben sich die mit dem physischen Raum Ostdeutschland verbundenen kulturellen Konnotationen abgelöst und führen als Konglomerat von Vorstellungen und Interpretationen ein Eigenleben. „Ostdeutsch“ meint für die einen nostalgischer Rückbezug angesichts transformationsbedingter Unsicherheiten und Ungewissheiten; für andere ist es Ausdruck besonderer Risikobereitschaft und Kreativität. Insofern hat das kulturelle Konstrukt die soziale Realität einer stark sozial differenzierten, ehemals aber eher homogenen, „arbeiterlichen“ Gesellschaft zum Hintergrund.

Neue Heimat

Mit der Wiedervereinigung wurde das in 14 Bezirke gegliederte Raumgefüge der DDR aufgelöst, und an dessen Stelle wurden fünf neue Bundesländer gegründet. In welcher Beziehung steht das weniger am Raum denn an ideellen und normativen Bezügen ausgerichtete Konstrukt „Ostdeutschland“ zu regionalen Bezügen? Können Regionen die „Kompetenz zur Kompensation der Begleiterscheinungen von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen in Form sichernder Sinnvermittlung und affektiv bindender Beheimatung“ übernehmen?¹⁶ Und damit Ostdeutschland als Bezugssystem relativieren?

Wolfgang Lutz hat eindrucksvoll gezeigt, dass das „Projekt Sachsen“ auch ein Versuch

¹⁵ Ebd., S. 97; Jana Hensel, Zonenkinder, Reinbek 2002.

¹⁶ Wolfgang Bergem, Kultur als Identitätsgenerator in ostdeutschen Regionen, in: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse: Der Diskurs in der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 198.

war, zwischen Regionalisierung und Nationalisierung zu vermitteln und zugleich Sachsen für Europa „fit“ zu machen. Mit der Anrufung der großen Geschichte des ältesten deutschen Freistaates wurden Zukunftsprojektionen entworfen: Sachsen solle seinen angestammten Platz unter den deutschen Regionen wieder einnehmen, als Raum geistig-kultureller Reichtümer und ingenieurtechnischer Innovationen. Diese ruhmreiche Vergangenheit sei durch zwei Diktaturen lediglich unterbrochen worden. Regionales bzw. sächsisches Selbstbewusstsein sei nur zu haben, wenn sich die Bevölkerung von der verhängnisvollen Verstrickung mit der DDR-Geschichte löse. Zugleich wird Sachsen als „Land der Erfinder und Tüftler“, als Modellraum präsentiert, der neue Wege beschreite.¹⁷

Regionen haben als räumliche Bezugsrahmen staatlicher Ordnungspolitik in der DDR kaum eine Rolle gespielt. Die Gliederung in Bezirke folgte administrativen Beweggründen wie ökonomische Zusammengehörigkeit und infrastrukturelle Erschließbarkeit. Überlieferte Regionalisierungen wurden in den Hintergrund gedrängt. Gleichwohl weisen alltagskulturelle und karikaturistische Zuschreibungen von „Fischköpfen“ und „Sachsen“, deren Differenzen nicht nur auf Fußballplätzen ausgetragen wurden, darauf hin, dass auch in der DDR ein Regionalbewusstsein existierte. Umso mehr sind Regionalisierungen in Ostdeutschland als sich aus vielfältigen Ebenen zusammengefügte Verräumlichungen sozialen Handelns zu betrachten. Matthias Middell identifiziert neben der lokal-lebensweltlichen Ebene der Bundesländer eine auf Ostdeutschland bezogene Ebene des Regionalisierens, die wiederum „Verbindungen mit nationalisierenden und transnationalisierenden Perspektiven“ eingeht.¹⁸

Gleichwohl stellen Regionalforscher fest, dass mit zunehmender Binnendifferenzierung in West- wie Ostdeutschland auch die für das ostdeutsche Regionalbewusstsein charakteristische Abgrenzung zum Westen mehr und

mehr zurücktritt: „Ostdeutsches Regionalbewusstsein“, so Wolfgang Bergem, unterscheidet sich vom westdeutschen gerade dahingehend, „dass die Identifikation mit der eigenen Region die Selbstverortung als ‚Gesellschaft der ehemaligen DDR‘, die Identität vor allem in der Abgrenzung und Negation von etwas Anderem, von Westdeutschland begründet, in den Hintergrund rücken lässt“. Bergem behauptet, regionale Identität in Ostdeutschland ermögliche zwar eine Unterscheidung zum Westen, aber diese beziehe sich nicht mehr auf die gemeinsame Geschichte der Ostdeutschen. Vielmehr entstehe die paradoxe Situation, dass die „Hinwendung zu regionalen, also subnationalen Identitäten“ die Ost-West-Differenz relativiert und diese territorial orientierte Pluralisierung und Differenzierung die nationale, politisch-kulturelle Integration in die Berliner Republik fördert. „Hybridität, Melange und Transkulturalität“ sind für ihn „Schlüsselkategorien zum Verständnis der komplexen Situation kollektiver Identitäten in Ostdeutschland (. . .). In diesem Amalgam verbinden sich das Empfinden regionaler Zugehörigkeit, der aus dem kulturellen Gedächtnis rekonstruierte Erinnerungs- und Erzählzusammenhang DDR, das Bewusstsein der Staatsbürgerschaft im Nationalstaat Deutschland und die noch wachsende Selbstwahrnehmung als Europäer.“¹⁹

Aufschlussreich ist eine Studie über Veränderungen in den regionalen Identifikationen in Sachsen. Am Beispiel von Einwohnern Leipzigs und des mittleren Erzgebirges geht die Dissertation von Jan Skrobaneck der räumlichen Identifikation an beiden Orten nach. Dabei zeigt sich, dass die Identifikation mit der Region wesentlich höher ist als die zur Nation oder gar zu Europa. Skrobaneck arbeitet mit Unterscheidungen zwischen Alterskohorten und Qualifikationen und stellt fest, dass mit zunehmendem Alter die Identifikation mit der Region, also mit Sachsen, steigt, während das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa eher gering ausfällt. Das Gefühl, Ostdeutscher zu sein, stellt sich als generationenübergreifendes Phänomen heraus. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass bei niedrigen Bildungsabschlüssen der Befragten die Identifikation mit der Region am höchsten ist, während bei höheren Abschlüssen transnationale

¹⁷ Vgl. Wolfgang Lutz, *Region als Programm: Zur Konstruktion sächsischer Identität im politischen Diskurs*, Baden-Baden 2002, S. 85.

¹⁸ Matthias Middell, *Regionalisieren ohne Regionalismus*, in: Ina Dietzsch/Kristina Bauer-Volke (Hrsg.), *Labor Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 276.

¹⁹ W. Bergem (Anm. 6), S. 199.

Bezüge bzw. Orientierungen am ausgeübten Beruf vermehrt in den Vordergrund treten.

Bei eingeschränktem Handlungsspielraum ist der Radius alltäglichen sozialräumlichen Handelns der Nahbereich. Demgegenüber stehen Akademikern sowie kulturellen und politischen Eliten andere Optionen zur Identifikation zur Verfügung, der regionale Bezug fällt gering aus. Dennoch erweist sich der Bezug zu Ostdeutschland gegenüber der nationalen und europäischen Ebene generell als bedeutsamer. Es scheint, als ob Ostdeutschland, eine politisch-administrativ völlig irrelevante Ebene, eine vermittelnde Funktion zwischen Regionalisierung und Nationalisierung einnimmt.¹⁰ Wenn mit der Ausdifferenzierung des Sozialraumes Ostdeutschland auch veränderte sozialräumliche Identifikationen verkoppelt sind, so ist das kein konfliktloser Prozess. Denn gerade für diejenigen mit geringeren Mobilitätsoptionen und Lebenschancen stellt sich der Nahbereich, das Lokale bzw. Regionale, auch als „Falle“ dar.

Franziska Beckers Studie über Görlitz im Stadium der Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010 beschreibt ein „konfliktreiches Aushandlungsfeld von konfligierenden Identitätskonstellationen“. Zwischen den „Zugezogenen“ wie neuen Dienstleistern, Akademikern, politischen Eliten und Touristen, die im Aufwertungsprozess der Stadt als Kulturhauptstadt Chancen und Entwicklungspotentiale vermuten, und den „Dagebliebenen“, die trotzig die lokale Verwurzelung verteidigen, bewegen sich die Ortsbezüge in Görlitz.¹¹ Ähnliche Beobachtungen macht Jörg Dürrschmidt in der deutsch-polnischen Grenzstadt Guben/Gubin. Ambivalente Formen der „Sässigkeit“ sind zu besichtigen, die durch die Konfrontation mit Transformationsgewinnern auf polnischer Seite auf besondere Weise ins Schwingen geraten. „Sich einrichten“ heißt hier vor allem Totalrückzug, eine Haltung, die an eingeübte Verhaltensmuster der „Nischengesellschaft Ost“ anknüpfen

¹⁰ Vgl. Jan Skrobanek, Regionale Identifikation, negative Stereotypisierung und Eigengruppenbevorzugung – Das Beispiel Sachsen. Diss., Leipzig 2002, S. 159 ff.

¹¹ Vgl. Franziska Becker, Die Grenzstadt als Laboratorium der Europäisierung, in: Martina Löw/Helmut Berking (Hrsg.), Die Wirklichkeit der Städte, Baden-Baden 2005, S. 96 ff.

kann.¹² Was Dürrschmidt als Modus der „Sässigkeit“ für die Dagebliebenen herausarbeitet, das Insistieren auf einen Ort der Unveränderlichkeit und Normalität in einem Kontext, der durch das Aufbrechen von Bezugsrahmen und Soziallandschaften, durch neue soziale Differenzierungen und mobilisierte Verortungen gekennzeichnet ist, scheint von ambivalenten kollektiven Identitätskonstruktionen begleitet zu sein. Das Gubener Beispiel ließe sich, um den Begriff von Manuel Castells zu bemühen, als *defensive space* beschreiben: Räume, die von denen errichtet werden, die vom Leben in einer sich beschleunigenden postindustriellen Gesellschaft mehr und mehr ausgeschlossen werden.¹³

Ulf Matthiesen hat diese ambivalenten Muster der „Neuverortung“ im Zuge des Transformationsprozesses auf die anthropologischen Koordinaten des Eigenen und des Fremdem zurückgeführt. Gesellschaftliche Umbrüche wie die in Ostdeutschland hätten diese Koordinaten menschlichen Handelns gründlich durcheinandergebracht. Was als „Eigenes“ galt, erfährt eine massive Umdeutung im Zuge der Abwertung, mit der viele Orte konfrontiert sind, während das „Fremde“, ob auf der Ebene international agierender Unternehmen, westdeutscher Berater oder Migranten, als Bedrohung wahrgenommen wird. Am Beispiel des Verflechtungsraums Berlin-Brandenburg beobachtet er Hybridformen: Rekodierungen des Eigenen und Fremden, Lokalen und Translokalen als Versuche, die Irritationen zwischen Fremdheit und Nähe neu auszutarieren. „Unter dem starken Transformations- und Globalisierungsdruck“, so Matthiesen, „werden Naherfahrungen offenkundig strukturell besonders prekär. Umso dringender bedürfen sie der Rekodierung bzw. eines spezifischen re-embedding. Zugleich wird der Einbruch von unberechenbaren Fremdheitserfahrungen zum chronisch erwarteten Erfahrungshintergrund.“¹⁴ So stellt sich die Ankunft in den

¹² Vgl. Jörg Dürrschmidt/Anna Zinserling, Fallanalysen zum Verhältnis von Transformationspfaden und Formen der Sässigkeit in der polnischen Eurocity Guben/Gubin (Arbeitsmaterialien IV, Projekt Schrumpfende Städte), Berlin 2004, S. 35.

¹³ Vgl. Manuel Castells, The Rise of the Network Society, Oxford 1996, S. 402.

¹⁴ Ulf Matthiesen, Fremdes und Eigenes am Metropolenrand: Postsozialistische Hybridbildungen in den Verflechtungsmilieus von Berlin und Branden-

Regionen Ostdeutschlands als schwieriges Terrain dar, ist die „Neue Heimat“ vor allem eines: unsicher und umkämpft.

Migrant Ostdeutschland – eine Ressource?

Die Selbstethnisierung, die Neuerfindung der eigenen Kultur im Kontext der neuen Gesellschaft, ist allerdings nicht so zu verstehen, dass sich diese mit erfolgreicher Integration im Ankunftsland in der Mehrheitsgesellschaft aufzulösen beginnt. In der Migrationsforschung ist der Begriff der *imagined community* eingeführt worden, um die Netzwerkbeziehungen von Einwanderern zu beschreiben, die sie mit ihrem Herkunftsland unterhalten. Heute sind neue mobile Migrationsmuster zu beobachten, die es Migrantinnen und Migranten erlauben, mit spezifischen Netzwerkstrategien trotz fehlender staatlicher Fürsorge erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu agieren und auf diese Weise die fehlende Unterstützung der Ankunfts-gesellschaft zu kompensieren. Beim Pendeln zwischen Staaten werden die Netzwerkmitglieder so platziert, dass sie die Optionsstrukturen dieser Länder nutzen können. Ein neues „mobiles Migrationsmuster“ ist im Entstehen, das weder durch dauernde Mobilität noch durch dauernde Sesshaftigkeit charakterisiert ist und räumlich erweiterte Migrantenfamilien hervorbringt.¹⁵

Was hat das mit den Ostdeutschen zu tun? Hat die im Zuge der Selbstethnisierung einsetzende Identifikation als Gruppe auch die entsprechenden Netzwerke hervorgebracht, die sie unabhängiger werden ließen von den Integrationsangeboten der Aufnahmegesellschaft? Ostdeutschland, wo nach 1990 ein kompletter Institutionentransfer stattfand, wurde bescheinigt, dass hier die Ausprägung eigener Institutionen und Netzwerke auf Grund der kompletten Übernahme kaum eine Chance hatte. Zugleich zeichnen sich aber seit Mitte der 1990er Jahre mit dem allmählichen Rückzug der Transferleistungen neue Tendenzen ab: Der Rückgriff auf Routinen und Praktiken, die der alten Wirtschafts-

kultur entstammen, hat innovative Lernprozesse in ostdeutschen Regionen und Städten vorangetrieben. Der Blick auf die Umbrüche in Ostdeutschland zeigt, dass diese nicht auf eine „Logik der Anpassung, Adaption und damit aufbrechende Konflikte zu reduzieren“ sind: „Neben einem solchen dominierenden Modus war und ist ebenso eine Reihe offener Such- und Lernprozesse zu verzeichnen – institutionelle Persistenzen, hybride Misch- und Übergangsformen, sektorale Erfolgsgeschichten ostdeutscher Organisationen und Akteure usw.“¹⁶

Als Beispiel für solche hybriden Übergangsformen wird ein besonderer ostdeutscher Managertyp identifiziert, der zwar die Mechanismen der Marktwirtschaft begrüßt, gleichwohl in seinem Organisationshandeln eher familienähnliche Sozialbeziehungen im Unternehmen bevorzugt, bei denen Gemeinschaftsgeist, Vertrauen und persönlicher Kontakt zentrale Rollen spielen. Der allmählich sichtbare Erfolg der im Wesentlichen aus klein- und mittelständischen Betrieben bestehenden ostdeutschen Wirtschaftsstruktur wird oft auf ihre Flexibilität und Risikobereitschaft nach 1989/90 zurückgeführt. Karrieren waren von hohen Risiken und Fehlschlägen begleitet: „Wir waren am Anfang vier Bekloppte, die sich gesagt haben: Man kann doch das, was man in vier Jahrzehnten aufgebaut hat, nicht aufgeben.“ Ein Dessauer Unternehmer: „Da haben wir auf Erfahrungen aufgesattelt, auf dem Know-how der Menschen, die hier leben.“ Er gehört zu jener Generation von Akteuren, die Michael Hofmann dem „effizienz- und technikorientierten Typus des sozialistischen Managers“ zuordnet, die vor allem in den Betrieben und Wirtschaftsleitungen beschäftigt waren.¹⁷

Gerade sie haben die Bewährungsprobe des Umbruchs gut bewältigt und gehören zu den wichtigsten Akteuren der Umstrukturierung der ehemaligen DDR-Industrie. Für Angehörige dieser Gruppe hatte die „Wende“ durchaus etwas Befreiendes, so der Geschäftsführer der aus dem Geist der Polysius-Werke in

burg, in: ders. (Hrsg.), An den Rändern der deutschen Hauptstadt, Opladen 2002, S. 342.

¹⁵ Vgl. Ingrid Oswald, Neue Migrationsmuster – Flucht aus oder in „Überflüssigkeit“?, in: Berliner Debatte Initial, 15 (2004) 2, S. 6.

¹⁶ Michael Thomas, Umbruch: Gestaltungsherausforderungen und Akteure, in: Berliner Debatte Initial, (2008) 3, S. 8.

¹⁷ Vgl. Michael Hofmann, Sozialkulturelle Milieus einer Industriegesellschaft in Bewegung, in: I. Dietzsch/K. Bauer-Volke (Anm. 8), S. 148.

Dessau entstandenen Zemat GmbH: „Es gibt in Dessau so einen Unternehmergeist, der ist rübergeschwappt aus der Geschichte. Es ist doch gut, dass man nicht mehr so eingezwängt ist, es gibt doch viele hier, die etwas unternommen haben.“¹⁸ Hinzu kommt, dass diese Akteure auf weit reichende informelle und personengestützte Vertrauensbeziehungen zurückgreifen können. Für die Handlungsmuster lassen sich Parallelen zu „Migrantenökonomien“ herstellen: informelle und durch Familiarität geprägte soziale Beziehungen, Vertrauen in persönliche Kontakte und Netzwerke und eine gewisse Reserve gegenüber großen Institutionen. Vergleichbar mit migrantischen Wirtschaftskulturen konnten diese Akteure mit ausgeprägtem Pioniergeist zum Teil erfolgreich die mangelnde Integration in die Umgebungsgesellschaft ausgleichen.

Eine weitere Parallele bietet sich an. Insbesondere in den Metropolen stellen migrantische Kulturen mittlerweile eine wichtige Ressource für Diversivität und Kreativität dar. Selbst in Berlin erfuhren ethnische Ökonomien eine Aufwertung: So hob der Zwischenbericht der Enquete Kommission zur Zukunft Berlins 2006 die innovativen Potentiale „der Multikulti-Schattenwirtschaft“ in den Stadtteilen hervor.¹⁹ Ulf Hannerz hat herausgearbeitet, dass der Markt ein wichtiger Mechanismus der Übertragung bzw. Übersetzung im Kontext globalisierter Kulturproduktion ist.²⁰ Ethnische Kulturen von Little India bis China Town werden marktförmig und auf diese Weise konsumierbar gemacht.

Auch „Ostdeutschland“ ist durch unterschiedliche Formate in den vergangenen zwanzig Jahren zu einem vermarktbareren Produkt geworden, das sich nicht nur an die Zielgruppe in den neuen Bundesländern richtet. Neben Reeditionen ehemaliger DDR-Labels von „Caro“ bis zur „Schlager-süßtafel“ von „Zetti“ und ostdeutschen Souvenirs liefern auch Fernsehfilme und Magazine immer wieder neue Versionen

¹⁸ Mitschrift Podiumsdiskussion, Dessau, 6. 2. 2009.

¹⁹ Vgl. Alexa Färber, Vom Kommen Bleiben Gehen, in: dies., Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung. Berliner Blätter. Ethnografische und Ethnologische Beiträge, 37 (2005), S. 15.

²⁰ Vgl. Ulf Hannerz, Transnational Connections, London–New York 1996.

eines Ostdeutschlands, das sich gut verkaufen lässt. Ostdeutsch ist eine kulturelle Ressource auf dem nach Innovationen heischenden Markt geworden.

Ähnlich den ethnischen Ökonomien kommen hier weder die Entstehungsbedingungen noch die dahinter liegenden konfliktreichen Realitäten zur Sprache – das gehört zum Mechanismus der Umkodierung ethnischer Kulturen in die kulturelle Form der Konsumierbarkeit. So ist auch – und das kritisieren mittlerweile viele Kulturproduzenten – das DDR-Bild der Medien merkwürdig homogen und lässt kaum Zwischentöne zu. Gleichwohl schafft der Markt eine Transfer- und Übersetzungsleistung, auch wenn dabei die DDR im wahrsten Sinne des Wortes besser verdaulich wird.

Hotel Deutschland

Der Begriff des „Hotels“ wird aufgegriffen, um die unterschiedlichen Formen des Ankommens, Bleibens und Gehens in transnationalisierten Metropolen zu beschreiben, und vielleicht hat er auch eine gewisse Relevanz für das wiedervereinigte Deutschland. Mit der Feststellung vom „Noch nicht angekommen“ sind Vorstellungen verbunden, die davon ausgehen, Integration sei erst dann möglich, wenn die mit Ostdeutschland verbundenen Erfahrungen, Erinnerungen und Wertmuster zurückgelassen werden. Doch im Zuge der Transformation hat sich das einst mit einem bestimmten Territorium und mit bestimmten politischen Strukturen assoziierte Gebilde „Ostdeutschland“ abgelöst und führt als hybrides Konglomerat von Wertvorstellungen, Erfahrungen, Bildern und Erinnerungen ein Eigenleben, das weniger auf eine DDR verweist, in die man sich zurücksehnt, als vielmehr auf einen Schwebezustand: weder Herkunft noch Ankunft.

Von den Migranten ließe sich für das Selbstverständnis des wiedervereinigten Deutschlands lernen: Dieser „Transit“ muss nicht als problematischer Zustand, der zu überwinden ist, bewertet werden, sondern vielmehr als Ressource, welche die Gesellschaft erweitert und bereichert.

Ost-westdeutsche Integrationsbilanz

Fast 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sind abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen in Ost- und

Anna Klein
Dipl. Päd., geb. 1979;
wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld.
anna.klein@uni-bielefeld.de

Wilhelm Heitmeyer
Dr. phil. habil., geb. 1945;
Professor für Sozialisation und Leiter des IKG (s.o.).
ikg@uni-bielefeld.de

Westdeutschland nach wie vor unterschiedlich ausgeprägt. Die Analysen zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF), d.h. zu abwertenden Einstellungen gegenüber Minderheiten und schwachen Gruppen in der Gesellschaft,¹ bestätigen immer wieder, dass in Ostdeutschland rassistische, islamophobe und fremdenfeindliche Einstellungen weiter verbreitet sind als in Westdeutschland. Aus welchen Gründen kommt es zu dieser unterschiedlichen Einstellungsverteilung?

Im Forschungsprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ rückte diese Differenz bereits mehrfach in den Fokus von Ursachenanalysen. Wir konnten anhand der Daten der jährlich erhobenen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zeigen, dass die unterschiedlichen Lebensbedingungen und wechselseitigen Wahrnehmungen in den beiden Landesteilen die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen begründen.² Anlässlich der nun fast 20-jährigen gemeinsamen Geschichte von Ost- und Westdeutschland richten wir unseren Blick hier auf die Integrationsbilanz, d.h. auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenwachsen. Konnten annähernd gleiche Teilhabechancen in beiden Landesteilen etabliert werden? Wie ist das Verhältnis der Deutschen zueinander, und wie hängt dieses wechselseitige Verhältnis mit Einstellungen gegenüber Minderheiten und schwachen Gruppen in Deutschland zusammen?

Das Zusammenwachsen zweier unterschiedlicher Gesellschaften ist abhängig von individuellen Integrationschancen und den als „gerecht“ empfundenen Gelegenheitsstrukturen zur Wahrnehmung dieser Chancen. Sind diese nicht vorhanden, und kommen Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühle auf, dann kann sich Solidarität weder zwischen Deutschen in Ost- und Westdeutschland noch gegenüber schwachen Gruppen in der Gesellschaft entwickeln. Der Blick auf die Entwicklungen der Integrationsmöglichkeiten in Ost- und Westdeutschland steht daher im Mittelpunkt, will man die Frage beantworten, ob der Vereinigungsprozess „gelingen“ ist.

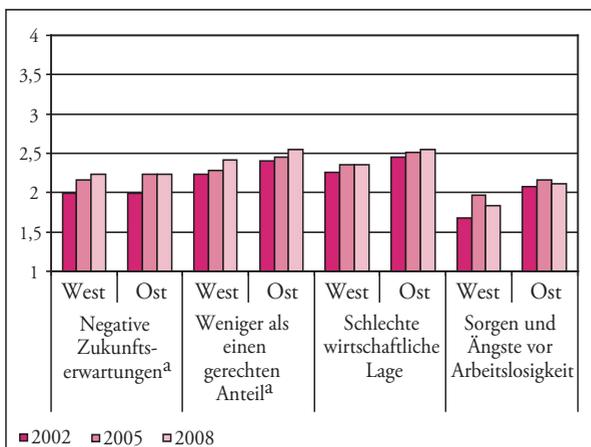
Die Theorie Sozialer Desintegration geht von drei Dimensionen aus, in denen Integration gelingen oder misslingen kann.³ Sie thematisiert *erstens* die Einbindung auf der sozialstrukturellen Ebene (funktionale Systemintegration). Hier gerät der Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Teilsystemen, etwa dem Arbeitsmarkt oder Bildungsinstitutionen, in den Blick. Aus dieser Einbindung erwächst ein subjektives Gefühl positionaler Anerkennung. Konnte Integration in Ost- und Westdeutschland in diesem Bereich erreicht werden, oder, anders gefragt: Haben

¹ Zur Konzeption des Syndroms „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/M. 2002, S. 15–34.

² Vgl. z. B. Sandra Hüpping/Jost Reinecke, Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/M. 2007, S. 77–101; Christian Babka von Gostomski/Beate Küpper/Wilhelm Heitmeyer, Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland, in: ebd., S. 102–129; Carina Wolf/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Die Belastungsgrenze ist nicht überschritten. Empirische Ergebnisse gegen die Behauptung vom vollen Boot, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt/M. 2005, S. 73–91.

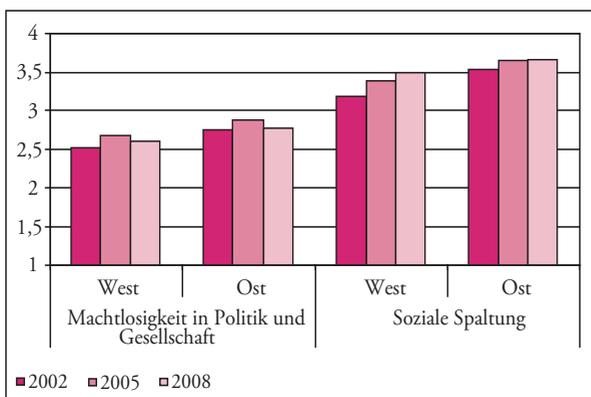
³ Vgl. Reimund Anhut/Wilhelm Heitmeyer, Desintegration, Anerkennung und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft: Analysen zur gesellschaftlichen Integration und Desintegration, Wiesbaden 2005, S. 75–100.

Abbildung 1: Funktionale Systemintegration – Entwicklung der Mittelwerte in den GMF-Surveys 2002, 2005 und 2008 in Ost- und Westdeutschland



^a Diese beiden Items wurden mit einer dreistufigen Antwortskala gemessen, so dass die Mittelwerte zwischen 1 und 3 liegen. In allen Jahren zeigt sich nur bei „negativen Zukunftserwartungen“ kein signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, bei allen anderen Items besteht in jedem Jahr ein signifikanter Unterschied mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 0,01$.

Abbildung 2: Institutionelle Sozialintegration – Entwicklung der Mittelwerte in den GMF-Surveys 2002, 2005 und 2008 in Ost- und Westdeutschland



Bei beiden Skalen besteht in jedem Jahr ein signifikanter Unterschied in den Mittelwerten zwischen Ost- und Westdeutschland mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 0,01$.

Ostdeutsche in ihrer Wahrnehmung dieselben Zugangschancen wie Westdeutsche?

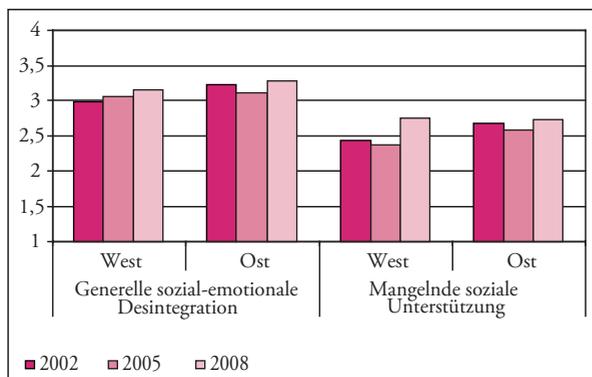
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit verläuft seit Beginn der Vereinigung eindeutig. Die Quoten in Ostdeutschland liegen deutlich höher, und die Differenz nimmt nicht ab. Schaut man auf die regionalen Entwicklungen, so ist erkennbar, dass ein Großteil der Kreise, in denen seit 2002 eine negative wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hat und eine hohe Abwanderung festgestellt werden kann, im Osten Deutschlands liegt.^f Angesichts dieser objektiv schlechteren wirtschaftlichen Lage ist es kaum überraschend, dass Ostdeutsche ihre Situation hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Lage schlechter einschätzen als Westdeutsche und häufiger Angst vor Arbeitslosigkeit haben (Abbildung 1).

Die Theorie Sozialer Desintegration betrachtet *zweitens* die Ebene der institutionellen Sozialintegration. Hier geht es um die Frage nach einem gerechten Interessenausgleich zur Vermeidung sozialer Spaltung und der Gewährleistung politischer Partizipation. Unsere Ergebnisse bilden die subjektiv nicht gelungene Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit ab. Sowohl die wahrgenommenen Gefühle der Machtlosigkeit als auch die Wahrnehmung sozialer Spaltung sind jeweils in den vergangenen sieben Jahren stabil unterschiedlich zwischen Ost- und Westdeutschland – und hinsichtlich der sozialen Spaltung mit einem aufholenden Trend im Westen (Abbildung 2). Wenn diese Machtlosigkeit als ausbleibende Chancen zu politischer Partizipation und die Entwicklung immer stärkerer sozialer Spaltung als Ausdruck der mangelhaften Durchsetzung von Gerechtigkeitsprinzipien gesehen werden, dann muss sich dies auch auf Einstellungen zur Demokratie niederschlagen.

Die *dritte* Dimension der Theorie Sozialer Desintegration fokussiert auf die sozial-emotionale Ebene, in der es um die Herstellung emotionaler Bindungen im sozialen Nahraum geht (kulturell-expressive Sozialintegration). Auch hier finden wir eine subjektiv höhere Desintegrationsbelastung in Ostdeutschland (Abbildung 3).

^f Vgl. S. Hüpping/J. Reinecke (Anm. 2).

Abbildung 3: Kulturell-expressive Sozialintegration – Entwicklung der Mittelwerte in den GMF-Surveys 2002, 2005 und 2008 in Ost- und Westdeutschland



Für die „Generelle sozial-emotionale Desintegration“ zeigt sich ein signifikanter Unterschied in den Mittelwerten zwischen Ost- und Westdeutschland für 2002 mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 0,01$. 2008 besteht ein signifikanter Unterschied bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 0,05$. Die Skala „Mangelnde soziale Unterstützung“ wurde hier für alle Jahre aus zwei Items gebildet. Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich in den Jahren 2002 und 2005 signifikant mit $p < 0,01$, im Jahr 2008 besteht kein signifikanter Unterschied.

Betrachtet man diese Beschreibungen entlang der Dimensionen der Theorie Sozialer Desintegration, dann zeigen sich klare Unterschiede in Ost- und Westdeutschland. Die sozialen Desintegrationsängste und -gefahren in Ostdeutschland sind höher, mitsamt den Auswirkungen auf die Einstellungen zueinander, zum politischen System und gegenüber schwachen Gruppen. Allerdings zeigt sich bei einigen Indikatoren ein aufholender Trend in Westdeutschland, insbesondere hinsichtlich der Wahrnehmung sozialer Spaltung und mangelnder sozialer Unterstützung.

Benachteiligungsgefühle: Relative Deprivation

Ähnlich wie die Theorie Sozialer Desintegration argumentiert auch die Theorie Relativer Deprivation.¹⁵ Darin wird jedoch nicht die objektive Teilhabemöglichkeit von Personen in

¹⁵ Vgl. Samuel A. Stouffer et al., *The American Soldier: Adjustment during army life*, Vol. 1, Princeton 1949; Walter G. Runciman, *Relative deprivation and social*

den Mittelpunkt gerückt, sondern die relative Position von Personen oder Gruppen innerhalb einer Gesellschaft. Es geht hier um die subjektive Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen ungerechtfertigt benachteiligt zu sein. Unterschieden wird die individuelle relative Deprivation, der Vergleich der persönlichen Situation mit der Lage anderer Personen aus der eigenen Gruppe („Persönliche Lage im Vergleich zu anderen Deutschen“) und die fraternal relative Deprivation, der Vergleich der Eigengruppe im Vergleich zur Situation einer anderen Gruppe (hier: „Lage der Ostdeutschen im Vergleich zur Situation der Westdeutschen“). Dieses Gefühl der Benachteiligung erzeugt Missgunst gegenüber der Gruppe, die angeblich zuviel bzw. mehr erhält.

Benachteiligungsgefühle könnten sich unmittelbar negativ auf schwache Gruppen auswirken, wenn diesen die Schuld an der Benachteiligung gegeben wird. Insofern ist erwartbar, dass Personen, die sich benachteiligt fühlen, vermehrt zur Abwertung schwacher Gruppen neigen. Die Abwertung schwacher Gruppen verhilft dazu, die eigene Aufwertung in der gesellschaftlichen Gesamthierarchie zu betreiben. Dazu bietet das Gefühl der eigenen Benachteiligung eine Legitimierung für die Abwertung und Diskriminierung anderer. Allerdings erscheint es wahrscheinlich, dass dies insbesondere solche schwachen Gruppen betrifft, die auch als Konkurrenten um Statuspositionen wahrgenommen werden. Dies gilt zuallererst für die Gruppe der Ausländer, denn fremdenfeindliche Einstellungen werden häufig im Zuge von Konkurrenzlogiken begründet: „Die vermeintliche Überforderung der gesellschaftlichen Reichthumsproduktion wird auf die Existenz und Ansprüche von Ausländern zurückgeführt.“¹⁶

Welche Bedeutung haben Benachteiligungsgefühle für das Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zueinander? Sind sich Ost- und Westdeutsche einander fremd? Und wie wird die Vereinigung nach fast 20 Jahren beurteilt? Dazu haben wir in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Juni 2008 eine

justice: A study of attitudes to social inequality in twentieth century England, Berkeley 1966.

¹⁶ Joachim Bischoff/Bernhard Müller, *Moderner Rechtspopulismus*, in: Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier (Hrsg.), *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*, Hamburg 2004, S. 17.

Tabelle 1: Ausmaß gefühlter Benachteiligung nach der „Wende“; Angaben in Prozent

	West	Ost
	trifft eher bzw. voll und ganz zu	
Die „Wende“ hat den Ost-/Westdeutschen viele Nachteile gebracht. (n. s.)	55,9	57,3
Irgendwie sind Ost-/Westdeutsche „Bürger 2. Klasse“. (**)	13,1	63,9
Die West-/Ostdeutschen werden gegenüber den Ost-/Westdeutschen benachteiligt. (**)	24,2	73,0
	... weniger als ihren gerechten Anteil	
Im Vergleich dazu, wie West-/Ostdeutsche leben: Wie viel, glauben Sie, erhalten die Ost-/Westdeutschen? (**)	21,0	77,0

N = 1777, n Ost = 648, n West = 1129; **: Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind signifikant bei $p < ,01$; n.s.: Unterschiede sind nicht signifikant.

Reihe von Fragen gestellt, die das Verhältnis von West- und Ostdeutschen zueinander und deren Meinungen zur Wiedervereinigung näher beleuchten.¹⁷

Gut die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland sind der Ansicht, dass die „Wende“ viele Nachteile für den jeweiligen Landesteil gebracht hat. Ostdeutsche sehen sich von Benachteiligung gegenüber Westdeutschen betroffen (Tabelle 1). Rund 64 Prozent der Ostdeutschen geben an, sich als Bürgerinnen und Bürger „2. Klasse“ zu fühlen. Zudem sind 77 Prozent der Ostdeutschen der Ansicht, dass sie im Vergleich zu den Westdeutschen „weniger als ihren gerechten Anteil“ bekommen, und fast drei Viertel fühlen sich auch heute noch gegenüber den Westdeutschen benachteiligt. Umgekehrt hegen nur wenige Westdeutsche ein Gefühl der Benachteiligung gegenüber Ostdeutschen.

Die erheblichen Benachteiligungsgefühle von Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen werden in Umfragen immer wieder sichtbar. Schon 1992 gaben 81 Prozent der Ostdeutschen an, sehr viel oder etwas weniger als ihren gerechten Anteil am Lebensstandard in der Bundesrepublik zu bekommen; im Jahr 2002 sahen dies noch 60 Prozent so.¹⁸ Zudem können wir zeigen, dass Benachteiligungsgefühle unter jüngeren Ostdeutschen weniger verbreitet sind als in der älteren Generation.

¹⁷ Ausführlich dokumentiert sind diese Ergebnisse in Wilhelm Heitmeyer, *Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, in: ders., *Deutsche Zustände. Folge 7*, Frankfurt/M. 2009, S. 13–49.

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2005.

Von einem eindeutigen positiven Trend ist trotzdem nicht auszugehen, da sich immer wieder erhebliche Skepsis zeigt, die sich bisweilen auch vergrößert. Im Hinblick auf die Angleichung der Lebensverhältnisse glaubten zu Beginn der 1990er Jahre in beiden Landesteilen nur knapp über zehn Prozent, die Lebensverhältnisse würden sich nie oder erst in zehn Jahren angleichen, im Jahr 2004 waren aber 68 Prozent der Ostdeutschen und 43 Prozent der Westdeutschen dieser Meinung.¹⁹

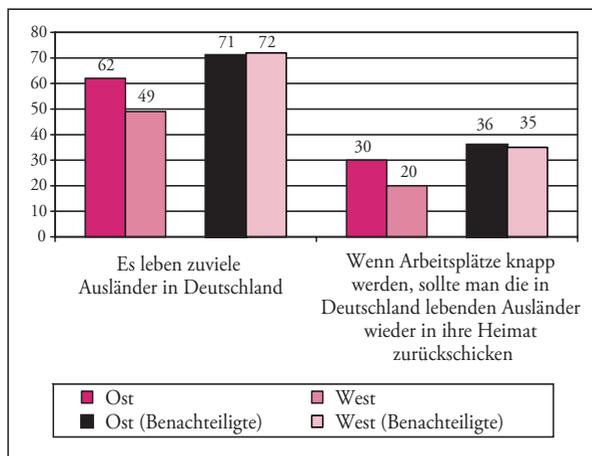
Folgen für schwache Gruppen

Was haben die Probleme der deutschen Einheit mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu tun? Das schwierige Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zueinander schlägt sich auf andere, insbesondere auf schwache Gruppen nieder. Knapp die Hälfte aller Westdeutschen und mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen fordern, mehr Geld für die Einheit statt für die Integration von Ausländern auszugeben. Die gefühlte Benachteiligung führt dazu, dass dritten Gruppen weniger gegönnt wird und diesen gegenüber Restriktionen gefordert werden. Gefühlte Benachteiligung steht in einem deutlichen Zusammenhang mit allen Facetten abwertender Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen, die wir als Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezeichnen: „Da angenommene Ungleichwertigkeit den gemeinsamen Kern aller (...) Elemente ausmacht, sprechen wir von einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“¹¹⁰

¹⁹ Vgl. Elisabeth Noelle, *Eine Aufgabe der Geschichte. Das Zusammenwachsen der Deutschen macht keine Fortschritte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. 6. 2004, S. 5, Institut für Demoskopie Allensbach.

¹¹⁰ W. Heitmeyer (Anm. 1), S. 21.

Abbildung 4: Fremdenfeindliche Einstellungen (GMF-Survey 2008, Zustimmung in Prozent, Zusammenfassung der Antwortkategorien „stimme eher zu“/„stimme voll und ganz zu“)



n Personen mit Benachteiligungsgefühlen Ostdeutschland = 453; n Personen mit Benachteiligungsgefühlen Westdeutschland = 339. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind auf Basis der Mittelwerte für beide Aussagen zur Fremdenfeindlichkeit signifikant bei $p < ,01$. Unterschiede zwischen Personen mit Benachteiligungsgefühlen aus Ost- und Westdeutschland sind für beide Aussagen nicht signifikant.

Aufgrund des auffälligen Befunds, nach dem insbesondere fremdenfeindliche, islamophobe und rassistische Einstellungen in Ostdeutschland weiter verbreitet sind, analysieren wir im Folgenden, ob die Verbreitung abwertender Einstellungen gegenüber diesen drei Gruppen auf die in Ostdeutschland verbreiteteren Benachteiligungsgefühle zurückzuführen sind.

Unter *fremdenfeindlichen Einstellungen* verstehen wir die Abwehr von Gruppenangehörigen anderer ethnischer Herkunft, die zum einen auf (vermutete) Konkurrenz um (knappe) Ressourcen und zweitens auf die Etikettierung von „kultureller“ Rückständigkeit ausgerichtet ist. Betrachtet man die Aussagen zur Messung fremdenfeindlicher Einstellungen, so zeigt sich: Insgesamt sind Ostdeutsche deutlich häufiger der Meinung, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben, und sie stimmen ebenfalls häufiger der Aussage zu: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland le-

benden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ (Abbildung 4) Vergleicht man nur Personen, die sich gegenüber dem anderen Teil Deutschlands benachteiligt fühlen, dann verschwinden die Unterschiede, d.h. Westdeutsche, die sich gegenüber Ostdeutschen benachteiligt fühlen, sind ebenso fremdenfeindlich eingestellt wie Ostdeutsche, die sich gegenüber Westdeutschland benachteiligt fühlen. Da die Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland viel weiter verbreitet sind, kommt es zu höheren Gesamtwerten.

Ähnliches zeigt sich für islamophobe Einstellungen. *Islamophobie* definieren wir als Bedrohungsgefühle und ablehnende Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten. Auch hier sind, vergleicht man die Gesamtbevölkerung in West- und Ostdeutschland, die Ostdeutschen ablehnender: 34 Prozent sind der Meinung, man sollte Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen, während dies nur 21 Prozent der Westdeutschen meinen. Stellt man einen Vergleich aller Personen in West- und Ostdeutschland an, die sich benachteiligt fühlen, dann relativiert sich diese Differenz; unter Personen mit Benachteiligungsgefühlen sprechen sich ebenso viele Ostdeutsche wie Westdeutsche gegen die Zuwanderung von Muslimen aus, und die Angst vor Überfremdung ist unter sich benachteiligt fühlenden Westdeutschen sogar stärker verbreitet.

Schließlich zeigt sich bei rassistischen Einstellungen ebenfalls der Einfluss von Benachteiligungsgefühlen. *Rassismus* bezeichnet Einstellungen, welche die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf der Basis konstruierter „natürlicher“ Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen. Es ist der Versuch, eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die auch an biologischen Unterschieden festgemacht werden. Der Aussage, dass „Weiße zu Recht führend in der Welt“ seien, stimmen Ostdeutsche ähnlich häufig zu wie Westdeutsche. Betrachtet man nur Personen mit Benachteiligungsgefühlen, dann sind die Zustimmungswerte in Westdeutschland höher. Einzig bei der Frage, ob Aussiedler besser gestellt werden sollten als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind, zeigt sich

keine Angleichung oder Umkehr der Werte. Auch in der Gruppe der Personen mit Benachteiligungsgefühlen sind Ostdeutsche rassistischer eingestellt. Allerdings wird auch hier der Einfluss der Benachteiligungsgefühle deutlich, da die Werte in dieser Gruppe höher sind.

Die Analysen zeigen, dass die starken Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland wesentlich zur Erklärung der weiter verbreiteten fremdenfeindlichen, islamophoben und rassistischen Einstellungen beitragen. Wären die Benachteiligungsgefühle in Westdeutschland ähnlich verbreitet wie in Ostdeutschland, so wäre auch mit einer ähnlichen Verbreitung fremdenfeindlicher, islamophober und rassistischer Ressentiments zu rechnen.

Welche Bilanz lässt sich ziehen?

– Nach wie vor zeigen sich in Ostdeutschland höhere Desintegrationsbelastungen sowohl auf der sozialstrukturellen als auch auf der institutionellen und sozio-emotionalen Ebene.

– Das subjektive Gefühl der Benachteiligung gegenüber Westdeutschen ist unter Ostdeutschen sehr verbreitet.

– Desintegrationsbelastungen und Benachteiligungsgefühle haben Auswirkungen auf den Grundwert der Gleichwertigkeit aller Menschen. Personen, die sich selbst nicht anerkannt und benachteiligt fühlen, sind eher bereit, andere abzuwerten. Die höheren Desintegrationsbelastungen und Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland können erklären, warum abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen in Ostdeutschland verbreiteter sind.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass in Ost- und Westdeutschland dieselben Mechanismen abwertende Einstellungen befördern. Desintegrationserfahrungen und Benachteiligungsgefühle begünstigen in Ost- wie Westdeutschland abwertende Einstellungen gegenüber Minderheiten. Das Ausmaß der tatsächlichen Desintegration und der subjektiven Wahrnehmung von Benachteiligung ist jedoch in Ostdeutschland weit höher – mitsamt den Kon-

sequenzen für schwache Gruppen. Hinzu kommt die strukturelle Desintegration, denn in Regionen, in denen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Rückentwicklung und Abwanderung der jüngeren, gebildeteren Bevölkerungsanteile Realität ist, sind Benachteiligungsgefühle nicht nur eine subjektive Wahrnehmung.

Hier sind politische Konzepte gefragt, die eine strukturelle Stärkung auf den Weg bringen. Wenn dies jedoch nicht von den demokratischen Parteien geleistet wird, sondern wenn im kommunalpolitischen Bereich vor allem die NPD sichtbare Arbeit leistet, dann können sich fremdenfeindliche Einstellungen weiter verbreiten und zur Normalität werden. Wo sich die Probleme dermaßen verdichten, wird es für demokratische Akteure immer schwieriger, gegen abwertende Einstellungen einzutreten.

Es bleibt zu erwähnen, dass sich auch in Westdeutschland strukturschwache Regionen befinden, deren Zustand sich angesichts der massiven Wirtschaftskrise verschärfen dürfte. Dies wird sich auch in den Wahrnehmungen der Bevölkerung niederschlagen. Desintegrationsbedrohungen werden weiter wachsen und sowohl in West- als auch in Ostdeutschland die Situation schwacher Gruppen schwieriger und zum Teil gefährlicher machen.

Transformationspolitik in Ostdeutschland: ein Teilerfolg

Stärkung der industriellen Innovationskraft muss in den Vordergrund rücken.¹

Der Weg: Aufbau Ost statt Erweiterung West

Mezzogiorno ohne Mafia“, so sah Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt 2005 den Zustand der ostdeutschen Wirtschaft. „Supergau Deutsche Einheit“, titelte im selben Jahr der Journalist Uwe Müller. Diese negative Sicht der deutschen Einheit ist nicht berechtigt; im Kern sind es drei

Karl-Heinz Paqué
Dr. sc. pol., geb. 1956; Finanzminister a. D., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Postfach 4120, 39018 Magdeburg.
paque@ovgu.de

Gründe, die eine positivere Bilanz verlangen:

1. Der Aufbau Ost war unvermeidlich, und zwar im Wesentlichen genau so, wie er geschah: mit sofortiger Währungsunion, mit zügiger Privatisierung, mit massiver Wirtschaftsförderung. Realistische Alternativen gab es nicht, und zwar wegen der hohen Mobilität der Arbeitskräfte als Frucht und Preis der Freiheit. Die Deutschen haben den richtigen Weg gewählt. Sie können darauf stolz sein.

2. Die Ergebnisse sind besser, als gemeinhin angenommen, aber schlechter, als in den frühen 1990er Jahren erwartet worden war. Also: ein Teilerfolg. Dass es nicht mehr ist, liegt nicht am Versagen der Politik, sondern am Flurschaden von 40 Jahren Sozialismus. Vierzig Jahre Abschottung vom Weltmarkt haben einen hohen Preis, der lange nachwirkt – im Osten Deutschlands und in Mitteleuropa.

3. Der ostdeutschen Industrie fehlt es noch an Innovationskraft. Dies ist der Hauptgrund für den Ost/West-Rückstand der Produktivität. Dagegen sind die betriebliche Flexibilität hoch und die Lohnstückkosten niedrig. Das bietet Chancen im Standortwettbewerb, aber die Politik muss sich neu orientieren. Die

Der Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren war nicht nur ein großer Sieg der Freiheit. Er war auch ein Startsignal der Mobilität: Von nun an konnte jeder ostdeutsche Arbeitnehmer sein Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen, in den Westen umsiedeln und dort eine Arbeit aufnehmen. Die Existenz dieser neuen Alternative hatte weit reichende Folgen, die nur selten in ihrer ganzen Tragweite gewürdigt wurden.² Sie schlossen von vornherein für Ostdeutschland einen „evolutionären“ Weg aus, wie er in Mittel- und Osteuropa beschritten wurde, mit einem Lohnniveau, das damals unter 20 Prozent und bis heute unter einem Drittel Westdeutschlands liegt. Bei Löhnen in dieser Größenordnung hätte sich Ostdeutschland schnellstens entleert: Millionen von leistungsfähigen Arbeitskräften wären in den Westen gewandert. Es hätte keinen „Aufbau Ost“, sondern eine „Erweiterung West“ gegeben. Der Osten wäre verödet. Politisch und moralisch kam dies nicht in Frage. Es war zu Recht jenseits aller Vorstellungskraft und wurde auch nie ernsthaft diskutiert.

Damit aber gab es bei jeder politischen Entscheidung ein kategorisches *Ceterum Censeo*. In Anlehnung an Cato den Älteren lautete es: „Und im Übrigen muss eine massive Abwanderung verhindert werden!“ Dies schränkte den Raum für die Politik drastisch ein. Alle Weichenstellungen mussten schnell und entschlossen erfolgen, sie mussten glaubwürdig und irreversibel sein. Und sie mussten im Osten den Wert der Arbeit in absehbarer Zeit deutlich dem westlichen Standard annähern. Damit waren die Weichen für drei Grundsatzentscheidungen gestellt: schnelle Wirtschafts-

¹ Die Kürze dieses Beitrags erzwingt eine bisweilen apodiktische Darstellung. Eine umfassende Interpretation entlang derselben Grundlinien sowie die nötigen statistischen Belege liefert mein Buch „Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit“. Es wird im September 2009 im Carl Hanser Verlag, München, erscheinen.

² Ausnahmen sind unter wenigen anderen Klaus von Dohnanyi, *Das Deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit*. München 1990, und Walter Heering, *Acht Jahre deutsche Währungsunion. Ein Beitrag wider die Legendenbildung im Vereinigungsprozess*, in: *APuZ*, (1998) 24, S. 20–34.

und Währungsunion, zügige Privatisierung und massive Wirtschaftsförderung.

Mitte 1990 wurde im Osten die DM eingeführt. Diese Entscheidung schuf ein Maximum an Vertrauen in die Stabilität des Geldes, denn die Deutsche Bundesbank hatte – zusammen mit der Schweizer Nationalbank – weltweit den besten Ruf als stabilitätsorientierte Institution ihrer Art. Ab sofort gab es auch im ostdeutschen Wirtschaftsraum die denkbar solideste Grundlage für jedwede ökonomische Kalkulation.

Die Währungsunion war eine mutige Entscheidung. Sie erfolgte gegen die Meinung namhafter Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Es gab zwei wesentliche Gegenargumente: Zum einen beseitige eine Währungsunion für immer die Möglichkeit, über eine Änderung des Außenwerts der Währung an industrieller Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Zum anderen Sorge der Umrechnungskurs von eins zu eins für hohe Lohnkosten, mit der Folge eines ebenso massiven Produktionseinbruchs der ostdeutschen Industrie. Noch heute werden diese Argumente von Kritikern hervorgebracht, um die Währungsunion als eine der Ursünden der deutschen Einheit zu brandmarken.¹³

Diese Kritik übersieht, dass das Niveau der Lohnkosten längst nicht mehr durch den Wechselkurs steuerbar war, und zwar letztlich aus einem zentralen Grund: der innerdeutschen Mobilität der Arbeitskräfte nach dem Mauerfall. Der Umrechnungskurs von einer Mark (Ost) zu einer DM sorgte für ein Lohnniveau im Osten von einem Drittel des Westniveaus, was übrigens in etwa einigen – allerdings irreführenden – Ost/West-Vergleichen der Arbeitsproduktivität entsprach. Doch selbst dieses Drittel war noch zu niedrig, um leistungsfähige Arbeitskräfte im Osten davon abzuhalten, sich nach Westen zu orientieren. Es kam schnell zu Lohnanpassungen nach oben. Ein Umrechnungskurs von zwei Mark (Ost) für eine DM hätte dagegen den Lohn auf ein Sechstel (!) des Westens gedrückt. Es ist nicht vorstellbar, dass sich auf diese Art die Situation kurzfristig hätte stabilisieren lassen. Das Gleiche gilt für den Fall

der Beibehaltung der Mark (Ost) zu einem Kurs in dieser Größenordnung.

Kurzum: Alle Ostdeutschen rechneten längst in DM. Sie lebten bereits in dem, was Ökonomen einen DM-Standard nennen würden. Für sie zählte nur mehr der Wert in harter Westwährung, denn sie konnten westdeutsche Waren kaufen und, wenn nötig, durch Abwanderung auch die nötige Währung im Westen selbst verdienen. Sie waren eben frei. Nur die Einschränkung der Freizügigkeit – kombiniert mit einer nicht-konvertiblen Mark (Ost) – hätte sie dazu zwingen können, ihrem eigenen Güterangebot als Produzenten und Konsumenten treu zu bleiben. Aber das hätte eine neue Mauer bedeutet, und das war undenkbar. Als sinnvoller Weg blieb nur die Währungsunion. Sie war insofern nicht nur politisch und moralisch geboten, sondern auch ökonomisch richtig.¹⁴ Was danach kam, war die Konsequenz der Freiheit, nicht der Währungsunion.

Es folgte der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie. Er vollzog sich in einer ersten Welle im Jahr 1990 und dann noch weiter bis zu einem Tiefpunkt im Jahr 1992. Parallel begann die Treuhandanstalt ihre Arbeit, und zwar unter der Leitlinie: Privatisieren vor Sanieren. Als Holding praktisch aller ehemals volkseigenen Betriebe der DDR gelang ihr der Verkauf in Rekordgeschwindigkeit. Bis zu ihrer Auflösung Ende 1994 war der Großteil der fast 14 000 Unternehmen bzw. Teile von Unternehmen privatisiert, ein gigantischer Kraftakt mit Folgen: ein Defizit von über 200 Mrd. DM, der Abbau von etwa 2,5 Millionen industriellen Arbeitsplätzen, zahlreiche kriminelle Machenschaften und eine schwere Diskreditierung in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, die das marktwirtschaftliche Aufräumkommando als eine Art kolonialistische Liquidation interpretierten. Emotional war dies verständlich, zumal die Praktiken der Treuhandanstalt nicht immer Respekt vor der vierzigjährigen Arbeitsleistung im Sozialismus erkennen ließen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss allerdings das Urteil über die Treuhandanstalt erheblich positiver ausfallen. Es gelang ihr, einen industriellen Kern zu schaffen, der zukunftsfähig war. Die Investitions- und Beschäftigungszusagen der Käufer wurden im

¹³ Am prominentesten Helmut Schmidt, Auf dem Weg zur deutschen Einheit, Reinbek 2005, S. 114.

¹⁴ So überzeugend W. Heering (Anm. 2).

Wesentlichen erfüllt, zum Teil sogar übererfüllt. Die Geschäftsmodelle erwiesen sich in der großen Mehrzahl als tragfähig. Ein beträchtlicher Teil der ostdeutschen Industriebetriebe, die heute rentabel arbeiten, sind ehemalige Unternehmen der Treuhandanstalt. Hinzu kommt eine wichtige „negative“ Leistung: Es kam nicht zum befürchteten Überleben von maroden Industriestätten, deren laufende Produktion aufgrund des politischen Drucks dauerhaft subventioniert werden musste. Genau dies wäre die große Gefahr gewesen, hätte man langsamer privatisiert, was seinerzeit namhafte Ökonomen forderten¹⁵ und noch heute gelegentlich als der bessere Weg dargestellt wird.¹⁶

Parallel zur Treuhandaktivität lief die Wirtschaftsförderung an: Ausbau und Renovierung der Infrastruktur gleich welcher Art sowie Förderung von Neuansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen der Industrie, und zwar auf allen Ebenen, durch die ostdeutschen Länder und Kommunen, den Bund und die Europäische Union. Tatsächlich wirkte diese Förderung. Es gab zunächst einen Boom der Bauwirtschaft, der zügig zur Erneuerung des Baubestands der Städte führte, dabei allerdings längerfristig zu hohen Leerständen, weshalb die Förderung zu Recht immer stärker auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert wurde. Gleichzeitig gab es ein deutliches Wachstum der industriellen Wertschöpfung, in den vergangenen Jahren sogar auch wieder der Beschäftigung.¹⁷ Wurden 1992 gerade noch 3,4 Prozent der gesamtdeutschen Industrieproduktion im Osten erstellt, so betrug 2008 der Anteil wieder fast zehn Prozent. Während die Bauwirtschaft seit Mitte der 1990er Jahre schrumpft, gewann das verarbeitende Gewerbe wieder einen prominenten Platz.

Stellt man die Ausgangsbedingungen in Rechnung, so fällt es nicht leicht, einen realistischen alternativen Weg aufzuzeigen. Das spezifisch ostdeutsche Problem lag von Anfang an in der Bereitschaft der Menschen zum

Abwandern. Diese machte es unmöglich, jenen Teil der Industrie zu erhalten, dessen Produktpalette am Weltmarkt nur einen sehr kleinen Bruchteil der westdeutschen Wertschöpfung pro Arbeitsplatz erwirtschaftete. Dieser Teil der Industrie musste – anders als in Mittel- und Osteuropa – unter dem Druck der Verhältnisse verschwinden.

Das Ergebnis: Werkbänke ohne Gewerkschaften

Wo steht der Osten heute? *Schaubild 1* zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität von 1991 bis 2008, und zwar für das verarbeitende Gewerbe (die „Industrie“) und die Gesamtwirtschaft, jeweils im Verhältnis zum Niveau des Westens. Das Bild macht deutlich, dass von einer Stagnation des Aufholprozesses nicht die Rede sein kann, zumindest nicht in der Industrie. Dort nahm bis in die allerjüngste Zeit die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigem kontinuierlich zu – von unter einem Viertel des Westniveaus 1991 über rund zwei Dritteln um die Jahrtausendwende bis auf zuletzt 78,3 Prozent im Jahr 2008.¹⁸

Gesamtwirtschaftlich dagegen verlief der Aufholprozess schleppender, nach anfänglich rasantem Tempo. Das liegt vor allem am Schrumpfen der Bauwirtschaft, an der Stagnation der Dienstleistungsgewerbe und am Rückgang staatlicher Aktivität. Dabei handelt es sich um nötige Anpassungen: Nur durch einen Strukturwandel weg von der binnenmarkt-orientierten Produktion von Bauleistungen und Diensten hin zum exportfähigen verarbeitenden Gewerbe kann der Osten aus der Transferabhängigkeit herauswachsen. Motor des Wachstums muss die (transferunabhängige) Industrie sein. Die Entwicklung geht deshalb volkswirtschaftlich in die richtige Richtung.¹⁹

Im verarbeitenden Gewerbe kam es trotz der Produktivitätsfortschritte nicht zu Lohnsteigerungen. Die ostdeutschen Industrielöhne folgten fast exakt dem westdeutschen Trend. Das Arbeitnehmerentgelt pro Er-

¹⁵ Allen voran Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, München 1993³, Kap. IV.

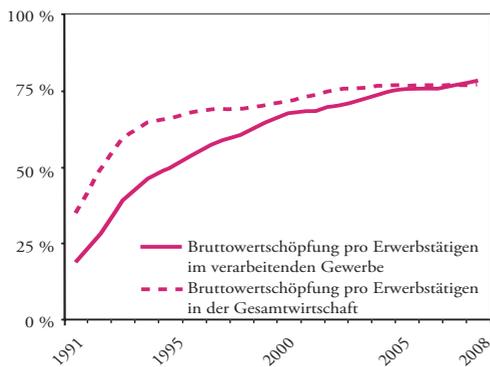
¹⁶ Vgl. H. Schmidt (Anm. 3), S. 214 ff.

¹⁷ Es ist in der Wirtschaftswissenschaft strittig, ob die Art der Förderung zu einer zu hohen Kapitalintensität der ostdeutschen Produktionsstätten führte. Die Theorie spricht dafür, die empirische Evidenz allerdings nicht. Siehe dazu K.-H. Paqué (Anm. 1), Kap. 3.

¹⁸ Pro Arbeitsstunde lag die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe bei 71,0 Prozent des Westniveaus, weil im Osten die durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie 2008 um etwa zehn Prozent länger war.

¹⁹ Siehe dazu im Detail K.-H. Paqué (Anm. 1), Kap. 4, und Harald Simons, *Transfers und Wirtschaftswachstum. Theorie und Empirie am Beispiel Ostdeutschland*, Marburg 2009.

Schaubild 1: Arbeitsproduktivität im Ost/West-Vergleich (Ost in Prozent von West)



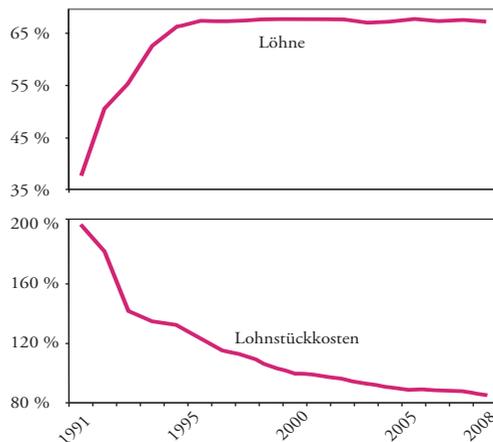
Quelle: alle Schaubilder eigene Berechnungen.

werbstätigen liegt deshalb seit den späten 1990er Jahren bei konstant 67 bis 68 Prozent des Niveaus im Westen (*Schaubild 2*, oberer Teil). Entsprechend sind die Lohnstückkosten, definiert als das Verhältnis von Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität, kontinuierlich gesunken (*Schaubild 2*, unterer Teil). 2008 lagen sie bei 86 Prozent des Westniveaus. Industriell ist also der Osten – was die Lohnstückkosten betrifft – ein höchst wettbewerbsfähiger Standort geworden, trotz des fortdauernden Rückstands der Produktivität. Dies gilt umso mehr, als auch die Lohnentwicklung im Westen im internationalen Vergleich recht moderat ausfiel.

Diese Entwicklung bedarf der Erklärung, denn sie ist in den 1990er Jahren so nicht vorhergesagt worden. Der Grund liegt in der Erosion des Flächentarifvertrags: Wegen der hohen Arbeitslosigkeit gelang es im Osten weder den Arbeitgeberverbänden noch den Gewerkschaften, einen hohen Organisationsgrad zu erreichen. Tatsächlich ist der Anteil der Industrieunternehmen, die tarifvertraglich gebunden sind, nach allen Maßstäben extrem niedrig. Offenbar haben sich betriebsnahe Lösungen durchgesetzt, die ein hohes Maß an Flexibilität gewährleisten und die Löhne auf einem wettbewerbsfähigen Niveau halten.

Es bleibt der zähleibige Ost/West-Rückstand der Arbeitsproduktivität. Statistische Beobachtungen und empirische Studien haben gezeigt, dass dieser Rückstand kaum noch mit Mängeln der Verfügbarkeit von Technologie und Kapital zusammenhängt, ebenso wenig mit einem Rückstand im Aus-

Schaubild 2: Löhne u. Lohnstückkosten im Ost/West-Vergleich (Ost in Prozent von West)



bildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Etwa 300 000 Ostdeutsche pendeln täglich zur Arbeit in den Westen und erreichen dort mühelos die Produktivität ihrer Kollegen. Tatsächlich sprechen alle Indizien dafür, dass der Grund für den Rückstand in der Art der Produkte liegt, die im Osten hergestellt werden.

Darauf verweisen vor allem die Rückstände der ostdeutschen Industrie in der Forschungs- und Exportorientierung. So bleibt die industrielle Forschung und Entwicklung (F&E) immer noch sehr stark auf den Westen konzentriert. Im Jahr 2006 lag der Anteil der Erwerbstätigen, die in F&E tätig sind, in Ostdeutschland mit 0,43 Prozent nur etwa bei der Hälfte des westdeutschen Niveaus von 0,88 Prozent. Diese Anteile haben sich seit Mitte der 1990er Jahre kaum verändert. Die Re-Industrialisierung des Ostens war also bisher nicht mit einer stärkeren Forschungsorientierung verbunden. Auch die industrielle Exportorientierung ist im Osten noch immer schwächer als im Westen. Im Jahr 2008 lag die Exportquote im Westen bei fast 46 Prozent, im Osten bei etwa 33 Prozent. Allerdings ist hier ein nachhaltiges Aufholen festzustellen: So stieg die ostdeutsche Exportquote von gerade 12 Prozent Mitte der 1990er Jahre auf etwa 20 Prozent im Jahr 2000 bis aktuell über 33 Prozent.

Die beiden verbleibenden Strukturschwächen der ostdeutschen Industrie hängen miteinander zusammen. Sie haben eine gemeinsame Ursache, die sich ansatzweise aus der Eigen-

tümer-, Betriebsgrößen- und Beschäftigtenstruktur des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland ablesen lässt. Dort hatten 2005 mehr als vier Fünftel aller Betriebe mittel- und ostdeutsche Eigentümer, und deren Betriebsgröße lag im Durchschnitt bei gerade zwölf Beschäftigten – eine Größe, bei der es schwierig ist, eine hohe Forschungsintensität und Exportquote zu erreichen. 48 Prozent der Beschäftigten arbeiteten in diesen (relativ kleinen) Betrieben, 47 Prozent dagegen in den (durchschnittlich größeren) Betrieben westdeutscher und ausländischer Eigentümer. Bei diesen ist aus vielerlei anekdotischer Evidenz zu schließen, dass die meisten zwar durchaus mit neuester Technologie produzieren, aber ihre Forschungsabteilungen im Westen behielten und eher standardisierte Bereiche zur Herstellung in den Osten verlagerten. Die ostdeutsche Industrie ist noch immer zum Großteil eine verlängerte Werkbank des Westens. Sie steht damit dort, wo sich typischerweise die Industrie in strukturschwächeren Gebieten befindet. Sie ist in ihren Märkten zu den gegebenen Löhnen wettbewerbsfähig, aber sie hat Charakteristika, die nicht die gleiche Wertschöpfung erlauben wie in (westdeutschen) Ballungszentren.

Alles in allem lässt sich das Ergebnis am besten als Teilerfolg bezeichnen: Eine neue industrielle Basis ist geschaffen, aber sie reicht noch nicht aus, um westdeutsche Standards zu erfüllen, und zwar weder von der Größe noch von der Innovationskraft her. Allerdings ist der westdeutsche Standard auch sehr anspruchsvoll. Man darf nicht vergessen, dass der Osten Deutschlands bis 1989 über vierzig Jahre lang Teil einer sozialistischen Arbeitsteilung war, die sich gegen die Weltwirtschaft abschottete. Dabei gab es nicht nur eine gigantische Verschwendung von Ressourcen, sondern auch einen schleichenden Verlust von industrieller Innovationskraft. Selbst bestausgebildete Ingenieure konnten nach 1990 aus eigener Kraft keine neue Produktpalette entwickeln und auf dem Weltmarkt platzieren. Es bedurfte in praktisch allen Industriebranchen eines völligen Neuaufbaus, und dies unter dem Damoklesschwert der hohen Mobilität von Fachkräften, die jede Zögerlichkeit der Anpassung mit Abwanderung beantwortet hätten.

Es ist aufschlussreich, zum Vergleich einen Blick nach Tschechien zu werfen – jenem

Land, das als hoch entwickelte Industrieregion die größte strukturelle Ähnlichkeit zu Ostdeutschland aufwies. Wo steht die tschechische Industrie heute? Bei etwa 30 Prozent der Produktivität und gut 20 Prozent des Lohnniveaus von Westdeutschland, und damit weit schlechter als in der Zwischenkriegszeit. Tschechien hatte keinen „Aufbau Ost“ im Sinne eines massiven Hilfsprogramms durch einen benachbarten Westen; es hatte keinen Zugriff auf einen Pool von modernen Unternehmen aus demselben Kulturraum zur Finanzierung von Direktinvestitionen. Insofern ist der Rückstand nicht verwunderlich. Allerdings zeigt er auch, dass die postsozialistische Aufgabe des Aufholens gegenüber dem Westen offenbar viel schwieriger ist, als Anfang der 1990er Jahre erwartet wurde.

Die Aufgabe: Stärkung der Innovationskraft

Ein zentrales Ziel der deutschen Einheit war und ist, eine ostdeutsche Wirtschaft aufzubauen, die ausreichend stark ist, um den Verbrauch der Region durch eigene Produktion zu finanzieren. Erst wenn dies geschafft ist, lässt sich von einem Ende der Transferökonomie sprechen. Der Osten muss – in Begriffen der Außenwirtschaft formuliert – seine „Leistungsbilanz“ zum Ausgleich bringen. Nur dann lebt er nicht mehr über seine Verhältnisse. Wir definieren dabei die „Leistungsbilanz“ einer Region als Differenz zwischen Produktion und Verbrauch, wobei sich der Verbrauch aus dem privaten Konsum, dem Staatsverbrauch und den Investitionen zusammensetzt.¹⁰

Tatsächlich hat der Osten – kaum bemerkt von der Öffentlichkeit – im Bemühen um den Ausgleich seiner Leistungsbilanz enorme Fortschritte gemacht (*Schaubild 3*, oberer Teil). Lag Mitte der 1990er Jahre der Verbrauch noch um rund 100 Mrd. Euro höher als die Produktion, so schrumpfte das Defizit bis 2006 auf gut 30 Mrd. Euro. Es ist seither wahrscheinlich noch weiter gesunken. Von der fast totalen Transferabhängigkeit der 1990er Jahre hat sich die ostdeutsche Wirtschaft also längst gelöst, insbesondere dank

¹⁰ In strenger außenwirtschaftlicher Terminologie umfasst die „Leistungsbilanz“ auch die „Transferbilanz“. Wir weichen bewusst davon ab, gerade weil uns der verbleibende „Transferbedarf“ Ostdeutschlands interessiert.

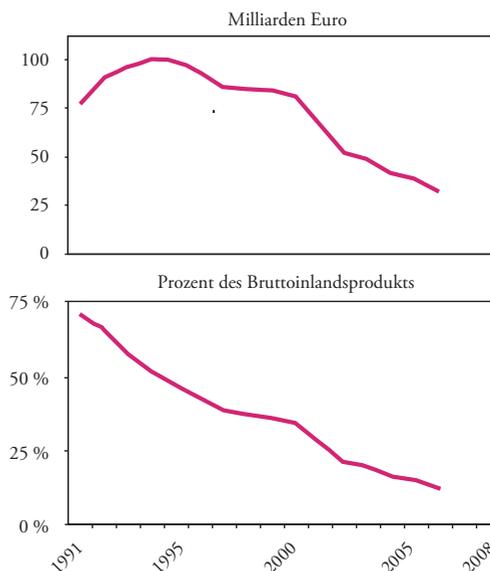
der kontinuierlichen Erholung des verarbeitenden Gewerbes. Was heute an Defizit in der Größenordnung von zehn Prozent des Produktionswertes verbleibt (*Schaubild 3*, unterer Teil), ist allein auf Pendler und die gesetzlich begründeten Transfers im Renten- und Sozialsystem zurückzuführen. Bedenkt man, dass diese Transfers gesetzlich festgeschrieben sind und zumindest bei den Renten eine späte Folge der hohen Erwerbsbeteiligung zu DDR-Zeiten darstellen,¹¹ so ist dies eine respektable Bilanz. Sie kann noch nicht befriedigen, aber sie zeigt, dass es substantielle Fortschritte gibt. Weitere müssen folgen. Dafür bedarf es einer weiteren Rückführung des Verbrauchs, allen voran des Staatskonsums und der öffentlichen Investitionen, was im Rahmen des 2019 auslaufenden Solidarpakts II ohnehin nötig ist. Hier hat bereits ein Konsolidierungskurs eingesetzt, vor allem beim Personalabbau im öffentlichen Dienst.

Noch wichtiger ist die weitere Stärkung der industriellen Produktivität. Dies muss ein Schwerpunkt der Politik werden. Dabei bedarf es der Umschichtung von Mitteln: weg von Projekten der Infrastruktur und Arbeitsbeschaffung, hin zu Maßnahmen, die der ostdeutschen Industrie zu mehr Innovationskraft verhelfen. Es geht dabei vor allem um das Entstehen neuer Zentren der privaten Forschung im Zusammenspiel mit öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen, die sich zu industriellen Ballungszentren verdichten können. Dabei sind alle politischen Ebenen des deutschen Föderalismus gefordert:

- Die Bundespolitik muss darauf hinwirken, dass wissenschaftspolitische Exzellenzprogramme keine negativen regionalpolitischen Nebeneffekte haben. Der Osten darf nicht wegen seiner schwierigen Startposition von der Entwicklung neuer Schwerpunkte öffentlicher und privater Forschungszusammenarbeit

¹¹ Vgl. dazu Gerhard Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006. K.-H. Paqué (Anm. 1) liefert eine grobe Schätzung der jährlichen Transferverpflichtungen im Renten- und Sozialsystem, die vernünftigerweise als Spätfolge des DDR-Sozialismus angesehen werden können. Für die Renten ergibt sich ein Transfervolumen von 21 Mrd. Euro, für das Sozialsystem von 35 Mrd. Euro, insgesamt also 56 Mrd. Euro, als das tatsächliche „Leistungsbilanzdefizit“ im Jahr 2006. Der Beitrag von Pendlerströmen liegt bei schätzungsweise 8 Mrd. Euro.

Schaubild 3: Leistungsbilanzdefizit des Ostens



abgehängt werden. Daneben muss die Bundespolitik dafür sorgen, dass das hohe Maß an Flexibilität und Betriebsnähe, das die ostdeutsche Industrie auszeichnet, als Standortvorteil erhalten bleiben kann. Jede Form der Re-Regulierung des Arbeitsmarkts (z. B. durch flächendeckende Mindestlöhne) ist schädlich.

- Die Landes- und Kommunalpolitik muss standortpolitische Schwerpunkte setzen, die Ballungsvorteile von Industrien gewährleisten, ohne die Chancen für neue Entwicklungen zu verschließen. Die kommunalen Entscheidungsträger brauchen Freiräume, um bei der Anwerbung von Investoren mit westdeutschen und ausländischen Städten und Gemeinden konkurrieren zu können. Dies gilt insbesondere für jene Regionen, die nicht in unmittelbarer Nähe zu Ballungszentren liegen.

Es geht wirtschafts- und standortpolitisch um eine pragmatische Mischung von anspruchsvoller Innovationspolitik, einfacher Anwerbung von Investoren und pragmatischer Stärkung des vorhandenen industriellen Mittelstands. Auch von dieser Mischung darf man sich keine Wunder versprechen. Die Flurschäden des Sozialismus zu beseitigen ist eine sehr langwierige Aufgabe. Und diese zu lösen bleibt ein großes nationales Ziel.

Uwe Jun

Wandel des Parteien- und Verbändesystems

Sowohl im deutschen Parteien- als auch im Verbändesystem sind seit der politischen Vereinigung 1990 Veränderungen erkennbar, die im Erosionsprozess der beiden Großparteien CDU und SPD und der traditionellen Verbände im Wirtschafts- und Sozialsektor ihren markantesten Ausdruck finden.

Uwe Jun

Dr. disc. pol., geb. 1963; Professor für Politikwissenschaft (Westliche Regierungssysteme) an der Universität Trier, 54286 Trier. jun@uni-trier.de

Während Großparteien und -verbände an Mitgliedern und Wählern bzw. an ökonomischem Einfluss verlieren, befinden sich kleinere Parteien und spezifische Interessenorganisationen erkennbar im Aufwind. Diese weit gehende Parallelität der Schwächung von Großorganisationen ist mit Blick auf die Veränderungen des Parteien- und Verbändesystems nicht überraschend, da gesamtgesellschaftliche Entwicklungen diesen Prozessen zu Grunde liegen.

Die Frage, wie diese Veränderungen im Einzelnen zu erklären sind, soll im Vordergrund dieser Skizze stehen. Nicht zentral behandelt werden die veränderten Interaktionen von Parteien- und Verbändesystem, ohne diese aber auszublenden. Ebenso wird nicht ausführlich eingegangen auf die unmittelbaren Auswirkungen der politischen Vereinigung für das Parteien- und Verbändesystem, wiewohl Konsequenzen und Folgewirken des Institutionentransfers von West- nach Ostdeutschland keineswegs negiert werden.

Erosion der Großorganisationen

Die gesellschaftliche Anbindung von Großparteien und -verbänden hat sich gelockert; das Ausmaß, in dem diese die Gesellschaft durchdringen, ist gesunken. Individualisierung, Pluralisierung von Lebensstilen und

Wertegemeinschaften, die so genannte Bildungsexpansion mit der Zunahme höherer formaler Bildungsabschlüsse, die Säkularisierung und der Rückgang industrieller Beschäftigung sowie die Stärkung des tertiären Sektors haben zum Zerfall der lange prägenden Strukturen der deutschen Gesellschaft beigetragen und zur Abnahme traditioneller Wertebindungen und Organisationsloyalitäten geführt. Insbesondere auf die Entstehung der Konfliktlinien Arbeit/Kapital und Staat/Kirche zurückgehende Großorganisationen sind vom Zerfall der traditionellen Milieus stark betroffen. Sie müssen sich mit schrumpfenden Mitgliederzahlen und geringerer Identifikation mit ihnen abfinden. Dies betrifft die SPD und die Gewerkschaften wie die CDU und die Kirchen gleichermaßen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und auf verschiedenen Ursachen beruhend.

Der Zerfall des sozialdemokratischen Milieus geht einher mit gravierenden Veränderungen der Arbeitswelt hin zu wissensbasierter Produktion und zu Dienstleistungsberufen, zu Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und zu erhöhter Mobilität der Arbeitnehmer. Die Klammer gemeinsamer Erfahrungen in der Arbeitswelt wird brüchiger, Wertvorstellungen erodieren. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossenen Arbeitnehmervertretungen haben erheblich an Mitgliedern verloren, zwischen 1993 und 2003 allein knapp 24 Prozent. Trotz mittlerweile erreichter Stabilisierung haben sich die Einzelgewerkschaften „von den weltweit stabilsten Gewerkschaften zu denen mit den größten Mitgliederproblemen entwickelt“.¹

Nicht anders sieht es auf Arbeitgeberseite aus, wo geradezu von einer Verbandsflucht gesprochen werden kann.² In Ostdeutschland treten viele Unternehmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gar nicht erst bei. Der Organisationsgrad in den traditionellen Wirtschafts- und Sozialverbänden ist so stark gesunken, dass Beobachter „allgemeine Organisations-

¹ Anke Hassel, Gewerkschaften, in: Thomas von Winter/Ulrich Willems (Hrsg.), *Interessenverbände in Deutschland*, Wiesbaden 2007, S. 177.

² Vgl. Wolfgang Schroeder, *Arbeitgeberverbände*, in: ebd., S. 210; siehe auch Werner Bühner, *Unternehmerverbände und Staat in Deutschland*, in: APuZ, (2006) 15–16, S. 23.

müdigkeit“¹³ und die „Notlage einzelner Verbände und ganzer Verbandssektoren“¹⁴ konstatieren.

Nicht anders ist das Bild bei den Großparteien: SPD und CDU verlieren seit Jahren kontinuierlich Mitglieder, hinzu tritt eine Überalterung der Mitgliedschaft.¹⁵ Potenzielle Mitglieder sehen ihre spezifischen Interessen in Großorganisationen kaum noch adäquat berücksichtigt. Hausgemachte Probleme kommen hinzu – so verlor die SPD überdurchschnittlich viele Mitglieder im Zuge der Regierungspolitik der „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.¹⁶ Die Gewerkschaften haben lange Zeit den Anschluss an den Strukturwandel des Arbeitsmarktes verpasst, die Arbeitgeberverbände erst spät die Möglichkeit entdeckt, eine Mitgliedschaft ohne Bindung an Flächentarifverträge anzubieten. Mitgliedschaften werden vermehrt zweck- und projektorientiert verstanden und ohne Anreize entweder nicht eingegangen oder rasch wieder beendet. Selektive, ergebnisbezogene Anreize, also solche, die auf persönliche Vorteile abzielen, haben bei jüngeren Mitgliedern eine deutlich höhere Bedeutung im Vergleich zu anderen Beitrittsmotiven.¹⁷ Verbände sind vermehrt dazu übergegangen, materielle Anreize für Mitglieder anzubieten – ein Weg, der Parteien kaum zur Verfügung steht.

Während die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Gewerkschaften und SPD stärker betroffen haben, verlieren Kirchen und CDU/CSU aufgrund der fortschreitenden Säkularisierung der Gesellschaft an Gewicht. Es ist zwar weder den Kirchen noch der Union verborgen geblieben, dass sich die Altersgruppen der unter 50-Jährigen von den institutionellen, kulturellen und normativen Prägungen des Katholizismus bzw. Protes-

tantismus entfernt haben, doch eine der Entwicklung entgegenwirkende Strategie haben sie bis heute nicht gefunden.¹⁸

Bei aller Auflösung der traditionellen Milieus soll aber keineswegs behauptet werden, dass sich über viele Jahrzehnte bewährte Kooperationsmuster zwischen Parteien und Verbänden vollständig aufgelöst hätten.¹⁹ Zwar hat eine partielle Entkoppelung der beiden Akteurstypen der Interessenvermittlung stattgefunden,¹⁰ dennoch bestehen Loyalitätsmuster fort. Die SPD versucht angesichts der Parteienkonkurrenz der Linken in jüngster Zeit vermehrt ihre Kooperation mit den Gewerkschaften zu revitalisieren.¹¹ Die Union ist weiterhin auf Katholiken mit hoher Kirchgangshäufigkeit als Stammwähler zur Gewinnung von Mehrheiten angewiesen.

Veränderungen im Parteiensystem

Seit 1990 ist eine „fluide Wettbewerbssituation“¹² entstanden, die durch eine relative Unbestimmtheit der Konkurrenzlage zu kennzeichnen ist, mit großen Unsicherheiten für die politischen Parteien sowohl mit Blick auf Stimmenanteile wie auf Regierungsbildungen.¹³

Zunächst ist mit Blick auf den Wandel des Parteiensystems eine zunehmende *Fragmentierung* zu nennen. Fragmentierung beschreibt die effektive Zahl relevanter Parteien in einem Parteiensystem. Sie ist seit den 1970er Jahren – wenn auch nicht kontinuier-

¹³ Ulrich von Alemann/Florian Eckert, Lobbyismus als Schattenpolitik, in: APuZ, (2006) 15–16, S. 5.

¹⁴ Alexander Straßner, Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: APuZ, (2006) 15–16, S. 11.

¹⁵ A. Hassel (Anm. 1) beobachtet eine besonders geringe Organisationsneigung bei jüngeren Arbeitnehmern (S. 178).

¹⁶ Vgl. Uwe Jun, Sozialdemokratie in der Krise: Die SPD auf der Suche nach einer neuen Identität, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 53 (2004), S. 325–340.

¹⁷ Vgl. Markus Klein, Partizipation in politischen Parteien, in: Politische Vierteljahresschrift, 47 (2006), S. 51.

¹⁸ Vgl. Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien?, Bielefeld 2009, S. 45 ff.

¹⁹ Vgl. Bernhard Weßels, Organisierte Interessen und Rot-Grün: Temporäre Beziehungsschwäche oder zunehmende Entkoppelung zwischen Verbänden und Parteien?, in: Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes, Wiesbaden 2007, S. 163.

¹⁰ Vgl. Theo Schiller, Verbände und Parteien, in: T. v. Winter/U. Willems (Anm. 1), S. 459.

¹¹ Vgl. Daniel Delhaes, Genossen kämpfen um die alte Mitte, in: Handelsblatt vom 30. 4.–3. 5. 2009, S. 5.

¹² Oskar Niedermayer, Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 9.

¹³ Siehe zur Entwicklung des deutschen Parteiensystems auch Thomas Saalfeld, The German Party System since 1998: Cooperation and Competition under Growing Uncertainty, in: Alister Miskimmon/William E. Paterson/James Sloam (eds.), Germany's Gathering Crisis, Basingstoke 2009, S. 80–105.

lich – angestiegen. Dazu haben wesentlich beigetragen das Aufkommen der Grünen zu Beginn der 1980er Jahre und das Hinzutreten des Nachfolgers der DDR-Staatspartei SED, die PDS, die seit 2007 mit der Fusion mit der Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit (WASG) den Namen Die Linke angenommen hat. Die erhöhte Fragmentierung ist auf die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen zurückzuführen. Sie ist Ausdruck einer Repräsentationskrise der Großparteien. Diese Effekte sind verstärkt worden durch eine partielle Erosion der politischen und gesellschaftlichen Mitte: weit verbreitete, subjektive Gefühle der Statusbedrohung in Teilen der Mittelschichten.¹⁴ Bei den unteren sozialen Schichten ist der Glaube an den sozialen Aufstieg stark zurückgegangen.¹⁵ Aus Sicht eines nicht unerheblichen Teils der Wählerschaft sind die Großparteien für diese subjektiv wahrgenommenen sozialen Schief lagen und Statusbedrohungen mitverantwortlich. Denn staatliche Verantwortung für soziale und wirtschaftliche Fragen wird von weiten Teilen der Wählerschaft eingefordert. Diesen „großen Erwartungen an die Politik“¹⁶ können die Großparteien aus Sicht der Wählerinnen und Wähler kaum noch entsprechen.

Die gestiegene Fragmentierung und Ausdifferenzierung des Parteiensystems hatte Auswirkungen auf dessen *Polarisierung*; damit gemeint sind programmatisch-ideologische Differenzen. In der sozioökonomischen Wettbewerbsdimension positionieren sich die Parteien entlang des Kontinuums zwischen Marktliberalismus und Staatsinterventionismus. In der kulturellen Wettbewerbsdimension stehen sich libertäre Werte wie Toleranz, Selbstentfaltung, kollektive Freiheitsrechte, Emanzipation, Pazifismus, kulturelle und politische Inklusion und autoritäre Wertstellungen wie der Vorrang innerer und äußerer Sicherheit, kultureller Mehrheitsidentitäten oder restriktiver Kriminalitätsbekämpfung gegenüber. Deutlich wird, dass die kleineren Parteien jeweils einen Pol für sich beanspruchen: Die FDP tritt für „klare“ marktwirtschaftliche Prinzipien ein, die Linke für Staatsinterventionismus in der

Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Grünen für libertäre Werte, insbesondere für die kulturelle Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen im Sinne partizipatorischer Parität,¹⁷ die rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien wie die NPD für autoritäre Werte und eine Abgrenzung gegenüber fremden Kulturen bzw. kulturellen Minderheiten. Diese programmatisch-ideologische Positionierung findet in der Selbstbeschreibung ihren Ausdruck: Die FDP sieht sich als einzige Marktpartei, die Linke als einzige Sozialstaatspartei, die Grünen sehen sich als Partei kultureller Vielfalt und Toleranz, die rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien als „nationale Alternative“.

Die Großparteien CDU/CSU¹⁸ und SPD sind dagegen im Sinne des Ansatzes der *Catch All Party* als Parteien der politischen Mitte zu bezeichnen, welche unterschiedliche Meinungen, Werthaltungen und Anschauungen auszubalancieren versuchen, um mehrheitsfähig zu sein und (nahezu) alle gesellschaftlichen Gruppen und Segmente bei Wahlen für sich gewinnen zu können. In beiden Wettbewerbsdimensionen liegen beide Parteien nicht so weit auseinander, dass nicht Kompromisse erzielt und ein Konsens hergestellt werden könnte. Dieser Konsenswille wird verstärkt durch die prinzipielle Bereitschaft der Großparteien zur Regierungsbeteiligung, wie sie in der derzeitigen Großen Koalition prägnant zum Ausdruck kommt.¹⁹ Diese Nähe im Parteienwettbewerb wurde durch externe Einflüsse weiter verstärkt: Die Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte sowie der Handelsströme mit ihren vielfältigen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen haben zu gestiegenen Anforderungen der Politikgestaltung bei abnehmenden Spielräumen für nationalstaatliche Politik geführt. Nicht selten können nationalstaatliche Regierungen nur

¹⁴ Vgl. Renate Köcher, *Schleichende Veränderung*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 8. 2008.

¹⁵ Vgl. Gero Neugebauer, *Politische Milieus in Deutschland*, Berlin 2007.

¹⁶ Ebd., S. 138.

¹⁷ Vgl. Nancy Fraser, *Redistribution or recognition?* A Philosophical Exchange, London 2003.

¹⁸ Beide Parteien werden hier gemeinsam betrachtet, wiewohl beide als eigenständige Formationen agieren und auch strukturelle und inhaltlich-programmatische Differenzen bestehen.

¹⁹ Vgl. Uwe Thaysen, *Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II?*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37 (2006), S. 582–610; Uwe Jun, *The Reform Corridor: Government Coalition Building in 2005 and the implications for policy and voters*, in: A. Miskimmon u. a. (Anm. 13), S. 158–180; Frank Decker, *Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen*, in: APuZ, (2007) 35–36, S. 26–33.

noch an anderen Orten getroffene Entscheidungen, etwa auf supra- oder transnationaler Ebene, nachvollziehen. Die „Politik der materiellen Interessenbefriedigung“¹²⁰ stößt angesichts geringerer Wachstumsraten und hoher Verschuldung der öffentlichen Haushalte an engere Grenzen.

Die Amtszeit Gerhard Schröders hat zudem eine wesentliche Positionsverschiebung der SPD in der ökonomischen Konfliktdimension mit sich gebracht: Als Regierungspartei vertritt die SPD spätestens seit 2003 zu weiten Teilen pragmatisch zentristische Positionen, ohne sich vollständig von sozialdemokratischen Traditionsbeständen zu lösen. Die Folgen sind eine Identitätskrise und konzeptionelle Defizite. Das Hamburger Programm von 2007 konnte diese Lücke nicht schließen. Glaubwürdigkeitsprobleme auf Grund nicht gehaltenen Wahlversprechen und offen ausgetragene innerparteiliche Kontroversen über den Umgang mit der Linken nach der Landtagswahl in Hessen im Januar 2008 haben zur schwierigen Situation der SPD beigetragen. Diese hat sich aufgrund des selbstbewussten und partiell populistischen Auftretens der Linken und ihrer Wahlerfolge auch in westdeutschen Ländern verstärkt. Immerhin ist es Franz Müntefering nach seiner Rückkehr ins Amt des Parteivorsitzenden im Herbst 2008 gelungen, die SPD in Umfragen und innerparteilich zu stabilisieren sowie genuin sozialdemokratische Themen wieder in den Vordergrund zu rücken, ohne den Modernisierungskurs der Kanzlerjahre Schröders (insbesondere ab 2003) grundsätzlich in Frage zu stellen.

Auf Seiten der Union lässt sich ebenfalls eine Verunsicherung nach der Bundestagswahl 2005 bzw. der bayerischen Landtagswahl 2008 ausmachen. Als Hauptursache des aus Sicht der Union enttäuschenden Wahlergebnisses 2005 wird von vielen Christdemokraten die Vernachlässigung sozialer Themen im Wahlkampf betrachtet; das Image einer „Partei der sozialen Kälte“ habe ihnen an der Wahlurne geschadet. Der Kurs in der Regierungspolitik, unabhängig von der Notwendigkeit, mit der SPD Kompromisse anstreben zu müssen, ist entsprechend von Vorsicht in wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen geprägt. Die CDU präsentiert

sich nicht mehr als neoliberal orientierte Reformpartei, wie das noch auf dem Leipziger Parteitag 2003 geschah. Die derzeitige Dynamik im linken Parteienspektrum verdeckt ihr Dilemma: Sie kommt ohne einen zielgerichteten Gesamtentwurf aus, steht deshalb aber gleichzeitig unter „Sozialdemokratisierungsverdacht“, weil sie sich partiell auch von traditionellen Wertvorstellungen gelöst hat, etwa in der Familienpolitik, ohne ein kohärentes christdemokratisches Werteverständnis neu zu definieren. Sowohl SPD als auch CDU/CSU wollen mit diesem an der „Mitte“ orientierten Kurs offenkundig keine möglicherweise wahlentscheidenden Gruppen verprellen.

Eine Folge der Konkurrenz beider Großparteien um ähnliche Wählergruppen und der Notwendigkeit des Zusammenwirkens bei der Problemlösung sowie der zunehmenden Unberechenbarkeit des Wählerverhaltens ist eine inhaltlich nur in einzelnen *Issues* abweichende Haltung der Parteien mit einem erheblichen Ausmaß an Pragmatismus, der eher auf Annäherung denn auf hohe Polarisierung schließen lässt. Dies schließt nicht aus, dass es aufgrund der Konkurrenzsituation gerade bei von den Parteien als wahlentscheidend wahrgenommenen Themen symbolische und möglicherweise auch substanzielle Differenzen gibt, wie sie etwa bei der Reform des Gesundheitswesens zu Tage treten. Die Große Koalition hat zwei Gesichter: Eins ist auf Nichtöffentlichkeit, Kompromisse und kollektive Zielerreichung gerichtet, das andere wird durch Publizität, Konflikt- und Wettbewerbsorientierung sowie personalisiertes Streben nach Gewinn charakterisiert. Die angesichts durchaus vorhandener programmatischer Gemeinsamkeiten nicht nur als reines Zweckbündnis zu verstehende Große Koalition könnte angesichts der Tatsache, dass Erprobungsphasen anderer Koalitionskonstellationen einen längerfristigen Zeithorizont erfordern, mehr als nur ein kurzes Intermezzo im Parteiensystem bedeuten.

Damit sind wir beim letzten Aspekt: der Koalitionsbildung. *Segmentierung* eines Parteiensystems misst den Anteil der politisch machbaren gegenüber den rechnerisch möglichen Koalitionsformationen. Für die vergangenen 30 Jahre lässt sich ein Anstieg der Segmentierung konstatieren. Von der Vereinigung Deutschlands bis zum Jahre 2005 hatte die Lagerbildung Hochkonjunktur, nachdem

¹²⁰ Frank Decker, Politikverdrossenheit ohne Ende? Zur Krise der deutschen Parteiendemokratie, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 54 (2005), S. 114.

Koalitionen auf Bundesebene ausschließlich in den jeweiligen Lagern gebildet worden sind. Dem „bürgerlichen Lager“ (CDU/CSU, FDP) standen die in der sozioökonomischen Konfliktdimension „links“ davon angesiedelten Parteien SPD und Bündnis 90/Grüne gegenüber. Diese politische Verortung hat sich seit der Bildung der Großen Koalition 2005 zu Teilen aufgelöst, mit folgenden Konsequenzen: 1. Die beiden großen Parteien haben sich inhaltlich trotz rhetorisch-medialer Kontroversen aufeinander zu bewegt; 2. Den etablierten Kleinparteien eröffnen sich neue strategische Optionen der Koalitionsbildung, die aber pfadabhängig anhand bisheriger Wettbewerbsstrukturen strategisch zu planen sind; 3. Koalitionskonstellationen erscheinen unübersichtlicher, was erhebliche Spielräume mit sich bringt, gleichzeitig aber vermehrt innerparteiliche Kontroversen hervorruft.

Der zweite Aspekt kann insbesondere mit Blick auf Bündnis 90/Grüne veranschaulicht werden. Seinen expliziten Ausdruck findet er im Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz unmittelbar nach der Bundestagswahl 2005, nach dem die Partei sich für alle Koalitionsoptionen öffnen will. Hatte das Sondierungsgespräch mit der Union nach der Bundestagswahl 2005 noch einen primär symbolischen Charakter, zeugt die Bildung der ersten Koalition mit der CDU auf Länderebene in Hamburg im Jahr 2008 von ernstem Bemühen, den Parteitagebeschluss umzusetzen. Da auch ihre Anhängerschaft bürgerlicher geworden und das Bürgertum breiter gefächert ist,²¹ erscheinen Teilen der Bündnisgrünen solche strategischen Überlegungen keineswegs mehr als politischer Verrat. Allerdings sind inhaltliche Differenzen zwischen der Union und den Grünen unübersehbar: Für die Wähler der Grünen sind ökologische Fragen und soziale Gerechtigkeit prioritär, die Parteimitglieder sind „sozialstaatsaffin“ und bevorzugen libertäre Werte. Dem „steht ein deutlich leistungsorientierteres und autoritäreres Wertesystem auf Seiten der Union“²² gegenüber. Während es in

²¹ Vgl. Melanie Haas, Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005, in: Uwe Jun/Henry Kreikenboom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind, Frankfurt/M. 2006, S. 201–222.

²² Christian Lorenz, Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option?, in: APuZ, (2007) 35–36, S. 39.

Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik durchaus Überschneidungen mit der Union gibt,²³ grenzen sich die Bündnisgrünen in der kulturellen Wettbewerbsdimension von CDU und CSU ab.

Problematischer erscheint eine Koalitionsbildung zwischen den Bündnisgrünen und der FDP, da sich zum einen beide Parteien als Hauptkonkurrenten im Parteiensystem sehen und sich zum anderen im Selbstverständnis kulturelle Differenzen offenbaren. Während Mitglieder der Grünen einer Stärkung öffentlicher Aufgaben in der Daseinsvorsorge den Vorrang geben, hegen FDP-Mitglieder Grundskepsis gegenüber staatlicher Daseinsvorsorge. Zudem lässt das Primat der Ökonomie, das die FDP programmatisch in den Vordergrund rückt, die ökologisch orientierte und sozialstaatsaffine Mehrheit bei den Grünen vor einer engen Kooperation mit der FDP zurückschrecken. Die FDP wiederum hat nach dem Experiment der „Äquidistanz“ zu beiden Großparteien ihre Nähe zur Union wieder hervorgehoben und durch Regierungsbildungen mit CDU und CSU in den Bundesländern untermauert, will jedoch keinesfalls in Abhängigkeit von der CDU geraten. Sowohl bei Bündnisgrünen wie bei Liberalen ist die koalitionsstrategische Absicht erkennbar, mittelfristig die abnehmende Attraktivität der Großparteien zu nutzen und über die Rolle der Funktionspartei hinaus für Regierungsbildungen den Ausschlag geben zu können. Dabei müssen die Parteiführungen zwischen strategischen Überlegungen einerseits und den Werten und Meinungen ihrer Mitglieder und (Stamm-)Wähler andererseits abwägen und sind gebunden an ihre bisherige Position im Wettbewerb.

Veränderungen im Verbändesystem

Die Veränderungen im Verbändesystem können an drei zentralen Prozessen verortet werden: zunehmende *Fragmentierung*, *Professionalisierung* und *Europäisierung*.

In den vergangenen Jahrzehnten war eine Expansion des Verbändewesens zu beobachten. Konstatiert wird eine „ständig zunehmende Zahl der Verbände, vertikal in Form

²³ Vgl. Ingolfur Blühdorn, New Green Pragmatism in Germany – Green Politics beyond the Social Democratic Embrace, in: Government and Opposition, 39 (2004), S. 583.

zunehmender Differenzierung und Spezialisierung von gesellschaftlichen Interessen, horizontal in Form einer Ausdehnung verbandlicher Organisation auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche“.¹²⁴ Peter Lösche sieht sogar eine „Tendenz zur Anarchisierung der einst übersichtlichen Verbändelandschaft“.¹²⁵ Die steigende Fragmentierung äußert sich zum einen in zahlreichen Neugründungen, zum anderen aber auch in Abspaltungen. Dabei ist es keineswegs ausschließlich zu einer Spezialisierung von organisierten ökonomischen Interessen gekommen, wenn auch spezielle branchen- oder berufsbezogene Interessenvertretungen besonders spektakulär in Erscheinung traten, man denke etwa an den Marburger Bund oder die Gewerkschaft der Lokomotivführer.

Überdies ist eine Professionalisierung der Verbände in Deutschland „unverkennbar“.¹²⁶ Gemeint ist hier weniger ein soziologisches Verständnis im Sinne eines Professionsverständnisses, sondern, dass zunehmend professionelle Expertise in Anspruch genommen wird. Diese beruht auf Fach-, Organisations- oder Vermittlungskompetenz. Wie bei politischen Parteien kann von einer „doppelten Professionalisierung“ gesprochen werden: Einerseits eignen sich die Hauptamtlichen in den Verbänden zunehmend mehr Expertise an, etwa in Fragen des Lobbying, der inhaltlichen Ausgestaltung ihres Aufgabengebietes oder der medialen Vermittlungsformen; die Professionalisierung des Dienstleistungsangebots mit erhöhter Serviceintensität der Verbände zeigt ebenfalls eine steigende Tendenz.¹²⁷ Andererseits greifen Verbände vermehrt auf externe Expertise in Form von Public Affairs Agenturen, Kommunikationsspezialisten, Unternehmensberatungen oder Rechtsanwaltskanzleien zurück, die zudem selbständig ihre Dienste Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen oder anderen Auftraggebern anbieten und zu Verbänden nicht selten in Konkurrenz treten.¹²⁸ Das Projektlobbying hat zugenommen. Insbesondere Wirtschaftsverbände sehen sich

dem Druck einer stärkeren Professionalisierung auch dadurch ausgesetzt, dass (Groß-) Unternehmen ihre Lobbytätigkeit nicht selten selbst in die Hand nehmen. Durch direkte Formen des Lobbyings können Interessen eindeutiger und spezifischer gegenüber Ministerien und Parlamenten vertreten werden. Während der Verband durch die Aggregation und Selektion von Einzelinteressen stärker konsensorientiert gegenüber allen Mitgliedern agieren muss, kann das Unternehmen ohne solche Zwänge handeln.

Der Zwang zur Professionalisierung der Verbände ist des Weiteren durch Prozesse der Medialisierung der Politik¹²⁹ gestiegen, da strategische Kommunikation bedeutungsvoller geworden ist, um Aufmerksamkeit zu generieren, Interpretationen und Deutungsmuster in der Medienöffentlichkeit zu platzieren und durchzusetzen sowie kommunikative Vorteile in Konkurrenzsituation mit anderen Akteuren zu erlangen.¹³⁰ Zudem kann die strategische Mobilisierung von Öffentlichkeit durch mediale Formen erreicht und verstärkt werden. Umfangreiche Daten zur Expansion der Abteilungen für Öffentlichkeits- und Pressearbeit in den Verbänden liegen bisher nicht vor, doch spricht vieles für eine Ausweitung der Verbandstätigkeit im kommunikativen Sektor.¹³¹

Damit sind die Auswirkungen der Professionalisierung anzusprechen: Zuwächse an professionellen Ressourcen können Mitgliederverluste relativieren, Dienstleistungs- und Vermittlungsangebote verstärken, zweckrationalere Formen der Mitgliedschaft begünstigen und letztlich eine veränderte Austarierung in der Wahrnehmung von Verbänden als Lobbyorganisationen, gesellschaftliche Interessenvertreter und Dienstleistungsorganisationen bewirken. Der Kompetenzgewinn der Europäischen Union (EU) hat zur Folge, dass sich die Verbände unmittelbar Einfluss auf den Entscheidungsprozess in Brüssel sichern wollen. Die EU hat für Verbände erheblich an Bedeutung gewonnen, ohne dass von einem Bedeutungsverlust der nationalstaatlichen oder regionalen Ebene gesprochen werden kann. Entstanden ist

wegungen, 16 (2003), S. 24 f.; Rudolf Speth, Machtvolle Einflüsterer, in: Das Parlament vom 6. 4. 2009.

¹²⁹ Vgl. dazu etwa Winfried Schulz, Politische Kommunikation, Wiesbaden 2008, S. 31 ff.

¹³⁰ Vgl. auch Stefan Brieske, Kommunikation im Schatten des Lobbying, Osnabrück 2007.

¹³¹ Vgl. www.fischerappelt.de/webEdition (8. 5. 2009).

¹²⁴ Ulrich Willems/Thomas von Winter, Interessenverbände als intermediäre Organisationen, in: dies. (Anm. 1), S. 26 f.

¹²⁵ Peter Lösche, Verbände und Lobbyismus in Deutschland, Stuttgart 2007, S. 129.

¹²⁶ Ebd., S. 59.

¹²⁷ Vgl. U. Willems/T. v. Winter (Anm. 24), S. 38.

¹²⁸ Vgl. Thomas Leif/Rudolf Speth, Lobbyismus in Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Be-

vielmehr ein „lobbyistisches Mehrebenensystem“¹³² mit einer Korrelation der Verbandsaktivitäten auf den verschiedenen Ebenen. Die meisten verfolgen zumindest eine duale Strategie: Sie haben ihre Präsenz auf europäischer Ebene erheblich verstärkt, entweder durch Eröffnung eigener Büros in Brüssel, durch die Beauftragung von professionellen Beratungsfirmen oder durch verstärkte Mitarbeit in den europäischen Dachverbänden.

Europäisierung der Verbandsarbeit bedeutet eine verstärkte Orientierung der Verbände auf die Institutionen der EU, deren formale und informale Regeln, Verfahren, Paradigmen, Handlungen, Werte und Normen in Inhalte, Strukturen und Instrumente der verbandlichen Arbeit einfließen. Hauptansprechpartner ist die Kommission, weil sie über das Initiativrecht zur Gesetzgebung verfügt und die Verbände frühzeitig Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen wollen. Etablierte, ressourcenstarke und hoch spezialisierte Interessenorganisationen genießen dabei Vorteile bei der Einflussnahme, weil sie in Brüssel deutlich präsenter und engagierter sind.¹³³ Hier hat sich herauskristallisiert, dass wirtschaftliche Interessen im produzierenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor und in der Agrarwirtschaft den Hauptanteil der verbandlichen Interessenvertretung auf europäischer Ebene ausmachen.¹³⁴ Nach einhelliger Auffassung ist der Grad der Professionalisierung der Verbände in Berlin derzeit (noch?) geringer zu veranschlagen als auf europäischer Ebene:¹³⁵ „Brüssel ist zur Metapher und zum Mekka der Lobbyisten geworden, hier lassen sich die neuesten Trends im Lobbyismus erspüren und erkennen.“¹³⁶

¹³² Martin Sebaldt/Alexander Straßner, *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 258.

¹³³ Vgl. Rainer Eising, *Nationale Verbände und soziale Bewegungen in Europa*, in: T. v. Winter/U. Willems (Anm. 1), S. 534.

¹³⁴ Vgl. Nils Bandelow, *Europäisierung der Interessenvermittlung, Intermediäre Interessenvermittlung in der Europäischen Union*, www.nilsbandelow.de/Internet/inter11pr.pdf (9. 5. 2009).

¹³⁵ Vgl. Christian Lahusen, *Institutionalisierung und Professionalisierung des europäischen Lobbyismus*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 35 (2005) 4, S. 777–794.

¹³⁶ P. Lösche (Anm. 25), S. 116.

Wolfgang Ismayr

Der Deutsche Bundestag seit 1990

Dem Deutschen Bundestag kommt im Verfassungssystem der „alten“ Bundesrepublik wie auch seit dem 3. Oktober 1990 im vereinigten Deutschland eine zentrale Rolle zu. Auch in der politischen Praxis hat er in hohem Maße dazu beigetragen, dass sich die Bundesrepublik zu einer stabilen Demokratie entwickelt konnte. Allerdings haben sich Stellung und Funktionen des Parlaments im Laufe der Zeit deutlich verändert. Neben einer Fülle höchst anspruchsvoller Aufgaben, die mit der deutschen Vereinigung verbunden waren, sah sich der Bundestag Wandlungsprozessen und Herausforderungen gegenüber, die zwar schon früher eingesetzt haben, in den vergangenen zwanzig Jahren jedoch weiter an Bedeutung gewonnen haben. Hierzu gehören die Expansion und der Wandel der Staatstätigkeit und die damit einhergehende Bürokratisierung, das wachsende Partizipationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger sowie die Vervielfältigung und Kommerzialisierung des Angebots elektronischer Massenmedien.

Einerseits hat sich die politische Aktions- und Resonanzfähigkeit einer vielfältiger organisierten Bürgerschaft qualitativ gewandelt. Andererseits sind mit zunehmendem Bewusstsein der weit reichenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen und Wechselwirkungen neuer technischer Entwicklungen auch die Anforderungen an die Gestaltungsfähigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der politischen Entscheidungsträger gewachsen. Dies gilt auch unter den Bedingungen der Globalisierung, die eine Sicherung des Primats der Politik erschweren. Zudem schränkt die zunehmende Übertragung von Rechtsetzungskompetenzen auf die

Wolfgang Ismayr

Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., geb. 1942; Professor für Politikwissenschaft (em.), Philosophische Fakultät der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden. wolfgang.ismayr@tu-dresden.de

Europäische Union die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente ein.¹

Wie hat der Deutsche Bundestag auf diese Wandlungsprozesse und Herausforderungen als Institution reagiert? Wie hat sich die Stellung des Bundestages im politischen System verändert?

Nach der deutschen Vereinigung gelten die wichtigsten, 1949 beschlossenen Regelungen des Grundgesetzes hinsichtlich des Verhältnisses von Bundestag, Bundesregierung und Bundespräsident weiter. Nach wie vor ist der Bundestag als einziges zentralstaatliches Organ direkt vom Volk gewählt und damit in bevorzugter Weise demokratisch legitimiert und verantwortlich. Eine Direktwahl des Staatsoberhauptes oder einer zweiten Kammer wie in einigen anderen (west-)europäischen Ländern kennt das Grundgesetz nicht.² Im Unterschied zu den meisten anderen parlamentarischen Demokratien wird der Regierungschef formell vom Parlament gewählt (Art. 63 GG). Die Wahl kann auch am Staatsoberhaupt vorbei erfolgen, das nur für den ersten Wahlgang das Vorschlagsrecht hat. Ein rechtsverbindliches Misstrauensvotum ist im Unterschied zur Weimarer Republik und zu zahlreichen westlichen Demokratien nur gegenüber dem Regierungschef – nicht gegenüber einzelnen Ministern – und nur als „konstruktives Misstrauensvotum“ möglich (Art. 67 GG). Eine Parlamentsauflösung kann im Verlauf einer Wahlperiode nur durch ein Zusammenwirken von Regierungschef, Parlamentsmehrheit und Staatsoberhaupt erfolgen (Art. 68 GG). Immerhin dreimal (1972, 1982 und 2005) wurden Neuwahlen auf dem Wege der Vertrauensfrage herbeigeführt; die beiden jüngeren Vorgänge waren heftig umstritten. Ein 1991 von der „Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat“ aufgegriffener Vorschlag, das Recht des Bundestages auf Selbstauflösung mit Zweidrittelmehrheit im Grundgesetz zu verankern, ist wider Erwarten gescheitert.³ Nach wie vor verzichtet das

Grundgesetz auf direktdemokratische Sachentscheidungsverfahren mit Ausnahme der Neugliederung des Bundesgebiets nach Art. 29 GG. Wurden direktdemokratische Verfahren im Zuge eines „Demokratisierungsschubs“ in den 1990er Jahren mittlerweile in allen Bundesländern und Kommunalverfassungen eingeführt, sind Vorstöße zur Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz bisher an der fehlenden Zweidrittelmehrheit gescheitert.

Mit den genannten Bestimmungen zur Wahl und Abwahl des Regierungschefs wurden die verfassungsmäßigen Grundlagen eines parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems geschaffen. Demnach ist die Regierung nicht nur in ihrer Aktionsfähigkeit, sondern auch in ihrem Bestand vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig.⁴ Als verfassungspolitische Konsequenz dieser Grundentscheidung gilt unter parteienstaatlich-pluralistischen Bedingungen eine enge Verbindung der Regierung mit der sie tragenden Parlamentsmehrheit. Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung und die Mehrheitsfraktionen öffentlich zu kontrollieren und zur Politik der Regierungsmehrheit Alternativen zu formulieren. Auch in der Parlamentspraxis der Bundesrepublik setzte sich bis zu einem gewissen Grad dieser „neue Dualismus“ von Regierungsmehrheit und Opposition durch. Bei Bundestagswahlen konnten die Wähler zu meist auch eine Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Koalition und einen Kanzler (-kandidaten) treffen. Wie schon die Erfahrungen seit den 1980er Jahren zeigen, könnten allerdings angesichts der jüngsten Entwicklung zu einem Fünfparteiensystem mit der möglichen Alternative von Dreierkoalitionen oder Großen Koalitionen künftig Festlegungen auf ein Regierungsbündnis erst nach der Wahl die Regel werden. Die veränderte Parteienkonstellation hat zur Folge, dass sich parlamentarische Abstimmungsprozesse schwieriger gestalten.

Schon bisher war es weder analytisch noch normativ angemessen, Modellvorstellungen des britischen „Westminster-Systems“ schematisch auf das politische System der Bundesrepublik zu übertragen. Dies gilt auch für fast alle anderen westeuropäischen Staaten.⁵ Die

¹ Vgl. Roland Sturm/Heinrich Pehle, *Das neue deutsche Regierungssystem*, Wiesbaden 2005².

² Vgl. W. Ismayr, *Die politischen Systeme Westeuropas im Vergleich*, in: ders. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Wiesbaden 2009⁴, S. 16 ff., S. 32 ff.

³ Vgl. Helge Lothar Batt, *Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit im vereinigten Deutschland*, Opladen 2003, S. 242 ff.

⁴ Vgl. Winfried Steffani, *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie*, Opladen 1979, S. 52 f.

⁵ Vgl. W. Ismayr (Anm. 2), S. 54 ff.

auf Bundesebene üblichen Koalitionsregierungen, die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichts, das föderative System und die spezifische Rolle des Bundesrates sowie zunehmend auch die Verlagerung von Kompetenzen zur EU bedingen vielfältige Aushandlungsprozesse, die das ParteienkonkurrenzsysteM zum Teil relativieren. Der Wechsel zwischen stärker konkurrenz- und konkordanzdemokratischen Phasen je nach parteipolitischer Zusammensetzung des Bundesrates erweist sich als spezifisches Merkmal des deutschen Parlamentarismus. Inwieweit sich dies angesichts der zahlreichen Verfassungsänderungen im Rahmen der Föderalismusreform von 2006 langfristig ändern wird, bleibt abzuwarten.¹⁶

Fraktionenparlament

Charakteristische Merkmale des Bundestages sind seine Ausprägung als Fraktionenparlament und die fachliche Ausdifferenzierung, die im Laufe der Zeit deutlich zugenommen haben. Dies gilt – trotz mancher nicht wirkungsloser Reformschritte – auch für die damit einhergehende fraktionsinterne Hierarchisierung. Begünstigt durch die Fünfprozent-Sperrklausel des Wahlgesetzes, liegt das faktische Monopol der Rekrutierung der Parlamentarier bei den Parteien. Durch das enge Zusammenwirken von Regierung und Mehrheitsfraktionen bedingt, sind nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch die Bundesminister – von seltenen Ausnahmen abgesehen – herausragende Vertreter ihrer Partei. Die Abgeordneten einer Partei schließen sich bei der Konstituierung des Bundestages zu Fraktionen zusammen, wobei eine Mindeststärke von fünf Prozent der Abgeordneten gilt (§ 10 Geschäftsordnung des Bundestages/GOBT). Ihre Rechte können sie überwiegend nur als Mitglieder einer Fraktion wirksam ausüben.

Seit der Parlamentsreform 1969/70 wurden die Minderheitenrechte schrittweise ausgebaut – eine Entwicklung, die sich auch nach der deutschen Vereinigung fortsetzte. Die Stärkung der Opposition vollzog sich dabei im Wesentlichen über einen Ausbau von Fraktionsrechten, womit den Bedingungen eines Mehrparteienparlaments mit auch untereinander konkurrierenden Oppositionsfraktionen

¹⁶ Vgl. hierzu u. a. Reimut Zohlhöfer, Effekte der Föderalismusreform I auf die Gesetzgebung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 19 (2009) 1.

Rechnung getragen wird. Der Bundestag war somit auf die Entwicklung zum Fünfparteienparlament gut vorbereitet. Von Änderungsanträgen abgesehen, bedürfen alle Vorlagen (Gesetzentwürfe, Anträge) der Unterstützung durch eine Fraktion oder von fünf Prozent aller Abgeordneten (§§ 75, 76 GOBT). Hingegen sind den einzelnen Abgeordneten nur wenige Rechte geblieben. Will ein Abgeordneter initiativ werden, muss er sich um Unterstützung in der eigenen Fraktion bemühen.¹⁷ Die Geschäftsordnungsreform 1980 trug der faktischen Entwicklung zum Fraktionenparlament auch dadurch Rechnung, dass viele Rechte auch formell von der Fraktion selbst geltend gemacht werden können.¹⁸ Zwar können einzelne Parlamentarier im Unterschied zu vielen anderen westeuropäischen Demokratien keinen Gesetzentwurf einbringen. Jedoch wurde im Unterschied zu einigen anderen Parlamenten durch Geschäftsordnungsreformen sichergestellt, dass Gesetzentwürfe im parlamentarischen Verfahren grundsätzlich nicht anders behandelt werden als Regierungsentwürfe.¹⁹ So können Oppositionsfraktionen die Beratung eigener Vorlagen auch gegen den Willen der Mehrheit durchsetzen, seit 1995 bereits nach drei Wochen (§ 20 Abs. 4 GOBT).

Die Fraktionen prägen auch die Willensbildung in den für die Arbeitsplanung zuständigen Gremien. So liegt die Bestimmung der Tagesordnung und der Debattengestaltung beim Ältestenrat. Dort sind neben den Mitgliedern des Präsidiums die Fraktionen mit ihren parlamentarischen Geschäftsführern und weiteren Abgeordneten im Verhältnis ihrer Stärke vertreten (§§ 6, 12 GOBT). Vereinbarungen über die Arbeitsplanung kommen hier und in weiteren interfraktionellen (Vor-)Absprachen der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer nur zustande, wenn ein Konsens zwischen den Fraktionen hergestellt werden kann. Die eingespielte parlamentarische Praxis führt – im Vergleich zu einigen anderen westlichen Demokratien¹⁰ – in der Regel zu einer ange-

¹⁷ Vgl. Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag, Opladen 2001², S. 47 ff.

¹⁸ Vgl. Jürgen Jekewitz, Politische Bedeutung, Rechtsstellung und Verfahren der Bundestagsfraktionen, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, Berlin 1989, S. 1041.

¹⁹ Vgl. Wolfgang Ismayr, Gesetzgebung in den Staaten der Europäischen Union im Vergleich, in: ders. (Hrsg.), Gesetzgebung in Westeuropa, Wiesbaden 2008, S. 20 f.

¹⁰ W. Ismayr (Anm. 2), S. 36 f.

messenen Berücksichtigung der Interessen der Oppositionsfraktionen. Andererseits hat sie dazu beigetragen, dass die Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer ihre Stellung als „Manager des Parlaments“ ausbauen konnten.¹¹

Seit 1994 ist der Anspruch jeder Fraktion auf Mitgliedschaft im Präsidium des Bundestages gesichert (§ 2 Abs. 1 GOBT), womit die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erstmals eine Vizepräsidentin stellen konnte. Bei der Leitung der Plenarsitzungen wechseln sich der Bundestagspräsident und die (derzeit sechs) Vizepräsidenten ab; im Präsidium handelt der Bundestagspräsident zunehmend als *Primus inter pares*.¹²

Arbeitsteilung und Koordination

Hatte seit den 1950er Jahren der Ausbau des Sozial- und Interventionsstaates zur Expansion der Staatstätigkeit geführt, sind die Vielfalt und Komplexität der Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben mit der deutschen Vereinigung, aufgrund technologischer Entwicklungen und im Zuge der Globalisierung noch gewachsen. Um seinen Aufgaben gerecht zu werden, haben der Bundestag und seine Fraktionen strikt arbeitsteilige Strukturen ausgebildet. Mit dieser Entwicklung geht auch die Professionalisierung der Abgeordnetentätigkeit einher. Mit der Vergrößerung des Bundestages auf regulär 656 Abgeordnete nach der deutschen Vereinigung hatte sich die Notwendigkeit einer ausgeprägten Arbeitsteilung noch erhöht. Auch nach einer moderaten Verringerung seiner regulären Mitgliederzahl auf 598 im Interesse verbesserter Arbeitsfähigkeit ist der Bundestag eines der größten Parlamente.

Der Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit liegt bei den (derzeit 22) Ständigen Ausschüssen, deren Beschlussempfehlungen an das Plenum faktisch meist Entscheidungscharakter haben. Die Kompetenzverteilung der Fachausschüsse und der korrespondierenden Arbeitsgruppen der Fraktionen entspricht weitgehend der Ressortgliederung der Regie-

rung. Die Besetzung der Ausschüsse sowie die Regelung des Vorsitzes wird – im Verhältnis ihrer Stärke – von den Fraktionen vorgenommen (§§ 57, 12 GOBT). Somit werden die Oppositionsfraktionen auch bei der Verteilung der Ausschussvorsitze angemessen berücksichtigt, was nur in etwa der Hälfte der westeuropäischen Parlamente der Fall ist.¹³

Strukturen und Willensbildung der Fraktionen weisen Gemeinsamkeiten, aber auch bemerkenswerte Unterschiede auf.¹⁴ Selbstverständlich prägt die Rolle als Regierungs- oder Oppositionsfraktion die Arbeitsweise. Bei den großen Fraktionen SPD und CDU/CSU bilden jene Arbeitsgruppen, die jeweils die der Fraktion angehörenden Mitglieder eines Ausschusses umfassen, die arbeitsintensiven Basisorganisationen, bei den kleinen Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die umfassenderen Arbeitskreise.¹⁵ Mit der fachlichen Spezialisierung nimmt auch der Koordinationsbedarf zu. Der Behandlung in der Fraktionssitzung gehen mehrstufige Koordinationsverfahren voraus. Sie sollen eine optimale Abstimmung und konzeptionelle Arbeit ermöglichen, was gleichwohl nur teilweise gelingt. Hierbei spielen der Vorstand sowie der (zuvor tagende) Geschäftsführende Vorstand eine wichtige Rolle. Bei diesen Gremien liegt die politische Führung und Geschäftsführung der Fraktionen.¹⁶ Hektik und Zeitdruck in den Sitzungswochen sichern den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführern erheblichen Einfluss.

Zudem sind die Regierungs- und Fraktionsebene durch verschiedene informelle Koalitionsgruppen miteinander verklammert. Eine sehr bedeutende Rolle spielt seit den 1970er Jahren die Große Koalitionsrunde (seit 1998: Koalitionsausschuss).¹⁷ Die Regierungs-, die Fraktions- und die Parteebene sind an diesem „informellen“ Gremium mit ihren führenden Vertretern beteiligt.¹⁸

¹¹ Vgl. Sönke Petersen, Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag, Opladen 1999; Suzanne S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997, Opladen 1998, S. 74 ff.

¹² Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 148 ff.

¹³ Vgl. W. Ismayr (Anm. 2), S. 36.

¹⁴ Vgl. Uwe Kranenpohl, Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen 1999.

¹⁵ Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 99 ff.; Jürgen von Oertzen, Das Expertenparlament, Baden-Baden 2005.

¹⁶ Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 123 ff.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Rudzio, Informelles Regieren – Koalitionsmanagement der Regierung Merkel, in: APuZ, (2008) 16, S. 11–17.

¹⁸ Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 142 ff.

Neue Herausforderungen

Gesetze sind auch unter Bedingungen der Globalisierung und Europäisierung das dominante Steuerungsmittel des demokratischen Rechts- und Sozialstaats. Allerdings sind die Gesetzesfunktionen wie auch der Gesetzgebungsprozess einem bedeutenden Wandel unterworfen, der insbesondere durch die Entstehung eines Mehrebenensystems mit einer immer größeren Bedeutung der europäischen Ebene bedingt ist.¹⁹ Die Privatisierung und Auslagerung öffentlicher Leistungen führte offenbar nicht zu nennenswerten Entlastungen von Gesetzgeber, Administration und Budget. Häufig kann sich der Staat damit nicht seiner „Gewährleistungsverantwortung“ entledigen.²⁰

Bei der Gesetzgebung und Kontrolle sieht sich der Bundestag einer fachlich stark ausdifferenzierten Ministerialverwaltung mit nachgeordneten Behörden gegenüber, deren wissenschaftliche Beratungskapazität erheblich zugenommen hat. Bundestag und Fraktionen haben auf die Komplexität ihrer Aufgaben im Zuge der technologischen Entwicklung, der Europäisierung und der Globalisierung nicht nur mit fachlicher Ausdifferenzierung reagiert. Vielmehr wurde seit der Parlamentsreform 1969/70 die personelle und informationstechnische Ausstattung²¹ des Bundestages und seiner Fraktionen sowie der Kontrollinstrumente in einem im internationalen Vergleich sehr beachtlichen Umfang ausgebaut.

Anstöße für Evaluierungen im Bereich der Exekutive gehen häufig vom Bundestag aus, der zunehmend Interesse an zuverlässigen Informationen über Gesetzeswirkungen und Folgenabschätzungen zeigt. Die parlamentarischen Informations- und Kontrollinstrumente (Anfragen, Anträge) werden auch dazu genutzt, entsprechende Auskünfte zu verlangen. Wachsende Bedeutung kommt der Anforderung von Regierungsberichten zu, die einmalig oder peri-

odisch dem Parlament vorzulegen sind.²² Die stark angewachsene Zahl öffentlicher Anhörungen der Bundestagsausschüsse, aber auch der Fraktionen dokumentiert ein wachsendes Interesse (vor allem der Opposition) an regierungsunabhängigem Erfahrungs- und Expertenwissen über Wirkungsweise und Auswirkungen geltender Rechtsnormen, die Folgenabschätzung geplanter Gesetze und alternative Lösungsmöglichkeiten.²³ Als bedeutsam hat sich die bereits 1969 eingeführte Regelung erwiesen, wonach bei überwiesenen Vorlagen bereits ein Viertel der Ausschussmitglieder eine öffentliche Anhörung erzwingen kann (§ 70 GOBT).

Eine wichtige Innovation stellen Enquete-Kommissionen dar, in denen Wissenschaftler und andere Sachverständige mit Abgeordneten gleichberechtigt beraten und Berichte an das Plenum beschließen (§ 56 GOBT). Seit ihrer Einführung 1969 haben sich die grundsätzlich diskurs- und problemlösungsorientiert angelegten Enquete-Kommissionen bewährt. Bisher wurden 34 Enquete-Kommissionen mit der Aufgabe eingerichtet, komplexe Entwicklungen zu erfassen und Gestaltungsvorschläge zu erarbeiten. Schwerpunkte waren neue Technologien und ihre ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen.²⁴ Nach 1990 wurden auch zwei Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit eingesetzt.

Die Verflechtung von Außen- und Innenpolitik bestimmt auch die Arbeit des Bundestages. Die Außenpolitik ist immer umfangreicher und komplexer geworden. Sie reicht unter den Bedingungen der Globalisierung und Europäisierung weit über die klassischen Felder der Friedens-, Sicherheits- und Außenhandelspolitik hinaus und umfasst immer mehr einstmals rein innenpolitische Fragen.²⁵ Gestärkt wurde die Rolle des Bundestages durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1994), wonach für jeden Auslandseinsatz der Bundes-

¹⁹ Vgl. Wolfgang Wessels, Gesetzgebung in der Europäischen Union, in: W. Ismayr (Anm. 9), S. 653 f.

²⁰ Vgl. Gunnar Folke Schuppert, Der Gewährleistungsstaat, Baden-Baden 2005.

²¹ Vgl. Uli Schöler/Thomas von Winter, Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, in: Uwe Andersen (Hrsg.), Der Deutsche Bundestag, Schwalbach/Ts. 2008, S. 99–132; Helmar Schöne, Fraktionsmitarbeiter, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 36 (2005) 4, S. 791–808.

²² Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 396 ff.

²³ Vgl. Michael F. Feldkamp, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003, Baden-Baden 2005, S. 479 ff.; vgl. Klaus von Beyme, Der Gesetzgeber, Wiesbaden 1997, S. 239.

²⁴ Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 413 ff.; Ralf Altenhof, Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Wiesbaden 2002.

²⁵ Vgl. Wolfgang Ismayr, Bundestag, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 181 ff.

wehr die Zustimmung des Bundestages einzuholen sei.¹²⁶ Während auf eine Grundgesetzänderung verzichtet wurde, beschloss der Bundestag nach zehnjähriger Praxis ohne gesetzliche Grundlage Ende 2004 das „Parlamentsbeteiligungsgesetz“.¹²⁷ Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat es mehr als 40 Entscheidungen über den Einsatz der Streitkräfte im Ausland gegeben, wobei die Zustimmung des Bundestages ungeachtet oft heftiger Auseinandersetzungen im Vorfeld zumeist mit breiter Mehrheit erfolgte.

Die europäische Integration hat zu einer umfangreichen Verlagerung von Rechtsetzungskompetenzen auf die EG/EU geführt.¹²⁸ Zum einen ist die große Zahl der dem Bundestag zugeleiteten EU-Vorlagen weiter angestiegen. Zum anderen werden etwa 40 Prozent aller verabschiedeten Bundesgesetze durch einen europäischen Impuls beeinflusst.¹²⁹ Durch die Bestimmungen der zeitgleich mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages (1993) beschlossenen Art. 23 (n.F.) und Art 45 GG ist neben dem Bundesrat auch die Stellung des Bundestages gegenüber der Bundesregierung im europapolitischen Willensbildungsprozess deutlich gestärkt. Für die in Form eines zu ratifizierenden Vertragsgesetzes erfolgende Übertragung von Hoheitsrechten ist seither die Zustimmung des Bundestages (wie auch des Bundesrates) mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Die Bundesregierung hat den Bundestag „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union, die für Deutschland von Interesse sein können“, zu unterrichten und dessen Stellungnahmen zu EU-Vorlagen zu „berücksichtigen“. Allerdings kam es bisher nur selten zu solchen Stellungnahmen. Inwieweit die im September 2006 getroffene „Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ die „Europatauglich-

keit“ des Parlaments in der Praxis stärken wird, bleibt abzuwarten. Neben Verbesserungen der Informationsvermittlung weist der 2. Monitoringbericht zur Umsetzung der Unterrichtungspflichten durch die Bundesregierung¹³⁰ noch Defizite insbesondere hinsichtlich einer Bewertung zu Rechtsetzungsakten auf.

Beim Ausbau der Kontrollinstrumente wurde den Funktionsbedingungen des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems Rechnung getragen. Die Entwicklung kommt den Oppositionsfraktionen zugute, deren Kontrollprobleme angesichts zunehmender Staatstätigkeit und damit einhergehender Expansion der Ministerialbürokratie freilich auch gewachsen sind. Seit der Präsenz zweier untereinander konkurrierender Oppositionsfraktionen in den 1980er Jahren ist die Anzahl der Kontrollinitiativen erheblich angestiegen. So haben die Oppositionsfraktionen in den vier Wahlperioden von 1990 bis 2005 91 Prozent der 420 Großen Anfragen und 99 Prozent der 6062 Kleinen Anfragen an die Bundesregierung eingereicht sowie vier von fünf der 332 Aktuellen Stunden verlangt. Die Großen Anfragen zu meist bedeutenden Themen sind neben eigenen Gesetzentwürfen das wichtigste Instrument der Opposition zur Durchsetzung größerer Plenardebatten. Häufig nutzen die (Oppositions-) Fraktionen auch die Möglichkeit, kurzfristig eine Aktuelle Stunde mit kurzen Debattenbeiträgen zu aktuellen Themen durchzusetzen.¹³¹

Der Deutsche Bundestag gehört zu den wenigen westeuropäischen Parlamenten, in denen ein Untersuchungsausschuss von einer Minderheit – einem Viertel seiner Mitglieder – durchgesetzt werden kann. Hingegen steht dieses Recht in den meisten osteuropäischen Ländern einer parlamentarischen Minderheit zu, wobei nicht zuletzt die deutsche Regelung als Vorbild diente.¹³² Diese Regelung wurde bereits 1949 im Grundgesetz verankert. Untersuchungsausschüsse wurden infolgedessen im Bundestag vergleichsweise häufig eingesetzt (bisher 36-mal). Sie dienen vornehmlich der Aufklärung von Missständen, wobei sie

¹²⁶ Vgl. BVerfGE 90, 286 ff.; entsprechend BVerfGE 104, 151, 191.

¹²⁷ BGBl. I, 23. 4. 2005, S. 775 f.; vgl. Dieter Wiefelspütz, *Das Parlamentsheer*, Berlin 2005.

¹²⁸ Vgl. W. Wessels (Anm. 19), S. 653 f.

¹²⁹ Vgl. Annette E. Töller, *Mythen und Methoden. Zur Messung der Europäisierung der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages jenseits des 80-Prozent-Mythos*, in: *ZParl*, 39 (2008) 1, S. 3–18; M. F. Feldkamp (Anm. 23), S. 601 f.

¹³⁰ Deutscher Bundestag, *Verwaltung.- Zeitraum: 1. 9. 2007–31. 8. 2008*; vgl. Axel Schäfer u. a., *Stärkung der Europatauglichkeit des Bundestages*, in: *Integration*, (2007) 1, S. 44–49.

¹³¹ Vgl. W. Ismayr (Anm. 7), S. 331 ff.

¹³² Vgl. Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2009².

überwiegend von der Opposition beantragt und als „Kampfinstrumente“ zur politischen Profilierung genutzt wurden. Erst 2001 kam ein immer wieder gefordertes Untersuchungsausschussgesetz zustande.¹³³

Kommunikationsfördernde Vorschläge zur Vitalisierung und diskursiven Fundierung parlamentarischer Debatten und zur Öffnung parlamentarischer (und gouvernementaler) Willensbildungsprozesse wurden zum Dauerthema von Parlamentsreformbemühungen. In mehreren, oft erst nach Jahren durchsetzbaren Reformschritten konnten Verfahrensänderungen erreicht werden, die aber nur teilweise die erwartete Wirkung brachten. Verbessert wurde die kommunikative Chancengleichheit der Oppositionsfaktionen: So wurde das Prinzip von „Rede und Gegenrede“ in der Geschäftsordnung verankert und seit den 1970er Jahren jeweils zu Beginn der Wahlperiode ein Schlüssel für die Aufteilung der Redezeit für die Koalition (Regierung, Koalitionsfraktionen) und die Oppositionsfraktionen vereinbart.

In den 1980er Jahren konnte eine diskussionsfreundliche Regelung für Zwischenfragen und Kurzinterventionen durchgesetzt und 1995 noch verbessert werden, die sich auch bewährt hat (§ 27 Abs. 2 GOBT). Um das öffentliche Interesse an Plenardebatten zu wichtigen Themen zu erhöhen und die Glaubwürdigkeit des Bundestages zu verbessern, wurde im Rahmen der Geschäftsordnungsreform 1995 eine seit langem geforderte „Plenar-Kernzeit“ eingeführt. In Sitzungswochen werden in einer Kernzeit am Donnerstagvormittag, die von anderen Terminen freizuhalten ist, und in Erwartung einer möglichst breiten Präsenz der Parlamentarier in der Regel zwei wichtige Themen behandelt. Diese Plenardebatten werden regelmäßig vom seit 1997 bestehenden Ereignis- und Dokumentationskanal „Phoenix“ direkt übertragen.

Doch insgesamt stehen Reformbemühungen zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit und Transparenz insbesondere seit der Vervielfältigung und Kommerzialisierung der elektronischen Medien seit den 1980er Jahren Entwicklungen gegenüber, die eine angemessene Wahrnehmung der Plenardebatten

¹³³ Vgl. Dieter Wiefelspütz, Das Untersuchungsausschussgesetz des Bundes, in: ZParl, 32 (2002) 3, S. 551–572.

und der parlamentarischen Willensbildung insgesamt erschweren. Politik wird von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung offenbar primär in personalisierter, ritualisierter und verkürzter Form wahrgenommen. Bemühungen zur verbesserten öffentlichen Wahrnehmung der parlamentarischen Willensbildung sind eine schwierige Daueraufgabe des Bundestages.

Der Verknüpfung von Bürgeraktivitäten und parlamentarischen Verfahren können neue Foren und Formen der Bürgermitwirkung und des öffentlichen Diskurses dienen. Die 2005 eingeführten Neuregelungen des Petitionsverfahrens insbesondere für Massenpetitionen und „öffentliche Petitionen“ sind ein positives Beispiel. Der Petitionsausschuss ist seit der Reform von 1975 im Grundgesetz verankert (Art. 45c) und verfügt gegenüber der Exekutive über ausgeprägte Inspektionsrechte. Von den zahlreichen Einzeleingaben sind Massen- und Sammelpetitionen zu unterscheiden: Aktivbürger tragen gemeinsam Anliegen – häufig zur Gesetzgebung – an das Parlament heran.¹³⁴ Bei Petitionen, denen sich innerhalb von drei Wochen mindestens 50 000 Personen anschließen, werden Petenten in öffentlicher Ausschusssitzung angehört – ein inzwischen mehrmals praktiziertes Verfahren. Seit 2005 können Petitionen auch per E-Mail eingereicht werden. Zudem können seither in einem partizipationsfreundlichen Verfahren, das 2008 vereinfacht und auf Dauer gestellt wurde, über die Internetseite des Bundestages „öffentliche Petitionen“ eingereicht, mitgezeichnet und diskutiert werden.

Fazit

Auf neue Herausforderungen hat der Bundestag auch nach der deutschen Vereinigung durch zahlreiche kleine Reformen reagiert, die sich insgesamt gesehen als bedeutsame institutionelle Anpassungsleistung darstellen und teilweise innovativen Charakter haben. Entscheidend war, dass eine Reihe von Neuregelungen intensiv genutzt wurden, was freilich nicht für alle Verfahrensänderungen gilt.

¹³⁴ Vgl. Wolfgang Ismayr, Vitalisierung der Demokratie durch Petitionen?, in: Reinhard Bockhofer (Hrsg.), Demokratie wagen – Petitionsrecht ändern!, Bremen 2003, S. 60–73.

Volker Kronenberg

„Verfassungspatriotismus“ im vereinten Deutschland

Im geschichtspolitischen Jubiläumsjahr 2009 hat Patriotismus in Deutschland

Volker Kronenberg

Priv.-Doz., Dr. phil., M.A., geb. 1971; Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
kronenberg@uni-bonn.de

Konjunktur. Ausgerechnet jener Begriff, mit dem sich die Bundesrepublik Deutschland in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz verständlicher Weise so schwer getan hat: Deutsche Teilung, europäische Integra-

tionsbestrebungen, vor allem aber die historische Hypothek des Nationalsozialismus und die in deutschem Namen begangenen einzigartigen Verbrechen ließen deutschen Patriotismus historisch obsolet, wenn nicht gar gefährlich erscheinen. Wenn überhaupt, wurde ihm nur mit dem Präfix der „Verfassung“ Berechtigung zuerkannt.¹

Kaum eine Debatte entzweite die politisch-kulturelle Öffentlichkeit der Bonner Republik tiefer als jene geschichtspolitische Großkontroverse namens „Historikerstreit“, die 1986 entbrannte und zwei Jahre später, im unmittelbaren Vorfeld der revolutionären Ereignisse in der DDR 1989, ihren vorläufigen Abschluss fand. Gegenstand der Kontroverse war unter anderem der vermeintliche Gegensatz von Verfassung und Nation als Bezugsgröße eines zeitgemäßen, freiheitlichen Patriotismus in der Bundesrepublik. Kein Zweifel, dass die nationale Perspektive des Patriotismus angesichts einer dominanten Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik als „postnationaler Demokratie unter Nationalstaaten“² Ende der 1980er Jahre jenem von Jürgen Habermas popularisierten Verständnis eines „Verfassungspatriotismus“ im politisch-kulturellen, aber auch im wissenschaftlichen

Raum, signifikant unterlegen war. Als intellektuelle Speerspitze einer „posthumer Adenauerschen Linken“³ wies Habermas jede „konventionelle Form“ nationaler Identität zurück und proklamierte einen dezidiert universalistischen „Verfassungspatriotismus“ als „einzigen Patriotismus“, der die Bundesrepublik „dem Westen nicht entfremde“⁴.

Die nationalstaatliche, „deutsche“ Perspektive war hinter eine postnationale europäische zurückgetreten. Paradox, aber wahr: Eben das Postnationale entpuppte sich in dem Moment, als es mit der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 auf die realpolitische Probe gestellt wurde, „als entschieden selbstbezügliche provinziell-nationale Denkfigur“.⁵ Und doch blieben auch in den Folgejahren der deutschen Einheit geschichtspolitische Vorbehalte gegenüber der Nation und gegenüber einem nationalen Patriotismus spürbar, wie Andreas Rödder vermerkt: „Deutschland einig Vaterland‘ (...), drei Worte aus dem Text der Hymne des sozialistischen deutschen Staates mit gesamtdeutschem Anspruch (...) bezeichneten im unversehens vereinten Deutschland eine wesentlich schwierigere Aufgabe, als man es 1989/90 erwartet hatte.“⁶ Symptomatisch für diese Schwierigkeit mag jenes Verdikt Maxim Billers stehen, der noch ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung apodiktisch behauptete, wer über Deutschland rasoniere, wer es intellektuell bestimmen und somit auch feiern und konstati-

¹ Vgl. Volker Kronenberg, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*, Wiesbaden 2006².

² Karl Dietrich Bracher, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*, in: ders./Wolfgang Jäger/Werner Link (Hrsg.), *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 406.

³ Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. II: *Deutsche Geschichte 1933–1990*, Bonn 2004, S. 445.

⁴ Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, in: *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1991⁸, S. 75.

⁵ Alexander Cammann, 1989 neu entdecken. Die verdrängte Gründungsrevolution der Berliner Republik, in: Undine Ruge/Daniel Morat (Hrsg.), *Deutschland denken*, Wiesbaden 2005, S. 62.

⁶ Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009, S. 12.

tuieren wolle, werde jedes Mal als Brandstifter und Mörder enden.¹⁷

Im zwanzigsten Jahr des Mauerfalls wirkt Billers Misstrauen gegenüber einem Patriotismus in und für Deutschland geradezu anachronistisch. Grundlegendes hat sich fast wie im Zeitraffer gewandelt; hartnäckige Vorbehalte begrifflicher wie substantieller Art sind weitgehend überwunden, und der Patriotismus scheint zum Bestandteil der deutschen Staatsräson zu avancieren. Als Anzeichen für einen derartigen Wandel mag exemplarisch folgendes Plädoyer gelten, das Charlotte Knobloch jüngst formuliert hat: „Nur wer sein Land bejaht, sich mit seiner Nation und ihrer Geschichte identifiziert, wird sich einmischen. Und die Gestaltung der Gegenwart nicht den Ewiggestrigen überlassen. Darum ist es wichtig, einen neuen Patriotismus zu entwickeln.“¹⁸

Ist mit dieser veränderten Perspektive nun auch der „Verfassungspatriotismus“ als Identitätskonzept Deutschlands obsolet geworden? Hat, *cum grano salis*, die nationszentrierte über die verfassungszentrierte Perspektive obliegt und erstere letztere ersetzt? Keineswegs, auch wenn bzw. gerade weil der „Verfassungspatriotismus“ nach 1990 immer stärker auf sein Ursprungskonzept, wie es Dolf Sternberger 1979 formuliert hat, zurückgeführt wird.

Von Habermas zu Sternberger

Anlässlich des dreißigjährigen Inkrafttretens des Grundgesetzes hatte Sternberger in einem viel beachteten Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die „gemischte Verfassung“ im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zur Bezugsgröße eines spezifisch bundesrepublikanischen Patriotismus erklärt und keinen Zweifel daran gelassen, dass dieser keineswegs ein Notbehelf sei, kein Ersatz für einen nationalen Patriotismus.¹⁹ Sternberger machte vielmehr darauf aufmerksam, dass Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer und wesentlich

etwas mit Staatsverfassung zu tun gehabt habe, ja, dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich „Verfassungspatriotismus“ gewesen sei.

Eben dieser Sternberger'schen Deutung des „Verfassungspatriotismus“ im Sinne Montesquieus nähert sich nun auch Habermas an, wenn er betont, entgegen eines „weit verbreiteten Missverständnisses“ heiße „Verfassungspatriotismus“, „dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweils eigenen nationalen Geschichte zu Eigen machen“ sollten und es im Übrigen „im eigenen Interesse des Verfassungsstaates“ liege, „mit allen kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speist“.¹⁰ An die Stelle abstrakter, „universalistischer Verfassungsprinzipien“ jenseits nationaler Eigenheiten tritt heute ein Patriotismus, der sehr wohl, unter Zugrundelegung eines *politischen* Nationenbegriffs, national fundiert sein kann und sich zugleich, ohne dass dies einen Gegensatz darstellt, sowohl in den weltoffen-konkreten Verfassungsnormen des Grundgesetzes widerspiegelt als auch in der europäischen bzw. westlichen Kulturtradition verwurzelt weiß.

Dass die alten Streitmuster entlang des Gegensatzes „Verfassung“ und „Nation“ heute zugunsten eines weitgehend konsensuellen Verständnisses von Patriotismus weichen, hat verschiedene Gründe. Zum einen sind das die während der rot-grünen Regierungszeit erfolgte Rückbesinnung auf die „Nation“ *diesseits* einer postnationalen Europaidee sowie, damit verbunden, die Proklamation eines freiheitlichen Patriotismus innerhalb einer demokratischen Nation; zum anderen die enormen integrationspolitischen und demographisch-zuwanderungspolitischen Herausforderungen der deutschen Gesellschaft,¹¹ wie sie in der so genannten „Leitkulturdebatte“¹² zu Tage tre-

¹⁷ Vgl. Maxim Biller, *Deutschbuch*, München 2001, S. 83 f.

¹⁸ Charlotte Knobloch, *Jüdische Identität in Deutschland*. Vortrag, 15. 1. 2009, Akademie für Sozialethik und öffentliche Kultur in Bonn.

¹⁹ Vgl. Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus*. Rede bei der 25-Jahr-Feier der Akademie für Politische Bildung, in: ders., *Schriften X* (hrsg. von Peter Haungs u. a.), Frankfurt/M. 1990, S. 17–31.

¹⁰ Jürgen Habermas, *Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates?*, in: ders., *Zwischen Naturalismus und Religion*. Philosophische Aufsätze, Frankfurt/M. 2009, S. 106–118.

¹¹ Vgl. Volker Kronenberg, *Integration in Zeiten des Wandels. Demographische Krise und Zuwanderung als gesellschaftspolitische Herausforderungen*, in: *Zeitschrift für Politik*, (2005) 2, S. 169–178.

¹² Vgl. Norbert Lammert (Hrsg.), *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Hamburg 2006.

ten. Des Weiteren gehören dazu die Notwendigkeit einer Neujustierung des Staat-Bürger-Verhältnisses sowie die Erfordernis einer Stimulierung der bürgerschaftlichen Selbsthilfebereitschaft und ihrer Fähigkeiten im Dienste einer solidarischen Verantwortungs- und Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt und psychologisch bedeutsam ist die schwarz-rot-goldene Begeisterung im Zuge der Fußballweltmeisterschaft 2006. Es handelt sich um beispielhafte, unterschiedlich gelagerte und doch miteinander verwobene Faktoren, die dazu geführt haben, dass die republikanische Tugend¹³ des „Patriotismus“ heute im Sternberger'schen Sinne nicht nur konzediert, sondern positiv akzentuiert wird¹⁴ – jenseits altbekannter politischer „Lagergrenzen“.

Rot-grüne Neujustierungen

Wer hätte unmittelbar vor Beginn der rot-grünen Regierungszeit 1998 vermutet, dass wenig später ein „Patriotismus von links“¹⁵ reklamiert, eine Wiederannäherung an die Nation gesucht, ja die Berliner Republik zum „Vaterland“¹⁶ erklärt wird? Die Katharsis der Regierungserfahrung hat zu derart überraschenden und signifikanten geschichtspolitischen Neujustierungen im linksdemokratischen Lager geführt, dass Eckhard Fuhr das „Ende der Nachkriegszeit“ als „Leitmotiv“¹⁷ der Ära Schröder bezeichnet. Tatsächlich wurde dieses Leitmotiv im Zeitraum von 1998 bis 2005 immer wieder angeschlagen, sei es, dass deutsche Soldaten in den ersten Kampfeinsatz seit 1945 geschickt wurden, sei es, dass mit Gerhard Schröder ein deutscher Bundeskanzler erstmals an den Jubiläumsfeierlichkeiten der Alliierten zum Sieg über Hitler-Deutschland teilnahm.

Nimmt man den „deutschen Weg“ im Irak-Konflikt – selbstverständlich und normal, wie Egon Bahr meinte¹⁸ –, die Reminiszenz an den

¹³ Vgl. Maurizio Viroli, *Die Idee der republikanischen Freiheit*, Zürich 2002.

¹⁴ Vgl. Ralf Fücks: Patriotismus und Republik, in: *Das Parlament* vom 16. 10. 2006.

¹⁵ Vgl. Peter Glotz u. a., *Patriotismus von links* (= *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, [2005] 3), Berlin 2005.

¹⁶ Vgl. Eckhard Fuhr, *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005.

¹⁷ Vgl. ders., *Was ist des Deutschen Vaterland?*, in: *APuZ*, (2007) 1–2, S. 4.

¹⁸ Vgl. Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003.

„patriotischen Widerstand“ gegen Hitler¹⁹ oder die Adaption des Interessenbegriffs: Schröder akzentuierte die geschichtspolitischen Koordinaten des wiedervereinten Deutschlands in Abgrenzung zu seinem Amtsvorgänger Helmut Kohl neu – unerwartet selbstbewusst, natürlich auch den Handlungszwängen folgend. Dass ein vereinigtes Europa und ein vereintes Deutschland, dass Integration und Nation sich keineswegs widersprechen, sondern vielmehr bedingen, diese Einsicht wuchs für Rot-grün in dem Maße, in dem das politische Projekt einer „Europäischen Föderation“, wie Außenminister Joschka Fischer es in seiner viel beachteten Humboldt-Rede im Jahr 2000 skizziert hatte, zunehmend an den realpolitischen Befindlichkeiten einer heterogenen Europäischen Union zerstob. Darüber, wie die Physiognomie des „europäischen Deutschlands“ à la Thomas Mann zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts signifikant veränderter weltpolitischer („11. September 2001“), europapolitischer („EU 27“) und innen- bzw. gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen aussehen soll, muss(te) ein neuer Konsens gefunden werden. So un abgeschlossen dieser Findungsprozess bis heute auch ist, so unzweideutig hat sich auch im rot-grünen Lager zweierlei Erkenntnis durchgesetzt: erstens, dass Patriotismus und Europäismus keine Gegensätze sind; zweitens, dass der moderne, integrierte und zugleich souveräne Nationalstaat nach wie vor die abstrakteste politische Vergemeinschaftungsform ist, welche individuellen Rechtsschutz gewährt, demokratische Verfahren garantiert sowie eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen vermag – und damit, als Konsequenz und durchaus funktional, auch der republikanischen, ergo: patriotischen Pflege bedarf.

Eben darum geht es im Patriotismus-Diskurs der vergangenen Jahre: um die Sensibilisierung des Bürgers hinsichtlich der Notwendigkeit, für seine Patria, für das Land, in das er entweder geboren wurde oder für das er sich willentlich entschieden hat und dem er sich zugehörig fühlt, tätig einzustehen, im Alltäglichen ebenso wie in Ausnahmesituationen, wenn es um das große Ganze geht, etwa um die Verteidigung und Zukunftssicherung der Nation als staatlich verfasster Bewusstseinsgemeinschaft aller Bürgerinnen

¹⁹ Vgl. Peter Grafe, *Aus dem Bann des Nationalsozialismus*, in: P. Glotz u. a. (Anm. 15), S. 26 f.

und Bürger. Sei es das seit Jahren immer wieder bemühte „Böckenförde-Paradoxon“,¹²⁰ sei es klassisch-antik die Warnung des Aristoteles, dass der Bürgerstaat auf Institutionen und Tugenden älterer Art beruht, die er selbst nicht zu schaffen vermag – eine moderne Demokratie, eine freiheitliche Republik kann ohne dieses Fundament, ohne einen moralischen Unterbau aus Familie, Schule, Vereinen, ohne Verantwortungsfähigkeit der Bürger, ohne Liebe zur Freiheit und ohne eine gewisse Vaterlandsliebe auf Dauer nicht funktionieren.

Der Patriotismus verweist uns auf eine Kultur verantwortungsbewusster Freiheit der Bürgergesellschaft und auf deren Primat gegenüber dem bürokratischen bzw. allzuständigen Wohlfahrts- und Interventionsstaat. Keineswegs zufällig orientiert sich der Begriff der „Bürgergesellschaft“¹²¹ an der unscheinbaren Wirklichkeit des *common sense*, des funktionierenden Gemeinsinns, wie er in der politischen Kultur des Westens zu beobachten und historisch von Alexis de Tocqueville anhand der „Demokratie in Amerika“¹²² vermittelt worden ist. Es gelte, Inspiration und Motivation zu patriotischem Handeln zu erwecken, wenn Menschen einander als Bürger zu Gesicht bekommen. Solidarität und Gemeinsinn bedürfen eines Fundamentes spezifischer Gemeinsamkeit, die über die Zugehörigkeit zum Menschengeschlecht hinausgreift, und sie verdichten und verfestigen sich in personalen wie funktionalen Beziehungen wie Familie und Betrieb, im lokalen, regionalen Bereich, auf nationaler Ebene.¹²³ Eben dies – so Max Weber – charakterisiert Nation: „dass gewissen Menschengruppen ein spezifi-

¹²⁰ Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt/M. 1992², S. 92–114, hier: S. 112; vgl. auch ders., Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, München 2007.

¹²¹ Vgl. Warnfried Dettling, Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft, in: Daniel Dettling (Hrsg.), Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling, Wiesbaden 2008, S. 214–225.

¹²² Vgl. Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika (hrsg. v. Theodor Eschenburg), Stuttgart 1959.

¹²³ Vgl. Josef Isensee (Hrsg.), Solidarität in Knappheit, Berlin 1998.

ches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber zuzumuten ist“.¹²⁴

Was eint uns?

Reicht in einem modernen, weltoffenen und toleranten Deutschland heute die Identifikation mit dem Grundgesetz bzw. die Beachtung seiner Artikel aus, oder ist darüber hinaus eine Integration notwendig, die kulturellen Pluralismus als selbstverständlich anerkennt, zugleich die Forderung nach Assimilation zurückweist und doch den Gefährdungen eines freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens durch die Existenz von fragmentierten, nicht durch einen Wertekonsens geeinte Parallelgesellschaften Rechnung zu tragen sucht? Das Ringen um das richtige Maß und die stets neu auszulotende Mitte stehen im Zentrum dieser Debatte. Dabei ist der Ton heute leiser und der Tenor abwägender geworden als in der Kontroverse um den „ungenauen, missverständlichen, irreführenden“ (Salomon Korn) Begriff der „Leitkultur“ im Jahr 2000.

Dass man sich fünf Jahre später nicht in parteipolitischen und ideologischen Reflexen erschöpfte oder sich mit semantischer Kleinarbeit am Begriff „Leitkultur“ begnügte, hat unzweifelhaft mit einem gesellschaftlichen Problemdruck zu tun, der sich mit verschiedenen Ereignissen exemplarisch verband: sei es die im Herbst 2004 angestoßene Debatte über „Allahs rechtlose Töchter“¹²⁵ in Deutschland, seien es die Diskussionen um die Berliner „Rütli-“ und „Hoover-Schule“. Seien es, im internationalen Kontext zwar, doch hierzulande stark beachtet, der religiös motivierte Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh im November 2004, nicht zuletzt auch der so genannte „Karikaturenstreit“: Wofür stehen wir? Wer sind wir? Was eint uns? Darüber nachzudenken zwangen uns diese Ereignisse, die in ihrem je eigenen Kontext zu betrachten sind und die doch zugleich das politisch-kulturell-gesellschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik berühren.¹²⁶

¹²⁴ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (hrsg. von Johannes Winckelmann), Tübingen 1988³, S. 528.

¹²⁵ Vgl. Der Spiegel, 47 (2004).

¹²⁶ Vgl. Volker Kronenberg, Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?, in: Bernhard Vogel (Hrsg.), Was eint uns? Verständigung der Ge-

„Leitkultur“ und „Multikultur“, lange Zeit als strikte theoretische Gegensätze begriffen, entpuppten sich im Verlauf der Debatte jenseits der semantischen Ebene als Scheinalternativen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. „Gerade eine de facto multikulturelle Gesellschaft wie unsere“, so formuliert Jörg Lau einen sich abzeichnenden sachlichen Konsens, „braucht eine Leitkultur. Es geht darum, die neue Vielfalt dieses Landes – in kultureller, ethnischer und religiöser Hinsicht – anzuerkennen und mit ihr leben zu lernen, ohne dabei in einen Werte-Relativismus abzugleiten.“²⁷ Seien es die von Lau exemplarisch genannten „jüngeren Intellektuellen mit Migrationshintergrund“ wie Seyran Ateş, Feridun Zaimoglu oder Zafer Şenocak, die mit Begriffen wie Leitkultur, Nation und Patriotismus „erstaunlich unbefangen“ umgehen und „kein Verständnis für die deutsche Verdrücktheit“ in diesen Fragen haben, diese „sogar für äußerst schädlich hielten“ und einen „freiheitlichen Patriotismus“ ebenso wie die „Orientierung auf eine Leitkultur“ in der de facto multikulturellen deutschen Gesellschaft für möglich und wünschbar halten,²⁸ oder sei es Renate Künast, die angesichts „jahrzehntelang verdrängter Integrationsprobleme“ einräumt, „der Grundbestand an Regeln und geteilten Überzeugungen, der die Gesellschaft zusammenhält“, dieser „Minimalkonsens“ könne „nicht nur aus Paragraphen bestehen“²⁹ – zunehmend setzt sich, von rot-grüner ebenso wie von liberal-konservativer Seite getragen, eine konsensuelle Übereinstimmung dahingehend durch, dass die Verpflichtung auf gemeinsame Werte, Rechte und Pflichten zur Regelung des Zusammenlebens die entscheidende Voraussetzung dafür darstellt, dass es eine von Zuwanderung geprägte Gesellschaft ihren Bürgern ermöglicht, „nicht mehr nur nebeneinander existieren“, sondern „gemeinsam friedlich und sicher leben“³⁰ zu können.

sellschaft über gemeinsame Grundlagen, Freiburg i.Br. 2008, S. 188–209.

²⁷ Jörg Lau, Selbstachtung und Selbstverbesserung. Der Patriotismus der Berliner Republik, in: Merkur (Sonderheft 9/10) 2006, S. 800–812.

²⁸ Zit. nach ebd.

²⁹ Renate Künast, Grundwerte und Teilhabe. Wir brauchen eine Debatte – aber nicht über „Leitkultur“, in: N. Lammert (Anm. 12), S. 129.

³⁰ Seyran Ateş, Stellungnahme, in: ebd., S. 31.

Insoweit „Multikultur“ kulturellen Pluralismus unter Anerkennung eines verbindlichen Wertefundaments meint, ist die Gegensätzlichkeit von „Multi-“ und „Leit-“ Kultur tatsächlich eine scheinbare. Insoweit jedoch Multikulturalismus die Existenz eines gemeinsamen Fundamentes an Werten, Rechten und Pflichten zu negieren und stattdessen eine Parallelität von verschiedenen, auch gegensätzlichen Kulturen zu etablieren sucht, steht dieser einem toleranten, Pluralismus anerkennenden kulturellen Leitbild diametral entgegen.

Dieses spiegelt sich in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik wider, wohl wissend, dass der im Grundgesetz niedergelegte Katalog der Menschen- und Bürgerrechte für sich allein noch keine humanistische Tradition schafft, die aus Menschen rechtstreue Bürgerinnen und Bürger macht. Hier ist vor allem Bildung gefordert, die Werte wie Toleranz, Respekt, Partizipation, Solidarität anschaulich und praktikabel macht, Bildung, die in Schulen, sei es in Form von Staatsbürgerkunde, von Politik- oder Sozialwissenschaftskursen oder in verpflichtenden Einbürgerungskursen vermittelt wird. Bildung, die wesentlich das Beherrschen der deutschen Sprache und der Grundzüge deutscher und europäischer Geschichte beinhalten muss; Bildung, zu der Religionsunterricht und damit, für Kinder muslimischen Glaubens, Islam-Unterricht an deutschen Schulen in deutscher Sprache gehören sollte. Ein gemeinsinnorientierter Bewusstseinswandel, der sich symbolisch im schwarz-rot-goldenen WM-Sommer 2006 zum Ausdruck brachte, zeichnet sich ab, lässt aber nicht bei jedem, bei manchem Intellektuellen indes umso überraschender, ein neues „Deutschlandgefühl“³¹ entstehen.

Jenseits des Gefühliges geht es um die Beantwortung der Frage, wer als Bürger *welchen* Beitrag freiwillig, solidarisch, patriotisch für seine *res publica* leistet. Die Frage weist auf die Neujustierung des Staat-Bürger-Verhältnisses und damit auf eine Stimulierung der bürgerlichen Selbsthilfebereitschaft und ihrer Fähigkeiten im Dienste einer solidarischen Verantwortungs- und Zivilgesellschaft,

³¹ Vgl. Reinhard Mohr, Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde, Reinbek 2005.

wie sie beispielsweise von Udo Di Fabio,³² Meinhard Miegel³³ oder Paul Nolte³⁴ in den Blick genommen werden. Eine solche Gesellschaft will ihrerseits den Staat und seine klassischen Funktionen keineswegs ersetzen, sie sucht ihn vielmehr auf diese zu reduzieren. Es geht nicht um die Abkehr vom Sozialstaat oder um die Errichtung eines „Nachwächterstaates“, vielmehr sucht eine bürgerliche Verantwortungsgesellschaft Konsequenzen daraus zu ziehen, dass sozialstaatliche Umverteilung die Gesellschaft auf Dauer nicht zusammenzuhalten vermag. Es geht um eine neue Balance von Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung, wie sie auch Bundespräsident Horst Köhler vorschwebt, der in impliziter Entgegensetzung zu Gustav Heinemanns Diktum vom „schwierigen Vaterland“ bei seiner Amtseinführung 2004 bekannte, sein Land zu „lieben“.

Die Bundesrepublik als Vaterland

Von Heinemann zu Köhler, von Habermas zu Sternberger, von Bonn nach Berlin – es geht um patriotische Diskurse um Verfassung und Nation, die im 60. Jahr des Grundgesetzes und im 20. Jahr des Mauerfalls stattfinden im Bewusstsein einer selbstverständlichen Annahme des vereinten Deutschlands als Heimat durch die nachwachsende Jugend – die so genannte „Generation ’89“ ist inzwischen volljährig – und einer fortschreitenden Versöhnung der Intellektuellen mit der „geglückten Demokratie“.³⁵ Eine Versöhnung mit und ein verfassungspatriotischer Stolz auf eben jenen Staat, der das Bekenntnis zur Vergangenheit, zu Krieg und Schuld, zu Verantwortung und Aussöhnung zur Staatsräson erhoben hat, bedeutet aber nicht, im Bewusstsein der Ereignisse von 1848, 1919, 1944, 1953 oder 1989, „Auschwitz“ zum alleinigen Gründungsmythos der Bundesrepublik zu machen. Dass dieses singuläre Verbrechen seinen zentralen Platz im Geschichtsbewusstsein unseres Landes behalten wird, versinn-

bildlicht eindrucksvoll das 2005 eingeweihte Holocaustmahnmal im Herzen Berlins.

Deutschland im Jahr 2009: Verwobene Prozesse in Politik, Gesellschaft und Kultur haben zu einem neuen Nachdenken über Patriotismus geführt, zu einem moderateren Ton und einem sachlicheren Tenor in der öffentlichen Debatte, und fokussieren vielleicht als Folge dessen die Erfahrung von „1989“, wie Norbert Frei jüngst meinte: „auch deshalb, weil das ‚Wir‘ seitdem in sein Recht gesetzt wurde, mithin eine reale Möglichkeit geworden ist.“³⁶ Dieses „Wir“, das die Deutschen in Ost und West ebenso umfasst wie Eingewanderte, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, ist „aufgefordert, eine Ordnung und Gesellschaft zu gestalten auf die sie mit Recht stolz sein können. Ein darauf gründender Patriotismus stünde nicht in Gefahr, nationalistisch zu werden, sondern würde die zivilen Kräfte im Land stärken.“³⁷

Deutschland seit 1990: Geschichtsbewusste und gesellschaftlich geweitete Perspektiven geben zur Hoffnung Anlass, künftig weniger über Patriotismus reden, ihn beschwören oder problematisieren zu müssen als vielmehr seine Lebendigkeit konstatieren zu können. Er gilt der freiheitlichsten Republik, die es je auf deutschem Boden gab. Diese Republik wird gelebt im Sinne Ernest Renans als *plébiscite de tous les jours*, sie wandelt und entwickelt sich. Sie ist als „europäisches Deutschland“ realpolitische Wirklichkeit. Sie ist das Werk staatspolitischer Klugheit, von Adenauer über Brandt, Schmidt und Kohl bis Merkel. Sie gründet auf Recht und Gemeinwohl und formuliert eine überzeugende Antwort auf die Frage, was der Deutschen Vaterland sei.

³² Vgl. Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, München 2005.

³³ Vgl. Meinhard Miegel, Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?, Berlin 2005.

³⁴ Vgl. Paul Nolte, Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München 2004⁴.

³⁵ Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

³⁶ Norbert Frei, Der Erinnerungstisch ist reich gedeckt. Geschichtsaufarbeitung in Deutschland, in: Die Zeit Nr. 14 vom 2. 4. 2009.

³⁷ Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Stamsried 2006, S. 642.

APuZ

Nächste Ausgabe 29–30/2009 · 13. Juli 2009

Ungarn

Sebastian Garthoff

Szenen aus Budapest

Jürgen Dieringer

Ungarn in der Nachbeitrittskrise

Attila Ágh

Ungarn in der EU

András Inotai

Die globale Krise und Ungarn

Krisztián Ungváry

Belastete Orte der Erinnerung

Melani Barlai · Florian Hartleb

Die Roma in Ungarn

Zsolt K. Lengyel

Ungarn und seine Nachbarn

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

- Everhard Holtmann*
3-9 **Signaturen des Übergangs**
Auf der Basis aktueller Forschungsergebnisse wird der Prozess der deutschen Einigung als Entwicklungspfad dargestellt, auf dem sich die drei Phasen der Transition, Transformation und Posttransformation unterscheiden lassen.
- Regina Bittner*
9-15 **Kulturtechniken der Transformation**
Im Zuge der Transformation führt „Ostdeutschland“ als hybrides Konglomerat von Wertvorstellungen und Erinnerungen ein Eigenleben, das weniger auf die DDR verweist als auf einen Schwebезustand: weder Herkunft noch Ankunft.
- Anna Klein/Wilhelm Heitmeyer*
16-21 **Ost-westdeutsche Integrationsbilanz**
In Ost- und Westdeutschland befördern dieselben Mechanismen abwertende Einstellungen. Das Ausmaß von Desintegration und wahrgenommener Benachteiligung ist jedoch in Ostdeutschland höher – mit Folgen für schwache Gruppen.
- Karl-Heinz Paqué*
22-27 **Transformationspolitik in Ostdeutschland: ein Teilerfolg**
Der Aufbau Ost war unvermeidlich, und zwar so, wie er geschah: mit sofortiger Währungsunion, mit zügiger Privatisierung und massiver Wirtschaftsförderung. Die Ergebnisse sind besser, als angenommen, aber schlechter, als erwartet.
- Uwe Jun*
28-34 **Wandel des Parteien- und Verbändesystems**
Im Parteien- und Verbändesystem sind Veränderungen erkennbar, die auf eine Schwächung der Großorganisationen hindeuten: einerseits Fragmentierung und Polarisierung, andererseits Ausdifferenzierung, Professionalisierung und Europäisierung.
- Wolfgang Ismayr*
34-40 **Der Deutsche Bundestag seit 1990**
Auf die neuen Herausforderungen nach der deutschen Vereinigung hat der Bundestag durch zahlreiche Reformschritte reagiert, die teilweise innovativen Charakter haben. Eine Reihe von Neuregelungen werden intensiv genutzt.
- Volker Kronenberg*
41-46 **„Verfassungspatriotismus“ im vereinten Deutschland**
Im geschichtspolitischen Jubiläumsjahr 2009 hat Patriotismus in Deutschland Konjunktur. Inwiefern kann der Verfassungspatriotismus Dolf Sternbergers ein zukunftsfähiges Identitätskonzept der Berliner Republik darstellen?